Dienstag, 4. September 1984 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 207 - 36. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Vorwürfe gegen Kohl: Auf scharfe Kritik der Ostblock-Medien stieß die Rede des Bundeskanzlers auf dem Vertriebenen-Treffen in Braunschweig. Die „Prawda" schrieb, Kohl habe mit seinem Hinweis auf die offene deutsche Frage deutlich gemacht, daß er „die Einverleibung der sozialistischen DDR" anstrebe. (S. 4)

Opus Dei: Die katholische Laien- und Priesterorganisation hat ihr Angebot zurückgezogen, eine vakante Kölner Pfarrei mit zwei Opus-Dei-Priestern zu besetzen. Kardinal Höffner bekundete Verständnis. (S. 4)

Flucht gescheitert: Zwei junge Männer aus der CSSR, die offenbar nach Bayern wollten, sind am Übergang Folmava von CSSR-Grenzern in einem ungarischen Lastwagen entdeckt und abgeführt worden.

Vorruhestand: Mit rund 120 000 Vorruheständlern rechnet Bundesarbeitsminister Blüm für 1985. Das sei etwa die Hälfte derer, die durch ihre Tarifverträge die Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen können.

Spionage: Anklage wegen Agententätigkeit für die „DDR" hat der Generalbundesanwalt gegen einen Versicherungsfachmann und dessen Frau aus Trier erhoben. Sie sollen Militäreinrichtungen ausgespäht haben.

Befreiungstheologie: Vor den schweren Abweichungen, die in manchen Formen der Befreiungstheologie enthalten seien, hat die römische Glaubenskongregation gewarnt. Sie kritisierte vor allem jene Vertreter dieser Theologie, die die marxistische Gesellschaftsanalyse zur Grundlage ihrer Evangeliums-Interpretation machen. (S. 5)

Zypern: Präsident Kyprianou und der Führer der türkischen Volksgruppe, Denktasch, haben sich bereit erklärt, unter der Ägide von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar am 10. September in New York zu verhandeln. (S. 5)

Ausgeliefert: Die sieben Sikhs, die Ende August eine indische Passagiermaschine nach Dubai entführt hatten, sind zur Strafverfolgung nach Indien zurückgebracht worden. Die USA hatten es abgelehnt, ihnen politisches Asyl zu gewähren.

Südafrika: Der bisherige Ministerpräsident Pieter Botha wurde vom Kabinett zum vorläufigen Staatspräsidenten ernannt. Bothas früheres Amt war durch die neue Präsidialverfassung abgeschafft worden.

Heute: Parlamentswahlen in Kanada. – Türkeis Ministerpräsident Özal zu privatem Besuch in der Bundesrepublik. – Iraks Außenminister Aziz in Bonn.

ZITAT DES TAGES



» Die Schäden haben weiter zugenommen; allerdings hat sich das Fortschreiten der Krankheit verlangsamt «

Der Präsident der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Ventur Schöttle, zum Waldsterben FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Bausparen: Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge bei den privaten Bausparkassen stieg im ersten Halbjahr um 7,9 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983. Im Gesamtjahr '83 wurde ein Zuwachs von 4,7 Prozent erzielt. (S. 11)

Bundesemissionen: Mit Wirkung von heute sinkt die Rendite von Bundesobligationen, Schatzbriefen und Finanzierungsschätzen. Der Ertrag der 7,75prozentigen Bundesobligationen der Serie 48 (1984/1989), zum Beispiel, ermäßigt sich von 7,70 auf 7,55 Prozent. (S. 11)

Insolvenzen: Die knapp 12 000 Firmenzusammenbrüche haben im vergangenen Jahr zum Verlust von rund 150 000 Arbeitsplätzen geführt, schätzt die Hermes Kreditversicherung. Der gesamtwirtschaftliche Schaden könnte bis zu 30 Milliarden DM ausmachen.

Börse: An den Aktienmärkten konnte sich gestern die freundliche Tendenz halten. Am Rentenmarkt kam es zu leichten Kurserhöhungen. WELT-Aktienindex 144,7 (144,8). Dollarmittelkurs 2,9040 (2,8870) Mark. Goldpreis pro Feinunze 346,20 (348,25) Dollar.

KULTUR

Kulturtage: Mit der Eröffnung der Ausstellung „Pommern und Stralsund" im Landesmuseum Volk und Wirtschaft in Düsseldorf begannen die diesjährigen „Ostdeutschen Kulturtage".

Bundesjugendorchester: Zu den bisherigen Finanziers, dem Bundesfamilienministerium, der Deutschen Stiftung Musikleben, dem Westdeutschen Rundfunk und der Deutschen Orchestervereinigung, hat sich mit Daimler-Benz erstmals ein privater Sponsor gesellt. (S. 17)

SPORT

Fußball: Franz Beckenbauer hat sein Aufgebot für das Spiel gegen Argentinien bekanntgegeben. Zur Mannschaft gehören sechs Profis, die noch kein Länderspiel bestritten haben. (S. 9)

Tennis: Claudia Kohde aus Saarbrücken hat die dritte Runde der amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow erreicht. Sie besiegte die Schwedin Catarina Lundquist 2:6, 6:2, 6:2.

AUS ALLER WELT

Sturmkatastrophe: Durch den Wirbelsturm „Ike" sind auf den Philippinen möglicherweise 1000 Menschen ums Leben gekommen. Aus Südkorea, wo am Wochenende schwere Regenfälle niedergingen, wurden 120 Tote und Vermißte gemeldet. (S. 18)

Vorzeitiger Tod: Die Armen und Reichen dieser Welt haben eins gemeinsam: Sie sterben unnötig früh. Mit einfachster Gesundheitsfürsorge in der Dritten Welt und kostenwirksamer Vorbeugung in den Industrienationen, so eine amerikanische Studie, könnte dem Einhalt geboten werden. (S. 18)

Wetter: Bewölkt, gelegentliche Schauer. Um 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Neue Rätsel um Tschernenko. Parallelen zur Andropow-Zeit

„Prawda"-Interview soll die Präsenz des kranken Kreml-Führers belegen

DW. Moskau

Die jüngste sowjetische Beteuerung, daß Kreml-Chef Konstantin Tschernenko seine Ämter als Generalsekretär der KPdSU und als Staatsoberhaupt wahrnehme, hat die Spekulationen über den Gesundheitszustand des bald 73jährigen verstärkt. In Kommentaren und Analysen westlicher Beobachter wurde gestern sogar die Vermutung geäußert, die Parteispitzen könnten knapp vor der *Entscheidung stehen, nach* Leonid Breschnew, Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko einen vierten Führer innerhalb von weniger als zwei Jahren zu suchen. Auftrieb erhielten solche Mutmaßungen durch die Tatsache, daß die auffällig forcierten Bemühungen des Kreml, den Berichten über eine ernsthafte Erkrankung des ersten Mannes der Sowjetunion entgegenzuwirken, nach dem gleichen Muster ablaufen wie im Falle Andropows.

Auf einer internationalen Pressekonferenz in Moskau beschränkte sich Wladimir Lomeiko, Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, auf die Bemerkung: „Tschernenko ist mit seinen Aufgaben als Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets *beschäftigt." Lomeiko beantwortete* damit die Frage, ob aus einem „Prawda"-Interview mit Tschernenko geschlossen werden könnte, daß der Staats- und Parteichef seinen Sommerurlaub beendet habe und in den Kreml zurückgekehrt sei. Der Sprecher wollte aber nicht mitteilen, ob Tschernenko in seinen Amtssitz zurückgekehrt sei.

Aus dem Interview der Parteizeitung über die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zu Fragen der Rüstungskontrolle ging nicht hervor, ob Tschernenko persönlich mit

SEITE 2:
Tschernenkos Feststellung

Parteijournalisten zusammengekommen war. Westliche Beobachter in der Sowjethauptstadt vermuten, die Antworten seien schriftlich gegeben worden. Das letzte „Prawda"-Interview Andropows war am 24. Januar 1984 erschienen, 17 Tage vor seinem Tod.

Westliche Diplomaten wiesen gestern auch auf weitere konzentrierte Bemühungen hin, die den Eindruck erwecken sollten, der seit sieben Wochen nicht mehr gesehene Staats- und Parteichef habe ungeachtet langer Abwesenheit die Zügel in der Hand: So wurden Hinweise auf angebliche Vorschläge Tschernenkos während der beiden jüngsten Sitzungen des Politbüros publiziert.

Beachtung fand der Text einer Rede des Politbüro-Kandidaten Wassilij Kusnezow in Kischinjow, der im August den Bewohnern der Moldauischen Sowjetrepublik ausdrücklich „Grüße" von dem Partei- und Staatschef überbrachte. Eine weitere Parallele zur Andropow-Zeit. Auch damals erklärten hohe Funktionäre, sie hätten gerade mit dem Kreml-Führer ge*sprochen und seien von diesem be*auftragt worden, die Bevölkerung zu grüßen. Noch wenige Wochen vor dem Tod des Tschernenko-Vorgängers hatte beispielsweise der ZK-Mitarbeiter Samjatin über den Zustand des ersten Mannes der UdSSR so gesprochen, als sei mit seiner baldigen Rückkehr zu rechnen.

Dabei gäbe es ein einfaches Mittel, die Öffentlichkeit von der Präsenz des Sowjet-Führers zu überzeugen: Ein einziger Auftritt des Partei- und Staatschefs in den Fernsehnachrichten würde die Spekulationen über seinen tatsächlichen Zustand beenden. Bei öffentlichen Anlässen seit Tschernenkos Amtsantritt im Februar war beobachtet worden, daß der Chef der KPdSU schwere Atemprobleme hatte, Indizien für eine Lungenerweiterung, wie Ärzte im Westen sagen.

DER KOMMENTAR

Beteiligt

MANFRED SCHELL

Hans-Joachim Mack, der deutsche Panzergeneral und Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers, hat von seinem Chef General Rogers nukleare Planungsaufgaben übertragen bekommen. Das ist ein weitblickender und weiser Schritt. Und er bedeutet mehr als die bloße Tatsache, daß der Stellvertreter des NATO-Chefs nun nicht mehr, *wie in Kießlings Zeiten, von* jeder gewichtigen Mitarbeit weitgehend ausgeschlossen ist. Gute Personalpolitik trägt hier gute Früchte.

Dabei ist festzuhalten, daß die Deutschen mit diesem Auftrag nicht mehr Vollmachten zum Einsatz nuklearer Waffen erhalten haben als bisher. Die Freigabe der Atomwaffen ist eine Entscheidung der Politik. Die Militärs sind nur ausführendes Organ. An ihnen ist es freilich, eine Planung vorzulegen, die ein Maximum an Wirksamkeit im Falle eines sowjetischen Angriffs, also ein Maximum an Wirksamkeit zur Abschreckung eines solchen Angriffs, darstellt.

Nun wurde in den letzten Jahren verschiedentlich behauptet, die Deutschen gäben Souveränitätsrechte auf, wenn sie den amerikanischen Präsidenten über den Einsatz der Atomwaffen entscheiden ließen – es hieß sogar, „die Amerikaner" planten Atomschläge auf deutsches Gebiet und die Deutschen müßten sich dem fügen. Die Berufung General Macks in die nukleare Planung bedeutet also konkret, daß die Deutschen *sehr wohl mitzureden haben,* wie im Fall eines feindlichen Angriffs Atomwaffen eingesetzt werden, falls die Entscheidung zu solchem Einsatz fiele.

Vielleicht wird es jetzt heißen: Weil die Deutschen mitplanen, könnten sich die Sowjets von den Deutschen bedroht fühlen. Aber bisher hieß es, es sei gerade das Schlimme, daß die Deutschen nicht mitplanten. Es jedermann recht zu machen wäre allenfalls dann möglich, wenn zumindest guter Wille und ehrliche Absichten die Diskussion beherrschten. Die Beauftragung General Macks bedeutet mehr Mitsprache, mehr Integration, mehr Vertrauen. Ein besseres Bündnis also – und damit letztlich mehr Sicherheit.

Rogers gibt Deutschem größere Aufgaben

General Mack künftig für atomaren Bereich zuständig / Verantwortung bleibt bei Oberbefehlshaber

CAY GRAF BROCKDORFF, Mons

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers hat die Aufgabenbereiche seiner beiden Stellvertreter, des deutschen Generals Hans-Joachim Mack und des britischen Generals Sir Edward Burgess, verändert. Bei der Neuverteilung der Verantwortungen ist General Mack, der als Nachfolger General Kießlings sein Amt am 1. April dieses Jahres übernommen hatte, der Bereich Atomwaffen übergeben worden. Bisher wurde die Bearbeitung der nuklearen Angelegenheiten vom britischen Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers wahrgenommen. Der deutsche Stellvertreterposten im Obersten Alliierten Hauptquartier SHAPE ist verhältnismäßig neu. Die Briten besetzen traditionsgemäß dieses Amt, seit Feldmarschall Bernard L. Montgomery es unter dem ersten NATO-Oberbefehlshaber, Dwight D. Eisenhower, dem späteren 34. Präsidenten der Vereinigten Staaten, antrat.

Der nukleare Aufgabenbereich umfaßt das gesamte Spektrum der Atomwaffen von der Zielplanung bis zur jährlichen Herstellung einer Studie über den nuklearen Bedarf der NATO-Streitkräfte, einer umfassenden und zeitraubenden Arbeit, in der alle wesentlichen strategischen Aspekte der Verteidigung Europas zu berücksichtigen sind. Insbesondere die von den NATO-Staaten beschlossene Verringerung der Atomwaffen um insgesamt 2400 fällt in ihrer Ausführung in den Verantwortungsbereich von SHAPE und wird damit in Zukunft von General Mack beeinflußt. Bei der Zielplanung muß SHAPE zu Koordinationszwecken mit dem strategischen Luftwaffenkommando der Vereinigten Staaten zusammenarbeiten.

Die Vorstellung, durch die Übertragung nuklearer Aufgaben an einen deutschen Vier-Sterne-General gerate der deutsche Finger näher an den nuklearen Abzug, wäre absurd. Wie in den anderen Bereichen, die der amerikanische General Rogers seinen Stellvertretern aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich zur Bearbeitung zugewiesen hat, bleibt die Verantwortung bei ihm. Rogers Anweisung an seine Stellvertreter lautet, sie sollten ihn „unterstützen und beraten".

Schon bisher war ein deutscher General im Rahmen seiner Aufgaben auch mit nuklearen Problemen befaßt: der deutsche stellvertretende Stabschef für Operationen bei SHAPE. Gegenwärtig ist dies Generalleutnant Hans-Henning von Sandrart, der am 1. Oktober Inspekteur des deutschen Heeres wird. Sandrarts Vorgänger bei SHAPE war Mack.

In dieser Zufälligkeit liegt vermutlich auch ein Teil der Erklärung dafür, warum Rogers jetzt seinen deutschen Stellvertreter mit der Wahrnehmung nuklearer Angelegenheiten beauftragte. Mack diente zwei Jahre unter Rogers, und es ist seit dieser Zeit ein offenes Geheimnis, daß er Mack vertraut und respektiert. Mack ist in den Augen der meisten Amerikaner bei SHAPE ein „typisch deutscher General": kompetent, gebildet, dynamisch, durchsetzungsfähig, charakterfest und dennoch bescheiden. Das Bild mag einem Klischee entspre-

● Fortsetzung Seite 10

Entscheidung über neue Hilfe für Arbed?

DW. Saarbrücken

Im Saarland hat sich im Vorfeld der nächsten Landtagswahl im März 1985 ein heftiger Parteienstreit um eine neue Finanzkrise bei dem zum luxemburgischen Arbed-Konzern gehörenden Stahlkonzern Arbed Saarstahl GmbH (Völklingen) entzündet. Voraussichtlich heute soll die Entscheidung über eine weitere Finanzhilfe von der Landesregierung gefällt werden. Das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren bereits öffentliche Hilfen (Zuschüsse und Bürgschaften) von rund 3,25 Milliarden Mark erhalten. Der neue Finanzbedarf wird mit rund 100 Millionen Mark angegeben.

Der saarländische Oppositionsführer Oskar Lafontaine sprach von „chaotischen Zuständen" und von einem „Scherbenhaufen" der Politik der CDU/FDP-Regierung in Saarbrücken. Sprecher der Koalitionsparteien hingegen suchten deutlich zu machen, daß sich die Überlebensfrage für Arbed Saarstahl nicht mehr stelle. Da die Bundesregierung bei der letzten Rettungsaktion angekündigt hatte, dies werde unweigerlich die letzte Hilfe für das Unternehmen sein, geht der Vorsitzende der sogenannten Stahlfraktion im Landesparlament, Günther Schacht (CDU), davon aus, daß wohl das Saarland die neue Hilfe alleine aufbringen muß.

Allerdings wollen, wie gestern bekannt wurde, Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) und sein Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) noch in dieser Woche bei Gesprächen in Bonn versuchen, den Bund doch noch umzustimmen.

Beamtenbund fordert vier Prozent mehr

DW. Bonn

Eine sofortige Besoldungserhöhung um vier Prozent, die Aufhebung des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst sowie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit hat der Deutsche Beamtenbund (DBB) gefordert. In Bonn wies der DBB-Bundesvorsitzende Alfred Krause gestern darauf hin, daß die Bezüge der 4,53 Millionen Staatsdiener in den vergangenen acht Jahren der allgemeinen Einkommensentwicklung um zwölf Prozent hinterherhinkten und bei zahlreichen Beamten des einfachen Dienstes bereits unter die Sozialhilfesätze abgesackt seien. Krause, der sich entschieden gegen die von der Regierung geplante Null-Runde wandte, forderte: „Schluß mit den sparpolitischen Raubzügen im öffentlichen Dienst."

Krause betonte, er vermisse ein schlüssiges und überzeugendes Konzept der Regierung für den öffentlichen Dienst. So sei nicht zu erklären, warum trotz der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt notwendige Einstellungen ausblieben. Es gebe auch keinen Grund dafür, den öffentlich Bediensteten die Möglichkeit des Vorruhestands vorzuenthalten, der für die freie Wirtschaft als besonders wirksames Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes angeboten worden sei.

Kampfmaßnahmen wie Streiks oder Dienst nach Vorschrift erteilte der DBB-Vorsitzende erneut eine Absage. Demonstrationen als legales Mittel des Protests wolle er jedoch nicht ausschließen. Der Beamtenbund werde vor allem versuchen, durch Argumente zu beeinflussen.

China öffnete 1600 Kirchen für Christen

DW. Bad Harzburg

In der Volksrepublik China sind wieder 1600 Kirchen geöffnet. Wie auf der Internationalen Taschenbibelbund-Konferenz in Bad Harzburg bekannt wurde, lasse sich seit der Öffnung Chinas 1978 eine deutliche Liberalisierung der Religionspolitik Pekings feststellen. In Gegenden, wo den Gläubigen noch keine Kirchen zur Verfügung stehen, würden Gottesdienste in Hauskirchen unter Duldung der Regierung abgehalten. Seit 1978 seien rund 1,3 Millionen Bibeln in chinesischer Sprache gedruckt worden. Nach chinesischen Angaben bekennen sich heute wieder fünf Millionen Chinesen zum christlichen Glauben. Darunter seien drei Millionen Katholiken, die sich in eine von Peking anerkannte und vom Vatikan unabhängige Kirche sowie eine romtreue Untergrundkirche aufteilen.

Popstar aus Moskau sucht Erfolg im Westen

SAD, London

Der erfolgreichste Plattenstar der Sowjetunion will jetzt auch im Westen sein Glück versuchen. Alla Pugatschowa (35), die in ihrer Heimat rund 150 Millionen Platten verkauft hat, hält sich zur Zeit in Stockholm auf, um dort auf englisch einen Song mit dem Titel „Russian Reggae" aufzunehmen. „Ich bin der populärste Mensch in der Sowjetunion – und zwar nicht nur in der Welt des Showgeschäfts", erklärte Frau Pugatschowa einem Reporter der Londoner „Daily Mail". „Ich bin bekannter als unser Staatspräsident." Die Zeitung beschreibt die russische Sängerin als „übergewichtig mit gefärbten roten Haaren und mit Zähnen, die ein verheerendes Zeugnis für die sowjetische Zahnmedizin ablegen". Ihr Gesangsstil sei eine „Mischung zwischen Marlene Dietrich und ABBA".

USA lieferten unbrauchbare Panzerraketen

DW. Bonn

Von den 20 000 Panzerabwehrraketen, die die Bundeswehr in den letzten Jahren vom US-Heer gekauft hat, sind 5200 unbrauchbar, weil sie vom amerikanischen Hersteller Hughes mit einem störanfälligen Batterietyp ausgestattet worden seien. Die Kosten für die Umrüstung beliefen sich auf fünf Millionen Mark, teilte der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Rudi Schöfberger mit.

Die Bundesregierung hat nach den Angaben Würzbachs keine Schadensersatzansprüche gegen den US-Hersteller, weil die Raketen über das amerikanische Heer gekauft wurden. Ob die Kosten übernommen werden, ist noch offen.

„Arbeitszeit muß flexibel bleiben"

Metallarbeitgeber warnen IG Metall vor starrer Auslegung der 38,5-Stunden-Woche

PETER GILLIES, Bonn

Teile der IG Metall versuchen, den Kompromiß über die Arbeitszeitverkürzung nachträglich umzudeuten und damit die betriebliche Flexibilität auszuhebeln. Diesen Verdacht hegen die Arbeitgeber der Metallindustrie. Sie befürchten ein höheres Arbeitslosenrisiko, wenn die Gewerkschaft eine starre Arbeitszeit von 38,5 Stunden für jeden in allen Betrieben durchsetze.

Der nach siebenwöchigem Arbeitskampf in der Metallindustrie erreichte Kompromiß sei ein „untrennbares Paket", meinte Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeber der Metallindustrie (Gesamtmetall). Einerseits habe man zwar eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit vereinbart, sie aber andererseits an die Flexibilität – zwischen 37 und 40 Stunden je nach betrieblichen Gegebenheiten – gekoppelt. Eine starre 38,5-Stunden-Woche für jeden erhöhe dagegen den Rationalisierungsdruck.

Diese Starrheit verstoße gegen Buchstaben und Geist des Tarifvertrages, sagte Kirchner gestern im Gespräch mit Journalisten. Tatsächlich hätten die Arbeitgeber ihm nur zugestimmt, weil die Flexibilität darin enthalten war. Wenn ein Betrieb nach seinen technischen Abläufen für bestimmte Gruppen („Funktionseliten") bei 40 Stunden bleiben dürfe, aber für andere bis auf 37 Stunden gehen könne (beispielsweise bei Bandfertigungen), gewinne er Kostenvorteile und könne so letztlich auch mehr Leute einstellen.

Wer diese „neue Dimension" für mehr Beschäftigung durch mehr Flexibilität zu verhindern suche, ersticke die Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Tarifparteien. Die Behauptung, betriebliche und maßgeschneiderte Arbeitszeiten schwächten den Gewerkschaftseinfluß, wies Kirchner zurück. In der Metallindustrie seien 90 Prozent der Betriebsräte in der IG Metall organisiert. Sie sind von ihrer Gewerkschaftsspitze angewiesen worden, einstweilen keine Vereinbarungen über *die Arbeitszeiten abzuschließen.*

Die neuen Arbeitszeiten gelten vom 1. April 1985 an. Kirchner verhehlt nicht, daß auch die Betriebe vor beträchtlichen Organisationsproblemen stehen. Einheitsmodelle gebe es nicht, denn in jedem Unternehmen sei die Lage anders. Die Arbeitgeber fordern jedoch dazu auf, die Chance der Flexibilisierung zu nutzen.

Peres strebt nun wieder eine kleine Koalition an

Gespräche mit Premier Shamir vorerst gescheitert

DW. Tel Aviv

Israels Oppositionsführer Shimon Peres hat im Rundfunk erklärt, er erwäge angesichts der Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit dem bisher regierenden Likud-Block nun wieder die Bildung einer kleinen Koalition. Um dieses Ziel zu verfolgen, konferierte Peres gestern mit dem Führer der *Nationalreligiösen Partei,* Josef Burg, der aber zuvor hatte wissen lassen, daß seine Partei nur eine Koalition der Arbeiterpartei mit dem Likud-Block unterstützen werde.

Die Aussichten für die Bildung einer Großen Koalition der Arbeiterpartei mit dem Likud-Block des amtierenden Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir schätzte Peres als gering ein. Er werde versuchen, Unterstützung für eine Koalitionsregierung auf kleinerer Basis zu finden, sagte Peres, der als Führer der stärksten Fraktion im neugewählten Parlament von Staatspräsident Herzog den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hat.

Auf die Frage, ob nach den Gesprächen mit Shamir am Sonntag die Verhandlungen über eine Große Koalition endgültig gescheitert seien, sagte Peres: „Wenn es keine überraschende Veränderung gibt, ja." Shamir beantwortete die gleiche Frage mit den Worten: „Ich hoffe, daß noch immer eine Chance besteht, weil die Lage das erfordert."

Beobachter vermuten, daß vor allem der Minister ohne Geschäftsbereich *Ariel* Sharon und Vizepremier David Levi gegen ein Regierungsbündnis des Likud-Blocks mit der Arbeiterpartei sind.

Peres und Shamir, die in der vergangenen Woche dem Abschluß einer Koalitionsvereinbarung sehr nahe schienen, hatten am Sonntag die verbliebenen Streitfragen nicht klären können. Eine der wichtigsten Fragen war, wie sich die beiden Politiker im Amt des Ministerpräsidenten abwechseln und an wen wichtige Kabinettsposten vergeben werden sollten. Ein weiteres Hindernis war die Siedlungspolitik im besetzten Westjordanland. Peres hat noch zwei Wochen Zeit, um die Verhandlungen über eine Neubildung der Regierung fortzusetzen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

35-Stunden-Geklopfe

Von Peter Gillies

Weitverbreitet ist die Hemmung, einen Dieb einen Dieb, einen Faulpelz einen Faulpelz oder einen Diktator einen Diktator zu nennen. Man deutet und deutelt herum. Andererseits gehört es zum politischen Geschäft, bestimmte Worte, kaum waren sie dem Munde entfahren, nach gehörigem Zeitablauf einer gelasseneren Wertung zu unterziehen.

Der Bundeskanzler nutzte nun seinen Auftritt vor dem 12. Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik dazu, einen anderen Akzent zu setzen. Nicht alles sei immer angemessen gewesen, sagte Helmut Kohl, auch klopfe er sich an die eigene Brust. Worauf sich diese Gewissenserforschung bezieht, verschwieg er. Aber jedermann vermutete wohl richtig: es war die Bemerkung, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche sei „dumm und töricht".

Nach den riesigen Schäden des Arbeitskampfes wissen wir, daß besagte Gewerkschaftsforderung weder klug noch weitsichtig war, sondern eben dumm und töricht. Selten traf ein Kanzlerwort den Nagel so zentral auf den Kopf. Gerhard Stoltenberg formulierte es gegenüber der WELT so: „Die Verantwortung für den schlechten Arbeitsmarkt tragen die Gewerkschaften, die diesen unsinnigen Streik vom Zaun gebrochen haben – und die SPD, die ihn unterstützt hat."

Nun soll nicht verkannt werden, daß Politiker um brüchiger Gesprächsfäden willen klimatische Hinwendungen machen, zumal an eine Gewerkschaft wie die IG Chemie, die keineswegs zu den Scharfmachern gehört. Aber wenn es zu den allseits gepriesenen Kamingesprächen im Dreieck Staat–Unternehmen–Gewerkschaften kommen soll, sollte man auch eine klare Sprache führen.

Aus dieser Sicht kann sich der Kanzler nicht den Anschein geben, als hielte er die damaligen Forderungen in irgendeiner Form für berechtigt. Sie zeichnen einen falschen Weg. Um Mißverständnisse und unberechtigte Hoffnungen zu vermeiden, sollte der Regierungschef falsche Wege auch falsch nennen. Brustschlägereien werden im übrigen nicht honoriert. Auch hat bislang niemand gehört, daß Gewerkschaftsfunktionäre ihre bösen Worte über diese Regierung je zurückgenommen hätten.

Zweierlei Feiern

Von Carl Gustaf Ströhm

Zwei Daten – zwei Welten: Am 31. August feierte das polnische Volk die Erinnerung an die Gewerkschaft „Solidarität". In Danzig gab es Ovationen für Lech Walesa und den aus der Haft entlassenen Adam Michnik. In Breslau wurde der „Solidaritäts"-Funktionär Frasyniuk gemeinsam mit seinem Kollegen Pinior im Schnellverfahren erneut zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt – wegen Vorbereitung einer verbotenen Versammlung (einer Gedenkkundgebung für „Solidarität").

Einen Tag später benutzte General Jaruzelski das Gedenken an den 1. September – dem Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen –, um vor dem Volk das Feindbild der Bundesrepublik aufzubauen. Er sprach vom „Geist eines aggressiven Pangermanismus" in Bonn, von Bestrebungen, eine „fingierte Million" angeblicher Deutscher in Polen zu mobilisieren, um damit eine „ethnische Teilung" des Landes herbeizuführen.

Die Regierung also macht in Deutschenhaß, das polnische Volk aber fürchtet keine Deutschen – es fürchtet die „eigene" Regierung. Daß der General mit Reizworten wie „Teilung" und „Pangermanismus" um sich wirft, zeigt die unverhohlene Furcht des polnischen Regimes, daß sich jenseits der Oder-Neiße-Linie bei den Deutschen etwas ereignen könnte, was die eigene Position in Gefahr bringt. Der polnische Staatschef muß aber wissen, daß die ethnischen Deutschen in Polen keine Bedrohung für den Bestand des Staates darstellen.

Nicht ein paar Gottesdienste in deutscher Sprache gefährden Polen, sondern die Tatsache, daß an der Weichsel heute eine „Teilung" ganz anderer Art herrscht: Zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen einem Regime, das von großen Teilen des eigenen Volkes abgelehnt wird, und einer Nation, die sich frei von Zwang organisieren möchte.

Bundesaußenminister Genscher soll im November zu Gesprächen nach Warschau reisen. Die Frage stellt sich: Soll sich ein deutscher Außenminister der Peinlichkeit aussetzen, von einem polnischen KP-Chef als „Pangermanist" beschimpft zu werden? Oder auch nur der Peinlichkeit, daß das Schimpfwort im Raum stehenbleibt?

Die Rolle dieser Stadt

Von Enno v. Loewenstern

Offenbar sind die Warnungen verstanden worden, die von verschiedenen Seiten an die Berliner Regierung gerichtet wurden, die Jubiläumsfeier zum 750. Jahrestag Berlins nicht ebenso verkommen zu lassen wie die würdelose „Preußenausstellung". Der Regierende Bürgermeister Diepgen jedenfalls hat mit seiner Erklärung, es gehe nicht nur um „ein fröhliches Geburtstagsfest", sondern um die Beschreibung des Standorts von Berlin und die Darstellung der Rolle dieser Stadt für Deutschland und Europa in Vergangenheit und Gegenwart, ein hoffnungsvolles Zeichen gesetzt.

Die ursprüngliche Planung des Festes durch den „Beauftragten" Ulrich Eckhardt und seinen Mitgestalter Korff sah eine unverbindliche Urbanitätsduselei vor, die Berlins Aufstieg vom Fischerdorf zur Weltstadt eher beklagt hätte. Daraus soll nun nichts werden. Freilich liegen die Details noch nicht vor. Man – und das schließt ganz besonders den Altbundespräsidenten Professor Carstens ein, der dankenswerterweise und zur Beruhigung der Berliner den Vorsitz eines Beirats zur Beratung der Festplanung übernimmt – wird dem Doppel Eckhardt-Korff bis in die letzten Einzelheiten auf die Finger schauen müssen.

Nicht unbedenklich ist allerdings Diepgens Vorhaben, ein „gemeinsames Fest aller Berliner" in Abstimmung mit den Ostberliner Behörden zu veranstalten. Wenn das möglich wäre, wäre das allerdings des Schweißes der Edlen wert. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß Ostberliner und Westberliner gemeinsam feiern dürfen, ist wohl jenseits jeder Phantasie. Wir können froh sein, wenn sie gleichzeitig feiern dürfen. Das wohlklingende Wort von dem „gemeinsamen Fest" darf nicht dazu verführen, Konzessionen zu machen, die den Menschen drüben nichts nützen und die Menschen hier enttäuschen.

Berlin war – und ist – eine glanzvolle Stadt, eine Stadt der Persönlichkeiten, nicht der Apparatschiki; der Freiheit, nicht der Mechanismen und Kollektivismen. Der absurde Fest-Titel „Menschenwerkstadt" ist mit Recht als beleidigend zurückgewiesen worden; eigentlich kann man kaum einen treffenderen Titel wählen als eben „Berlin".



„Wir wollen nur einmal seine Reflexe testen!" KLAUS BÖHLE

Mit dem Kopf im Wasser

Von Rolf Görtz

Krisengebiete betrachten die Deutschen am liebsten durch das umgekehrte Fernglas: Das Rote Meer, die Karibik – wie weit entfernt liegt das alles von unseren „eigentlichen Interessensgebieten". Ein Trugschluß, denn das Rote Meer ist auch unsere Wasserstraße. Und Kuba liegt sozusagen vor der Elbemündung.

Sieben Millionen Tonnen Güter schwimmen in diesem Augenblick auf den Weltmeeren von oder nach Deutschland. Davon nicht weniger als drei Millionen Tonnen auf dem Atlantik. Mit Waren, die wir brauchen oder verkaufen. In unserer Abhängigkeit vom Seeverkehr und seiner Sicherheit unterscheiden wir uns in nichts von den Britischen Inseln.

Dies aber müßte der Ausgangspunkt jener außenpolitischen Überlegungen sein, die mit unserem Ex- und Import und unserer Energieversorgung zusammenhängen. Der Bonner Entschluß, keine Minensuchboote in das Rote Meer zu entsenden, entsprach althergebrachtem Festlandsdenken. Er geht über die Abhängigkeit unserer Wirtschaft vom Seetransport hinweg und demonstriert den Verbündeten – und ebenso dem Ostblock – das geringe Verständnis für „Maritimes".

Die Bundesmarine verfügt über eine der besten Minenflotten der Welt. Wir brauchen sie für die Bewegungsfreiheit der Streitkräfte und die Sicherung des Nachschubs in Nord- und Ostsee. Ihr Einsatz in anderen Seegebieten aber erscheint unseren Politikern nach wie vor überflüssig.

Im Bonner Auswärtigen Amt beruft man sich darauf, daß der Wendekreis des Krebses den Einsatz der NATO-Streitkräfte begrenzt. Aber im Washingtoner Vertrag wird nur das Gebiet der Verbündeten umgrenzt. Werden in der Zone liegende Partner angegriffen, tritt der Beistandsfall in Kraft. Über das Einsatzgebiet aber, das heißt also: wo der Beistand erfolgen kann oder muß, steht kein Wort in dem Vertrag. Es kann dort auch nichts darüber stehen, denn dies würde dem Wesen des Atlantischen Bündnisses in seinem maritimen Grundcharakter widersprechen: Auf dem freien Meer – und dazu gehören auch die Meerengen und Meeresstraßen – gibt es nach dem Völkerrecht keine Grenzen und keine Bündniszonen. So weit ging Jalta denn doch nicht.

Der Sowjetunion käme eine derartige Zonenaufteilung nie in den Sinn. Sie betrachtet ihre Seegeltung „global" und operiert auf dem freien Atlantik, obwohl dort kaum nennenswerte Seetransporte unter sowjetischer Flagge zu schützen sind. Admiral Gorschkows maritimes Denken gilt zuerst der kommunistischen Weltrevolution. Nicaragua zum Beispiel erscheint in diesem Konzept als möglicher Seestützpunkt wie auch als Ausstrahlungsherd der revolutionären Idee.

Gorschkows Flotte ist heute in der Lage, mit einer Flankenbewegung aus dem Norden unsere Panzerabwehr an Land zu umgehen. Aber das ist nicht das einzige Problem; fast noch wichtiger ist die maritime Konzeption der sowjetischen Außen- und Militärpolitik gerade für Friedenszeiten. Gorschkow formuliert das so: „Flottendemonstrationen haben es in vielen Fällen möglich gemacht, politische Ziele zu erreichen, ohne zum Mittel des bewaffneten Kampfes greifen zu müssen, indem lediglich mit Hilfe des Machtpotentials unter Androhung militärischer Maßnahmen Druck ausgeübt wird."

Zu den Druckmitteln der Roten Seestreitkräfte gehört der Aufbau einer Handelsflotte, die weit über den sowjetischen Eigenbedarf hinaus geht. Mit dieser Handelsflotte versteht Moskau es, wie man in Kreisen unserer Marineführung sagt, „bereits in Friedenszeiten an den westlichen Lebensnerv zu gehen". Aus einer Studie der Bundesmarine geht hervor, daß die sowjetische Handelsflotte seit 1960 von Platz 24 auf Platz sechs in der Weltrangliste aufrückte – und das bei stark rückläufigem eigenem Seetransport. Der sowjetische Anteil an der Welthandelsflotte beträgt mehr als 5,6 Prozent; der Anteil am Weltseehandel jedoch nur drei Prozent. Die Niedriglöhne im Schiffbau und -betrieb und billige Versicherungen versetzen die Sowjets in die Lage, zu Dumping-Preisen die Reedereien der freien Welt zu unterbieten und in den Seetransport der westlichen Länder untereinander einzudringen. Während so die sowjetische Handelsflotte in zwei Jahren um eine Million Ladetonnen zunahm, gingen allein die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahrenden Handelsschiffe in den letzten beiden Jahren um zwei Millionen Tonnen zurück.



Mehr Schiffe als Handel: Sowjetfrachter in Bremen FOTO: REKORT

Der Zweck dieser übergroßen Roten Flotte ist sogar an der Bauweise erkennbar. Überstarke Decks im Schiffsbauch modernster Ro-ro-Schiffe („Roll on, roll off") lassen erkennen, daß von heute auf morgen schweres Gerät, Panzer und Kanonen massenhaft in Handelsschiffen irgendwohin transportiert werden können. Diese Handelsschiffe und Fischereifahrzeuge verfügen über zusätzliche Stützpunkte, etwa auf den Kanarischen Inseln, die der Logistik der Kriegsflotte zugute kommen.

Alles Dinge, an denen unsere Außenpolitik immer noch vorbei geht. Da es auch in den Hauptstädten unserer Verbündeten nur wenig besser aussieht, sollten wir dem britischen Vorschlag folgen und „Seeausschüsse" gründen, mit dem Ziel der Koordination auf NATO-Ebene. Sie könnten beispielsweise die Verlader dazu bewegen suchen, die sowjetischen Handelsschiffe zu meiden. Wenn Gorschkows Kriegsflotte schon ihre Logistik zum Stören der Atlantikrouten für den Fall eines Angriffs auf den Westen aufbaut, muß der Westen sie nicht auch noch finanzieren.

IM GESPRÄCH Helmut Schlesinger

Gelehrter in der Bank

Von Claus Dertinger

Vizepräsident – das ist bei der Bundesbank mehr als nur ein Titel. Dies allerdings weniger aus „funktionalen" Gründen, sondern weil die Notenbank das Glück hat, daß die Bundesregierung dieses Amt immer mit starken Persönlichkeiten besetzt hat. So ist auch Helmut Schlesinger, seit 1980 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, alles andere als nur der zweite Mann an der Spitze der Notenbank.

Als Karl Otto Pöhl 1979 nach einigem politischen Hickhack das Präsidentenamt bei der Bundesbank angetragen wurde, war Schlesinger sein Wunschkandidat als Vizepräsident. Es hätte in der Öffentlichkeit wohl auch überrascht, wäre die Wahl nicht auf den Mann gefallen, der als Chefvolkswirt im Direktorium der Bundesbank der Notenbankpolitik schon seit 1972 seinen Stempel aufgedrückt hat. Der liberale Nationalökonom personifiziert seit langem die Stabilitätspolitik, die er als „Chefdenker" in der Bundesbank, in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen und vor allem auch in Bonner Kabinettssitzungen kompromißlos vertritt. Die Monatsberichte der Bundesbank sind von Schlesingers Handschrift schon seit 1964 geprägt, als er, der vom späteren Bundesbankchef Otmar Emminger bereits 1952 für die damalige Bank Deutscher Länder engagiert wurde, zum Hauptabteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik avancierte. Für diesen Aufgabenbereich und damit für Grundsatzfragen der Geldpolitik sowie Analysen der währungspolitischen und allgemein-wirtschaftlichen Lage zeichnet Schlesinger, der heute 60 wird, auch jetzt noch verantwortlich.

Der promovierte Ökonom mit der Ehrendoktorwürde der Universitäten Frankfurt und Göttingen, eigentlich der Prototyp eines Gelehrten, fühlt sich trotz seiner ausgeprägten Neigung zum theoretischen Denken vor allem dazu berufen, wissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Wirtschaftspolitik umzusetzen. Im sechsköpfigen Direktoriumsteam der Bundesbank bietet sich da ein weites Betätigungsfeld. Daß Politiker und Regierungen – gleich welcher Couleur – und Notenbank gelegentlich unterschiedlicher Auffassung in Sachfragen sind, verwundert nicht bei dem natürlichen Spannungsverhältnis zwischen der unabhängigen Bundesbank, die in erster Linie der Erhaltung des Geldwertes verpflichtet ist, und Regierungen, die mit dem Blick auf den Wähler gerade in der Finanzpolitik nicht selten zu populistischen Kompromissen neigen.



Sein Rat wird hochgeschätzt: Schlesinger FOTO: SCHÜRING

Dennoch ist Schlesingers Rat in Bonn hochgeschätzt. Der Vizepräsident und der auf dem politischen Parkett besonders erfahrene Notenbankchef Pöhl sind ein Team, das im finanz- und wirtschaftspolitischen Raum ein nicht unerhebliches Gewicht hat als Anwalt der Stabilitätsinteressen des ganzen Volkes.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Über die Moskauer Propaganda heißt es hier:

Die DDR ist mittlerweile für den durchschnittlichen Prawda-Leser nicht mehr nur „erpressbar", weil sie den zweiten Milliarden-Kredit von Bonn genommen hat, sondern sieht sich der Gefahr ausgesetzt, von den westdeutschen „Revanchisten" liquidiert zu werden – „wenn nicht heute, so morgen". Die Revanchisten-Platte mag so ausgeleiert sein, wie sie will, sie mag den Leuten noch so sehr auf die Nerven gehen: Die sowjetische Propaganda wird sie ungerührt immer wieder auflegen.

Ruhr-Nachrichten

Über die Motive Ost-Berlins spekuliert die Dortmunder Zeitung:

Möglich ist aber auch, daß die DDR darauf spekuliert, durch Herausschieben einer Festlegung den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung so zu verstärken, daß Bonn Zugeständnisse in der Frage der Gesprächsthemen bei einem Besuch Honeckers macht. Wie weit eine solche Überlegung führen könnte, ist offen.

DARMSTÄDTER TAGEBLATT

Die Zeitung äußert sich zum Antikriegstag:

Wenn der Kreml am Jahrestag des Kriegsausbruchs der Bundesrepublik vorwirft, mit ihrer Politik gegenüber der DDR den Frieden zu gefährden und wenn der Ostberliner Staatsratsvorsitzende Honecker unter dem Druck Moskaus schon auf fast peinliche Weise der Festlegung eines endgültigen Besuchstermins bei Kohl ausweicht, dann spiegelt auch dies die Anormalität der Zustände. Die Zeit nach 1945 ist eine Epoche des Nichtkrieges, aber nicht des Friedens. Denn die Voraussetzung für den Frieden ist Gerechtigkeit, die nur durch eine Politik gewährleistet werden kann, die den Ausgleich zwischen Vernunft und Macht und damit Vertrauen ermöglicht.

The Daily Telegraph

Zum Streit innerhalb der britischen Gewerkschaften bemerkt das Londoner Blatt:

Obwohl alle Anstrengungen unternommen worden sind, ein Zerbrechen des Gewerkschaftsdachverbandes TUC in links und rechts zu verhindern, kann die Tatsache nicht verschleiert werden, daß die Bewegung in jene Gewerkschaften gespalten ist, die für politische Streiks sind, und in jene, die über solche altertümlichen Maßnahmen zunehmend aufgebracht sind. Murray muß wissen, daß der Gewerkschaftsdachverband TUC keine Überlebenschance hat, wenn die linksgerichteten Gewerkschaften nicht schnell lernen, daß ihre Mitglieder sich nicht mehr als Kanonenfutter im Klassenkampf verheizen lassen.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung geht in einem Leitartikel auf das Vorgehen der polnischen Behörden gegen die Opposition ein:

Es läßt sich jetzt klarer erkennen, auf welche Taktik die polnischen Behörden künftig zurückgreifen werden, um die Opposition nach der Freilassung fast aller politischen Häftlinge in Schach zu halten: ein systematisches Aufreiben und kurzfristige Inhaftierungen... dieses Vorgehen kann nach und nach die internationale Öffentlichkeit für das Schicksal der Polen unempfindlich machen, wie dies schon zu Zeiten von Edward Gierek der Fall war.

Wir begrüßen Mr. Tschernenkos Feststellung

In Washington fragt man: Verabschieden die Sowjets sich aus der Diplomatie? / Von Thomas Kielinger

Das jüngste „Interview" Konstantin Tschernenkos in der „Prawda" setzt die traurige Reihe sowjetischer Verbalakte der letzten Monate fort. Man weiß nicht, ob solche rhetorische Salven – „die Reagan-Administration spricht jetzt von einem Kreuzzug nicht nur gegen den Sozialismus, sondern gegen die ganze Welt" – noch unter dem seriösen Rubrum „sowjetisch-amerikanische Beziehungen" eingeordnet werden können, oder ob sich hier nicht die verlorenen Stimmen von Leuten zu Wort melden, die das diplomatische Spiel verlassen haben und sich nur noch auf die negativste Form von Zwischenrufen in die zeitgenössische Arena hinein spezialisieren wollen.

Das hat nur noch wenig mit Politik zu tun, dafür um so mehr mit der Verhinderung von Politik. Im State Department und im Weißen Haus hat man zwar brav auf die Erklärung des Kreml-Chefs reagiert, die wüstesten Anschuldigungen beiseitegeschoben („die Analyse der US-Politik ist leider nur zu vertraut und nur allzu falsch") und die positiveren Körnchen herausgepickt („Wir begrüßen Mr. Tschernenkos Feststellung, daß auch die Sowjetunion ernste und spezifische Verhandlungen wünscht"); doch macht man sich in Washington keine Illusionen darüber, daß damit so etwas wie ein „Dialog" gestiftet sei.

Es herrscht das Rascheln leerer Schriftstücke vor, nicht die gewichtige Kadenz politischen Fortschritts. Die noch im Juni dieses Jahres für möglich gehaltenen Abrüstungsgespräche über Weltraumwaffen, anberaumt ursprünglich für diesen September in Wien, hat man fürs erste abgeschrieben.

Wenn es einen Trost für die Amerikaner gibt – freilich einen etwas mageren Trost –, dann der Blick auf Bonn: Der deutsche Bundesgenosse fährt in diesen Wochen mit seinen Beziehungen zu Moskau nicht besser. Auch Bonn wird mit Verunglimpfung unter Beschuß genommen, wie man sie seit den Ostverträgen für überwunden glaubte. Alles nur zur Verhinderung des Honecker-Besuches? In Washington schließt man diese Interpretation nicht aus, geht aber über sie hinaus: Die Verweigerung, das Spielverderben wird allmählich zum Gütezeichen der Kreml-Politik in der Phase äußerster Unsicherheit an der inneren Führungsfront.

Seit dem Ableben Breschnews haben die USA nicht mehr das Gefühl eines profilierten Gegenübers, der genügend Selbstbewußtsein und Weitblick aufbrächte, das Netz der globalen Diplomatie neu zu spinnen. Die Schwächung des Führungskaders unter der Ägide eines kränkelnden Andropow und eines vom Lungenemphysem gezeichneten Tschernenkos ging Hand in Hand mit dem Niedergang der wirtschaftlichen Produktivität und schweren Rückschlägen im Agrarsektor.

Die Sowjetunion sieht sich beispielsweise in diesem Jahr einer vierten schlechten Ernte in ununterbrochener Reihenfolge gegenüber. Von dem Erntehöhepunkt 1980 von 238 Millionen Tonnen Getreide ist der Ertrag auf in diesem Jahr geschätzte 180 Millionen Tonnen gesunken; Grund für das Land, wieder verstärkt kostbare Devisen einsetzen zu müssen und – vor allem vermehrt in den USA – Getreide einzukaufen.

Stagnation und Rückfälle, vergrößert um die Dimension ungeklärter Führungsfragen, tendieren dazu, das System weiter zu lähmen und die Führungsspitze in die Defensive zu treiben. Nach außen setzt sich das um in eine Art politischen Catenaccios: Gromyko kommt 1983 nicht zur UNO-Jahrestagung nach New York, man verläßt die INF- und Start-Verhandlungen, man boykottiert die Olympischen Spiele und zieht sein Angebot, im September neue Abrüstungsverhandlungen zu führen, nach Überprüfung zurück. Dazu parallel die Kampagne gegen die deutsch-deutsche Detente: So reagiert einer, der die Kräfte der Geschichte nicht mehr zu bändigen weiß und vor lauter Verzweiflung die Bühnenausgänge sucht, nicht ohne alles daranzusetzen, seine eigenen Bundesgenossen am Mitspielen zu hindern.

Vor einem halben Jahr mußte sich das Weiße Haus noch sorgen, daß die unterentwickelten Beziehungen zu Moskau Präsident Reagan im Wahlkampf bedrängen würden. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Die Sowjets können der Administration nicht mehr schaden, so durchsichtig ist ihre Nicht-Politik geworden. Inzwischen blickt man von Washington auf Bonn und die kommenden Besuche osteuropäischer Regierungschefs (inklusive oder exklusive Erich Honeckers). Der Eindruck herrscht vor, daß der Kreml seinen Satelliten nicht jenen Stillstand in ihren Westbeziehungen oktroyieren kann, den er selber als Notbremse pflegt.

Was daraus für die Gesamtbeziehungen innerhalb der Paktstaaten folgt, kann nur spekuliert werden – mit jener Mischung aus Erwartung und Schadenfreude, die so typisch ist für Washington in der Zeit des Wahlkampfes, wenn man selber kein Maximum an Flexibilität besitzt, das Geschäft der Diplomatie energisch voranzutreiben.



Zauberformel Ost-Berlins: Wer arbeitet, sichert den Frieden

Was auch immer in der „DDR" gefeiert wird oder gefeiert werden muß, die Regierung in Ost-Berlin nutzt es zu „freiwilligen Sonderschichten". Gegenwärtig heißt es: Zum Friedenstag die Friedensschicht.

Von H.-J. MAHNKE

Das Kollektiv „Artur Becker" hat während einer „Friedensschicht" an der Nadelanlage 2 der Oschatzer Filzfabrik die Tagesnorm von 840 Quadratmetern Fasermaterial um 250 Quadratmeter überboten. Vorbildliche Arbeitsorganisation und volle Nutzung der Arbeitszeit nennen die Brigademitglieder als Ausgangspunkte für das Erreichte.

Die Jugendbrigade „Oberbauleitung Lauchammer" des VEB Ferngasleitungsbau Engelsdorf hat in ihrer Friedensschicht beim Verlegen der Transit-Erdgasstraße, wo das tägliche Soll in den einzelnen Arbeitsgängen jeweils 300 Meter beträgt, folgende Werte erreicht: Vorstrecken 400 Meter, Schweißen 500 Meter, Prüfen 600 Meter, Rohrgraben 800 Meter, Versenken 1300 Meter, Verfüllen 400 Meter und rückwärtige Verbindungen 500 Meter.

Acht Arbeitskollektive des Dienstleistungskombinates Belitzsch schafften bei ihrer Friedensschicht zusätzliche Reparatur- und Dienstleistungen im Werte von 2500 Mark. Durch ähnlich gute Leistungen wie zur Friedensschicht soll bis zum Jahresende der Planvorsprung von gegenwärtig drei Arbeitstagen weiter ausgebaut werden.

Nur drei Beispiele aus der „Leipziger Volkszeitung" von „Friedensschichten, die in diesen Tagen von Tausenden gefahren werden". Offizieller Anlaß war der Weltfriedenstag, der im Ostblock am 1. September groß gefeiert wurde.

In diesem Jahr kommt in der „DDR" der 35. Jahrestag am 7. Oktober hinzu. Alles geht nahtlos ineinander über. „Freiwillige" Mehrleistungen im sozialistischen Wettbewerb stehen hoch im Kurs – und werden in den Zeitungen flächendeckend gewürdigt.

„Für den Frieden das Beste geben"

In Gesprächen mit Leipzigern muß der Eindruck entstehen, daß nicht jeder, der es sich leisten kann, sich der *freiwilligen Selbstverpflichtung* entzieht: „Ich arbeite schon in drei Schichten", begründet einer seine Ablehnung, nicht gerade überzeugend.

Zwar seien die einzelnen Arbeiter kaum vergleichbar. „Eins sind sie aber in diesen Tagen, was das Ziel betrifft: Für den Frieden das Beste geben!" Den inneren Zusammenhang von mehr Arbeit und Frieden konnte die „Leipziger Volkszeitung" allerdings nicht deutlich erklären.

Deutlich, wenn auch nicht einleuchtender, ist da schon die Willenserklärung des Stammbetriebes „Carl von Ossietzky" des Kombinats „VIP elektronische Bauelemente Teltow" anläßlich des Aktionstages der Gewerkschaften für den Frieden:

„Jetzt erst recht gilt es, eng verbunden mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft alle Maßnahmen zu treffen, die dazu beitragen, das militärstrategische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und der friedlichen Zukunft der Menschheit eine Chance zu eröffnen. Mit unseren Arbeitsleistungen tragen wir dazu bei, denn: Je stärker der Sozialist ist, desto sicherer der Frieden."



Alltag in der „DDR": Parolen sollen zu mehr Arbeit anspornen FOTO: SVEN SIMON

Höchstleistungen werden zur Norm gemacht

Und Harry Tisch vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) stellt fest: Die Entscheidung über das weitere Voranschreiten des Sozialismus und damit auch die Erhaltung des Friedens falle in erster Linie auf dem Gebiet der Wirtschaft.

Also: mehr Arbeit, mehr Rüstung – mehr Sozialismus – mehr Frieden. Wer selbst in der „DDR" nicht daran glaubt – und wer frißt das schon, wer läßt sich den Ausgleich für Mehrleistungen so einfach abkaufen? –, dem erläutert die „Volkszeitung", eng verbunden mit dem politischen Ziel der Friedensschichten seien ihre ökonomischen Ergebnisse:

„Erklärtes Ziel der Brigaden ist es, in diesen Initiativschichten höchste Leistungen zu erreichen, Reserven zu erschließen und die so erzielten besten Ergebnisse zur Norm für die tägliche Planerfüllung zu machen."

Also: Friedensschichten als Vehikel für höhere Normen.

Früher ging das anders. Der legendäre Genosse Adolf Henecke konnte dank günstiger Arbeitsbedingungen vor 30 Jahren seine Norm deutlich übererfüllen, gleich um das X-fache. Ihm wurde im Sozialismus, wo jeder gleich sein soll, dafür ein solcher Lebensstandard geboten, daß er Ansporn für Nachahmer sein sollte. Verliehen wurde und werden auf dem Wege zu höheren Normen auch Orden.

Vor fünf Jahren anläßlich des 30. Jahrestages der „DDR" wurde selbst auf Paraden noch skandiert: „Fleißig, fleißig, fleißig – die DDR wird 30". Heute gibt es zwar Parolen genug, aber keine, die sich zum Sprechgesang eignen. Dafür werden die Friedensschichten großgeschrieben, wird auf die Verpflichtung zum Jahrestag hingewiesen.

Der Gewerkschaftsboß Harry Tisch würdigt gebührend „die große Tatbereitschaft, mit der viele Kollektive in der Republik dem Aufruf zu einer Hochleistungsschicht aus Anlaß des Weltfriedenstages gefolgt sind". Die Resultate kämen einer guten Jahresabrechnung zugute und helfen, „an die höheren Ziele des nächsten Jahres heranzukommen".

Am 21. Dezember soll der Plan erfüllt sein

Immerhin, die Werktätigen des Werkes „Carl von Ossietzky" haben sich verpflichtet, zu Ehren des 35. Jahrestages 1984 die Produktion um drei Arbeitstage zu übertreffen. Und für die Jugendbrigade „Deutsch-Bulgarische Freundschaft" aus dem VEB Elektrokohle in Berlin-Lichtenfelde endet der diesjährige Kalender bereits am 21. Dezember, dann soll der Plan erfüllt sein. Ab sofort soll bereits die Kelle des '85er Planes angelegt werden.

„Produktivität", witzelte jetzt das Leipziger Cabaret „Academixer" in einer Retrospektive auf seine Arbeit, dieses Thema hätten sie bereits in ihrem ersten Programm 1969 gehabt. 15 Jahre später ist ihnen nichts mehr eingefallen.

Ein Tauziehen um neunzig Minuten

Kommt sie nun oder kommt sie nicht, die neue „Tagesschau" um 21.30 Uhr? Die ARD-Intendanten sind sich noch nicht einig, doch das Projekt nimmt dennoch konkretere Formen an.

Von WILFRIED AHRENS

Rolf Seelmann-Eggebert, dem angelsächsisch-eleganten Fernsehdirektor des NDR, steht heute eine Premiere besonderer Art bevor: Vor den versammelten *Kollegen aus den Direktoren-Etagen* der ARD laufen über einen Monitor im Konferenzsaal des Hessischen Rundfunks gleich zwei von ihm moderierte Nullnummern jener halbstündigen „Tagesschau", die ab 1. Oktober 1985 zum informativen Kernstück eines neugestalteten Abendprogramms im ersten Kanal werden soll.

Zwei Tage später werden am selben Ort die beiden Probesendungen den *neun ARD-Intendanten* vorgeführt, die sich freilich noch nicht einmal darüber einig sind, ob sie überhaupt eine neue „Tagesschau" zum neuen Termin wollen oder es nicht vielmehr bei der alten von 20 Uhr bis 20.15 Uhr bleiben soll.

Hans Bausch jedenfalls, der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, ist entschlossen, „bis zuletzt" für den 20-Uhr-Termin zu kämpfen. Seine Kollegen vom Hessischen, vom Saarländischen Rundfunk und vom Südwestfunk, Wolfgang Lehr, Hubert Rohde und Willibald Hilf, steuern derzeit noch, wenn auch weniger grimmig, auf Bausch-Kurs.

Die Mehrheit der Intendanten, allen voran der Herr vom WDR, Friedrich-Wilhelm von Sell, und der derzeitige ARD-Vorsitzende, NDR-Intendant Friedrich Wilhelm Räuker, will das Hauptabendprogramm radikal umgestalten: Beginn 19.30 Uhr, anschließend 120 Minuten für Unterhaltung, ab 21.30 Uhr die neue „Tagesschau". Hauptmotiv der von Bausch angeführten Status-quo-Minderheit: die zehn Minuten Werbezeit vor 20 Uhr sollen erhalten bleiben – sie bringen das meiste Geld.

Die Gegenposition der Mehrheit: Wenn die Konkurrenz – heute schon dienstags und donnerstags das ZDF, demnächst auch private Sender – vor 20 Uhr mit publikumsfreundlichen Programmen beginnt, laufen der ARD die Zuschauer davon. NDR-Chef Räuker hält Bausch und dessen Meinungspartnern vor, daß dann die bisher lukrativen Werbeminuten vor 20 Uhr nicht mehr viel wert sind.

Spätestens am 26. September wollen sich die Intendanten entscheiden. Rolf Seelmann-Eggebert gibt sich über den Ausgang skeptisch-optimistisch: „Noch scheint alles offen, etwa nach der Devise: An geraden Tagen gibt es eine Mehrheit für das neue *Programmschema, an ungeraden* keine. Ich glaube jedoch, daß die jetzige Mehrheit hält."

Dann immerhin wäre der Nullnummern-Aufwand für die neue „Tagesschau" nicht umsonst gewesen. Aufgenommen wurden die beiden Pilotsendungen am 29. August im Haus 4 auf dem NDR-Fernsehareal – in neuer Kulisse und mit dem letzten Stand der Technik. Die Studioausstattung *besorgte im Eiltempo der NDR-Bühnenbildner* Lorenz Withalm. Auf sechseckigem Grundriß sind untergebracht: ein Dreiertisch mit Platz für den Moderator (neuerdings: Präsentator) in der Mitte, daneben Moderatoren für Spezialthemen, etwa aus Wirtschaft, Kultur oder Sport.

Auch die „Tagesschau"-Erkennungsgrafik ist neu: Der „Tagesschau"-Schriftzug und die Weltkarte, jeweils vom oberen und vom unteren Bildrand kommend, werden übereinandergeblendet.

Auch neu und mit das teuerste Stück ist die Studiouhr, ein raffiniertes Ding mit Quarztechnik und Neonröhren zum stolzen Preis von 58 000 Mark. Die Aufnahmetechnik wurde von einem Ü-Wagen vor dem Studiogebäude aus eingesetzt, mit neuester Quantel-Technik, jener elektronischen Zauberei, die etwa individuelle Bildausschnitte, eingerahmt von Kreisen und Quadraten erlaubt, oder mehrere Bildsequenzen nebeneinander und getrennt gleichzeitig auf die Mattscheibe bringen kann.

Freilich, was da mit soviel Aufwand produziert wurde, gilt selbst dem Nullnummern-Helden Seelmann-Eggebert „noch nicht als der große Wurf". Aufgenommen wurden zwei Präsentationen der Nachrichtenlage vom 16. August, eines Stichtages im tiefsten Sommerloch also. Einziger Höhepunkt ist denn auch das Wolfgangsee-Interview Nowottnys mit dem Bundeskanzler. Die Nullnummer „01", konzipiert allein von Seelmann-Eggebert, rückt den Präsentator in den Mittelpunkt. Als Nebenmoderator fungiert der NDR-Kulturredakteur Richard Hänsel. Barbara Tietze-Siehl, die charmante Blonde vom Mittwochslotto, spricht vor Einschaltung der Wetterkarte aus Frankfurt einen munteren Vorhersagetext.

Die Probesendung „02", gestaltet *von der „ARD aktuell"-Redaktion* unter Leitung von Edmund Gruber, verwendet darüber hinaus die traditionelle Institution des Nachrichtensprechers, dazu aber eine Reihe jener Elemente, die seit langem für eine moderne Nachrichtensendung im Gespräch sind: lockerere Sprache, Plauderei der Akteure im Studio.

Spätestens im November wird eine Nullnummer „03" produziert, auf *Wunsch von Seelmann-Eggebert mit* einem anderen Präsentator. Über die Besetzung dieses Jobs gilt in der Branche gleichwohl als sicher: Seelmann-Eggebert, der sich bisher am auffälligsten öffentlich Gedanken über die Ausgestaltung einer solchen Position nach dem Vorbild des legendären amerikanischen TV-Journalisten Walter Cronkite gemacht hat, würde es am liebsten selber werden.

Seine Chancen stehen nicht schlecht, vorausgesetzt, es gibt eine Einigung über die Besetzung des Mannes an seiner Seite. Zur Diskussion stehen zwei Möglichkeiten: Entweder der Präsentator wird gleichzeitig Chef der neuen „Tagesschau"-Redaktion oder er bekommt neben sich einen gleichrangigen Chefredakteur als Verantwortlichen der gesamten Sendereihe – und damit auch ein kritisches Korrektiv.

Gleichwohl hat die Aussicht auf eine neue „Tagesschau" mit dem SPD-Mann Seelmann-Eggebert an der Spitze schon jetzt Stirnrunzeln in Unionskreisen hervorgerufen. Sowohl im Konrad-Adenauer-Haus als auch in den Staatskanzleien der unionsregierten Länder werden seit längerem Bestrebungen der SPD registriert, die „Tagesschau"-Redaktion rechtzeitig „wieder in den Griff zu kriegen", wie es ein Informant des „Medien-Telegramm" formuliert hat.

In der CDU/CSU wächst der Widerstand gegen eine Änderung des Status quo in Sachen *„Tagesschau" au*ßerdem die Erkenntnis, daß durch die geplante Neugestaltung des Abendprogramms die Sendezeit für politische Nachrichten zwischen 19 Uhr und 23 Uhr um 15 Minuten gekürzt würde – ein Manko für publikumswirksame Präsentation der Parteien. Dieser Aspekt soll inzwischen auch den SPD-Vorsitzenden Brandt bewogen haben, gegen die Pläne für eine „Tagesschau" nach Machart Seelmann-Eggeberts zu optieren.





Verfechter der neuen „Tagesschau": von Sell und Räuker FOTOS: DIE WELT

WIE WAR DAS? Slowaken-Aufstand gegen die Deutschen

Von C. G. STRÖHM

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Ustinow war zur 40-Jahr-Feier erschienen, und auch der tschechoslowakische Partei- und Staatschef Gustav Husak kam nach Banska Bystrica (Neusohl), um des slowakischen Aufstandes zu gedenken, der am 29. August 1944 begonnen hatte und fast zwei Monate dauerte. Für Husak war es ein später Triumph: Er hatte vor vier Jahrzehnten im kommunistisch geführten „Slowakischen Nationalrat" eine wesentliche Rolle gespielt. Wenige Jahre später war er in der Stalinzeit wegen „slowakischen Nationalismus" verhaftet worden und verbrachte fast ein Jahrzehnt im Gefängnis. Andere „slowakische Nationalisten" endeten auf dem Schafott.

Vor 40 Jahren trug der Aufstand gegen die Deutschen bereits den Keim späterer innerer Konflikte in sich: einmal zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten, dann zwischen stalinistischen Sowjets sowie slowakischen Kommunisten und schließlich zwischen einer national-slowakischen und einer „tschechoslowakischen kommunistischen" Fraktion.

Heute ist fast vergessen, daß das kirchenfeindliche Dritte Reich zwei „katholische" Bundesgenossen und Vasallen hatte: Kroatien und die Slowakei. Der slowakische Staat, der sich 1939 von der Rest-Tschechei losgelöst hatte, wurde von einem katholischen Priester, dem Monsignore Jozef Tiso und dessen katholisch-autoritären *Anhängern, der sogenannten* „Hlinka-Garde" regiert. Der Tiso-Staat war selbständig, stand aber unter dem „Schutz" des Dritten Reiches. Im Gegensatz zu Böhmen und Mähren aber war die Slowakei bis 1944 von deutschen Truppen nicht besetzt.

Erst als im Sommer 1944 die deutsche Heeresgruppe Mitte und dann die Heeresgruppe Südukraine zusammenbrachen und die Rote Armee bis an den Fuß der Karpaten vordrang, sahen führende slowakische Politiker und Militärs den Zeitpunkt gekommen, aus dem Bündnis mit Deutschland auszusteigen. In den unwegsamen slowakischen Bergen hatten sich inzwischen kommunistische Partisanen eingenistet, unterstützt von über 1000 sowjetischen Agenten, die mit dem Fallschirm abgesprungen waren.

Der Aufstand brach aus, als meuternde slowakische Soldaten eine deutsche Wehrmachtsmission, die sich aus Rumänien auf slowakisches Gebiet zurückgezogen hatte, ermordeten. Bereits am 31. August 1944 befanden sich zwei Drittel der Slowakei in der Hand aufständischer slowakischer Truppen und kommunistischer Partisanen. Seltsamerweise machten die Sowjets, die den slowakischen Aufständischen ihre Unterstützung zugesagt hatten, keinen nachdrücklichen Versuch, über die Karpaten durchzubrechen und damit bis vor die Tore Preßburgs und Wiens vorzustoßen. Während die Deutschen in aller Eile Wehrmacht-, SS- und Polizeieinheiten gegen die slowakischen Aufständischen in den Kampf warfen, kam es im „Nationalrat" von Neusohl zu schweren Konflikten zwischen Anhängern einer neu zu gründenden Slowakei und den nationalgesinnten Slowaken, die den unabhängigen slowakischen Staat behalten wollten. Sogar die slowakischen Kommunisten – unter ihnen Husak – wollten damals keine neue Unterordnung unter Prag, sondern eine slowakische Sowjetrepublik als Gliedstaat der UdSSR.

Noch im September und Oktober *1944* gelang es den Deutschen, den Aufstand niederzuwerfen. Die slowakische Armee leistete keinen nennenswerten Widerstand und ließ sich entwaffnen. Nach dem roten Terror, dem vor allem Volksdeutsche und Gegner des Kommunismus zum Opfer gefallen waren, fegte nun der braune Terror Himmlers durchs Land. Dann eroberte Anfang 1945 die Sowjetarmee die gesamte Slowakei. Staatschef Tiso wurde von den Amerikanern an Prag ausgeliefert und endete am Galgen wegen Hochverrats.

Scharfe Kritik an Kohl aus dem Ostblock

rmc./DW. Moskau

Die Sowjetunion hat Bundeskanzler Helmut Kohl beschuldigt, die Vertriebenenverbände, die eine Revision der Nachkriegsentwicklung forderten, unter seine Fittiche zu nehmen. In Übereinstimmung mit ihnen habe Kohl auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen am Sonntag in Braunschweig erklärt, daß die deutsche Frage offen bleibe, hieß es in einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass. Diese These könne nichts anderes bedeuten als Streben nach Einverleibung der „DDR". Kohl habe seine Solidarität mit den Zielen des Bundes erklärt.

Auch in Warschau und Prag wurde die Rede des Kanzlers als „politischer Skandal" gewertet. Die polnische Nachrichtenagentur PAP sprach von einer „antipolnischen und revanchistischen Veranstaltung". In der CSSR reichten die Schlagzeilen von „Der Kanzler unterstützt die Revanchisten" („Rude Pravo") über „Offene Drohungen von Helmut Kohl" („Mlada Fronta"), „Gegen den Strom der Geschichte – der Kanzler unterstützt die Revanchisten" („Svobodne Slovo"), „Offene Provokation" („Lidova Demokracie") bis zu „Fossilien sind angetreten" („Prace"). „Seit der Unterzeichnung der Ost-Verträge ist es das erste Mal, daß ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sich durch persönliche Teilnahme zur revanchistischen Bewegung bekannt hat", schrieb „Rude Pravo". Kohl habe den Teilnehmern der Veranstaltung „versichert, daß er von allem Anfang gegen die Verträge mit den sozialistischen Ländern gewesen" sei.

Empört hat die Bundesregierung *auf die Kritik des außenpolitischen* Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, an der Teilnahme des Bundeskanzlers reagiert. Voigt hatte es während eines Aufenthaltes in Warschau als „politischen Skan*dal" bezeichnet, daß Kohl vor den* Vertriebenen rede, an den Feiern der Gewerkschaften zum „Antikriegstag" aber nicht teilnehme. Damit verhalte sich der Regierungschef „antipolnisch und revanchistisch". Regierungssprecher Sudhoff stellte die Frage, was eigentlich der politische Skandal sei, die gleiche Sprache Voigts und der kommunistischen Zeitungen oder der Versuch, die Vertriebenen in eine „bestimmte politische Ecke" zu stellen.

Opus Dei zieht sein Kölner Angebot zurück

Kardinal Höffner: Die Folge einer vergifteten Atmosphäre

fac. Köln

Eine vergiftete Atmosphäre, die in ihren Hintergründen ernster sei, als viele meinten, hat nach Auffassung von Joseph Kardinal Höffner dazu geführt, daß die Laien- und Priesterorganisation Opus Dei die Übernahme einer vakanten Pfarrei in Köln-Holweide abgelehnt hat. Höffner bediente sich in einem Brief an den Pfarrverweser der Gemeinde St. Mariä Himmelfahrt sogar des Wortes „Hetze". Ins Zentrum der Kritik an öffentlichen Verdächtigungen gegen Opus Dei rückt der Westdeutsche Rundfunk, der eine Dokumentarsendung über das Wirken der Organisation gebracht hatte. Der Regionalvikar des Opus Dei in Deutschland, Cesar Ortiz, sah dort eine „systematisch betriebene, massive Verleumdungskampagne" am Werk.

Ortiz nannte die Übernahme der Seelsorge in Köln-Holweide durch zwei Opus-Dei-Priester „nicht zumutbar". *In seinem Schreiben an Kardi*nal Höffner heißt es: „Da nun die negative Einstellung gegenüber Gesprächen mit den beiden Priestern des Opus Dei bei der Mehrheit in den verantwortlichen Pfarrgremien fort*besteht, sind, so scheint mir, die* Bedingungen für eine fruchtbare seelsorgliche Arbeit, wie Sie, Eminenz, sie von Priestern des Opus Dei erwarten würden, nicht ausreichend gegeben." Der Kardinal erwiderte: „Ich *verstehe diese* Entscheidung und respektiere sie." Er zeigte sich über Briefe entsetzt, die er aus Köln-Holweide erhalten hat. In den Schreiben wird den Opus-Dei-Priestern vorgeworfen, sie hätten ein falsches Gottes- und Menschenbild, sie seien leibfeindlich eingestellt, übten psychischen Terror aus und entfremdeten Kinder ihren Eltern. Höffner: „Ich bin bestürzt darüber, daß diese Urteile von Leuten gefällt werden, die keinen Opus-Dei-Priester persönlich kennen. Von den Opus-Dei-Priestern angebotene Gespräche wurden abgelehnt." Ausdrücklich bat Höffner die Priester der Organisation „um Vergebung für alles, was ihnen durch die Kölner Opus-Dei-Hetze angetan worden ist". Es sei bitter, wenn jungen Menschen, die ihren Beruf als Jurist und Pädagoge aufgegeben hätten und Priester geworden seien, von einer Gemeinde gesagt werde: „Lieber keinen Pfarrer als euch".

Höffner wandte sich gegen den suggerierten Eindruck, daß zum ersten Mal in Köln die „Quellen" über Opus Dei studiert worden seien. In Wirklichkeit seien alle Unterlagen und Schriften des Gründers der Organisation im Auftrag des Papstes seit Jahren gründlich untersucht worden. „Das Ergebnis war, daß keine dem christlichen Glauben widersprechenden Ansichten festgestellt worden sind, auch nicht im Werk des Gründers 'Der Weg'. Erst daraufhin hat Papst Johannes Paul II. Opus Dei zu einer Personalprälatur erhoben." Gleichzeitig erinnerte der Kölner Erzbischof daran, daß die Päpste in Rom mehrere Pfarreien Opus-Dei-Priestern anvertraut haben. Besonders schwierig sei die Arbeiterpfarrei San *Giovanni in Collatino/Tiburtina.* Papst Paul VI. habe auf das „überaus nützliche Beispiel" hingewiesen, das in Tiburtina durch praktisches Handeln gegeben werde. Geschaffen worden sei eine Lehrwerkstatt mit Be*rufsschule für Feinmechaniker*, Elektromechaniker, technische Zeichner, Uhrmacher und Goldschmiede, gebaut worden seien unter anderem eine Mittelschule und eine Sportschule für 300 Mädchen und Jungen – „übri*gens ein Zeichen für die 'Leibfeind*lichkeit' von Opus Dei", wie Höffner ironisch anmerkte.

Der Kölner Erzbischof zitierte auch aus dem Brief eines Universitätsprofessors, der ihm am 26. August zugegangen sei: „Ich kann mich noch sehr genau der Mittel und Methoden erinnern, welche zur Nazizeit planmäßig angewandt wurden, um bestimmten Menschengruppen – Juden, Ordensleuten und anderen – einen Negativismus im allgemeinen öffentlichen Bewußtsein zu verleihen; dieser war die notwendige Voraussetzung für reibungslose Liquidierung. Was sich in Sachen OPUS DEI bei uns zulande seit einem Jahr tut, ist eine Variante jener verwerflichen Mentalität."

Der Kardinal nannte Opus Dei einen Teil der „neuen apostolischen Bewegungen". Wahrscheinlich werde die Kölner „Hetze" bei der Seligsprechung des Gründers der Bewegung eine Rolle spielen. Höffner: „Durch seine parteiischen und gehässigen Sendungen hat der WDR diesen Seligsprechungsprozeß ungewollt gefördert."

Der Kontrahent von Wallmann übt sich in Zurückhaltung

Schwerer Entschluß für Hauff / Grünen-Kritik an dem neuen SPD-Spitzenmann

Nea. Frankfurt

Der Jubel darüber, daß es dem Frankfurter SPD-Vorsitzenden Martin Wentz nach monatelanger Suche endlich geglückt ist, zur Kommunalwahl im März 1985 mit dem früheren Bundesminister Volker Hauff einen *prominenten Sozialdemokraten* als Spitzenkandidaten gegen den populären Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) zu gewinnen, hält sich in ziemlich engen Grenzen.

Hauff selbst reagierte in einem ersten Telefoninterview mit dem Hessischen Rundfunk mit großer Zurückhaltung. Der Entschluß zur Kandidatur, die noch von einem SPD-Sonderparteitag am 21. September bestätigt werden muß, sei ihm schwergefallen, *auch aus familiären Gründen.*

Bekanntlich gehört der 44jährige Schwabe – wie auch die frühere Bundesministerin Anke Fuchs, die Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin, die Hamburger Kultursenatorin *Helga Schuchardt* und der frühere Frankfurter OB und jetzige Europa-Abgeordnete Rudi Arndt – in die stattliche Reihe derer, die auf die Bitte der Frankfurter Genossen bereits mit einem Korb reagiert hatten. Erst im zweiten Anlauf offenbar ist es der Bonner Parteiführung schließlich geglückt, den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion zu überreden.

Die große Herausforderung reize *ihn natürlich, sagt* Hauff. Er habe durchaus eine Chance, im März gegen Wallmann zu gewinnen. Aber ein Sieg sei „alles andere als sicher". Über Wahlkampfthemen will er noch nicht reden, darüber müsse er sich zuerst mit seinen *Frankfurter Freunden* unterhalten. Schon jetzt freilich erteile er Wallmanns „Repräsentationsstil" eine klare Absage. Als Beispiele nannte er „die Oper und den Brunnenbau".

Im Brennpunkt der *Diskussionen* steht allerdings schon jetzt Hauffs Verhältnis zu den Grünen. Er bekanntlich war es, der in seiner Eigenschaft als Bundesverkehrsminister 1981 vom damaligen Bundeskanzler *Helmut Schmidt nach Hessen* geschickt worden war, um dem schwer bedrängten hessischen Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden Holger Börner bei dessen Festhalten an der Startbahn West gegen den rebellierenden „grünen" Flügel seiner *Partei den Rücken zu stärken.*

Das erste Echo aus dem Kreis der Grünen war jetzt dementsprechend heftig: „Ein rechter Technokrat", nannte Jutta Ditfurth als Sprecherin der Grünen-Fraktion im *Frankfurter* Römer den neuen Kandidaten. Hauff habe mit dem „rücksichtslosen Durchpuschen der Startbahn West" Karriere gemacht. Von ihm sei „keine Wende zu einer sozialen und ökologischen Politik zu erwarten".

Der Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt nannte diese Äußerung von Frau Ditfurth ein „letztes Röcheln der Fundamentalisten": In der Tat *spricht manches da*für, daß nach der Kommunalwahl 1985 auch in Frankfurt der Fundamentalisten-Flügel mit Jutta Ditfurth und Mandred Zieran, die bekanntlich auch die Zusammenarbeit in Wiesba*den mit der SPD-Minderheitsregie*rung unter Holger Börner strikt ablehnen, gegenüber den grünen Bündnisbefürwortern in den Hintergrund rücken.

Kohl: Erfolge sichtbarer machen

ms. Bonn

Der CDU-Bundesvorstand hat mit einem *politischen Lagebericht* von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Diskussion aktueller Themen seine Arbeit nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Kohl rechnet damit, daß es Anfang kommenden Jah*res wieder Abrüstungsinitiativen zwi*schen Washington und Moskau geben wird. Vor der Wahl des US-Präsidenten und dessen Amtsaufnahme werde nach seiner Einschätzung auf diesem Feld „nichts geschehen".

Der Kanzler äußerte sich in seiner politischen Analyse auch zu den Spekulationen über den in Aussicht genommenen Besuch des SED-Generalsekretärs Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland. Er riet zur Gelassenheit. Wenn Honecker kommen wolle, dann sei er willkommen. Wenn der SED-Chef eine Absage übermittele oder eine Terminverschiebung vorschlage, dann werde er dies begründen müssen. Er habe Verständnis für die Schwierigkeiten Honeckers, die im Verhältnis zu Moskau und anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes zu sehen seien. Außerdem, so der Bundeskanzler, gebe es hinsichtlich seines Besuches im Westen eine hohe Erwartungshaltung bei den Bewohnern der „DDR".

Im Kanzleramt lagen gestern keine Informationen aus Ost-Berlin vor, die neue Dispositionen erforderlich machen würden. Das Verhalten von Honecker beim Rundgang auf der Leipziger Messe, so wurde betont, habe in *Bonn – was die Perspektiven eines* Besuches betreffe – keine Überraschung ausgelöst. Ost-Berlin habe schon am Freitag der Bundesregierung signalisiert, daß sich Honecker dazu nicht äußern werde. Es wäre auch „protokollarisch ungewöhnlich" gewesen, wenn er seinen Besuch über die Medien angekündigt hätte, hieß es in Bonn.

Kohl forderte die Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes auf, mitzuhelfen, damit die politischen Erfolge der Bundesregierung vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik eine breitere Resonanz finden. Als ein Beispiel nannte Kohl in diesem Zusammenhang die auf den Tiefpunkt von 1969 gesunkene Preissteigerungsrate, die in ihren sozialen Auswirkungen gravierend sei. Diese Erfolge, so Kohl, müßten mehr unter die Leute gebracht werden.

Ein weiteres Thema, das im Parteivorstand behandelt wurde, waren die Grünen, mit denen sich die CDU intensiver auseinandersetzen will. Der hessische CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann berichtete über die „Erfahrungen" mit den Grünen in Hessen. Anhand der dortigen Beispiele werde man die Auswirkungen eines rot-grünen Bündnisses auch zu zentralen Themen der anstehenden Landtagswahlkämpfe machen, hieß es. Wallmann sprach davon, daß die SPD in Hessen zum „Handlanger" der Grünen geworden sei.

SPÖ akzeptiert neue Regierung in Österreich

DW. Wien

Die Führungsgremien der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) haben am Montag der von Bundeskanz*ler Fred Sinowatz angeregten großen* Regierungsumbildung zugestimmt (WELT v. 3. 9.). Wie Sinowatz nach den Sitzungen in Wien mitteilte, werden vier neue Minister in die Regierung einziehen. Designierter Finanzminister ist der bisherige Chef der Länderbank, Franz Vranitzky. Außenminister der bisherige Wiener Bürgermeister Leopold Gratz, Verkehrsminister Staatssekretär Ferdinand Lacina und designierte Familienministerin wird die bisherige Wiener Stadtpolitikerin Gertrude Fröhlich-Sandner.

Gemayel führt Gespräch mit Assad

DW. Beirut

Der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel ist am Montag zu Ge*sprächen mit dem syrischen* Staatschef Hafez el Assad nach Damaskus gereist. Dies wurde von unterrichteter Seite in Beirut gemeldet. Im Mittelpunkt dieses insgesamt dritten Syrien-Besuches Gemayels stehe die Lage im Libanon, namentlich aber der ins Stocken geratene Friedensprozeß, hieß es weiter. Die Abreise Gemayels wurde zunächst zunächst nicht offiziell bestätigt. Der Besuch Gemayels, der schon seit geraumer *Zeit zur* Debatte *stand*, war in der vergangenen Woche zunächst wegen einer Reise Assads nach Tripolis und Algier, dann wegen des Todes von Pierre Gemayel, des Führers der christlichen Kataeb-Partei und Vater des libanesischen Staatschefs, aufgeschoben worden. Offensichtlich im Hinblick auf das Treffen zwischen Gemayel und Assad war am Sonntagabend Drusenführer Walid Dschumblatt nach Damaskus gereist und dort *mit dem syrischen Außenminister* und Vizepräsidenten Abdel Halim Khaddam zusammengetroffen.

Das innenpolitische Klima im Libanon scheint sich unterdessen gebessert zu haben. Seit den Beileidsbe*suchen, die Dschumblatt und* Schiitenführer Nabih Berri dem Staatspräsidenten am Wochenende abstatteten, hätten sich die Beziehungen zwischen Gemayel und der Opposition spürbar entspannt.

Themen der WELT

am Samstag, 8. September 1984

Sind die Heldinnen müde geworden?

Die Lautstärke früherer feministischer Proteste ist heute merklich gedämpft; „Chauvis" und „Emanzen" brechen keinen hitzigen Streit mehr vom Zaun; der Sturm hat sich gelegt. Haben die Heldinnen ihren Elan verloren, oder haben sie erreicht, was sie wollten?
Über den Stand der Frauenbewegung und über notwendige Zielkorrekturen schreibt Gertrud Höhler. (GEISTIGE WELT)

Verborgene Schätze

Zwar hat niemand sie genau gezählt, aber es dürften an die 3000 sein: historische Gärten in deutschen Kleinstädten. Sie vergammeln, werden verbaut oder auf andere Weise ihres ursprünglichen Charakters beraubt. Doch jetzt wächst die Zahl der Bürgerinitiativen, die energisch auf Abhilfe dringt.
Ein Bericht von Eberhard Nitschke. (GEISTIGE WELT)

Kunstmesse Orangerie '84

Sie findet jetzt (vom 13. bis 23. September) zum drittenmal in Berlin statt. In einem Punkt unterscheidet sich diese Messe von ähnlichen Veranstaltungen: Die Kunstwerke werden nicht in Kojen einzelner Firmen ausgestellt, sondern nach Sachgruppen wie in einem Museum arrangiert. Hat sich dieses Konzept für die Kunsthändler, die Sammler und die Besucher bewährt? (KUNSTMARKT)

Schach dem sekundenschnellen Chaos

Neue Konstruktionsprinzipien machen erdbebensicheres Bauen möglich: Zylindrische Isolatoren aus Naturgummi zwischen Fundament und Oberbau filtern die Frequenzen der Erdbebenwellen mit besonders hohem Energieinhalt heraus. Da das Gebäude durch die elastische Lagerung als Ganzes schwingt, können keine Verschiebungen innerhalb des Trägerwerkes auftreten. (WISSENSCHAFT)

Höffner: Kirche muß Armut und Elend bekämpfen

KNA, Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hat die gestern vom Vatikan veröffentlichte „Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre über einige Aspekte der Theologie der Befreiung" begrüßt. „Von Anfang bis Ende" werde mit aller Klarheit darauf hingewiesen, daß „eine kritische Auseinandersetzung mit gewissen Formen der Befreiungstheologie und ihren Konsequenzen niemals zu einem Vorwand werden darf, um sich der Mitarbeit bei der Beseitigung des Elends und der Armut zu verweigern oder einen solchen Einsatz zu verhindern". Die „Instruktion" enthalte eine Fülle von hilfreichen Orientierungen und künde zudem ein späteres Dokument an, das diese Ansätze in positiver Ausrichtung fortführe.

Höffner bezeichnete in seiner Erklärung einige Ausformungen der Theologie der Befreiung als direkte oder weniger offenkundige „Abweichungen vom christlichen Glauben" und „Gefährdung für das christliche Leben". Gewisse Strömungen in dieser Theologie litten vor allem darunter, daß sie ohne genügende Wachsamkeit und ohne ausreichende Bedenken der Konsequenzen marxistisch geprägte Analysen und einzelne theoretische Elemente übernähmen. So gebe es Fehlentwicklungen, die wesentliche Aspekte und damit auch das Ganze der biblischen Botschaft verkennten oder wenigstens sehr gefährdeten. Zu Recht warne der Vatikan vor einer Politisierung der menschlichen Existenz und der Vereinnahmung der Religiosität zu revolutionären Vorhaben.

Bonn erhofft Auskunft über Moskaus Pläne

rmc. Bonn

Der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, Botschafter Friedrich Ruth, setzt seine Gespräche in den Hauptstädten des Warschauer Paktes fort. Gestern war er in Sofia, um mit der bulgarischen Regierung über den gesamten Themenbereich zu sprechen. Er wurde von Botschafter Dimitar Zwetkow Kostow, dem Leiter der Abteilung Vereinte Nationen und Abrüstung im Außenministerium, empfangen.

In Bonn wurde Ruths Gesprächen in Bulgarien Beachtung geschenkt, weil sie rund vierzehn Tage vor dem Besuch des bulgarischen Staats- und Regierungschefs Schiwkoff am Rhein stattfinden und man in Regierungskreisen Aufschluß über die Frage erwartet, unter welchen Bedingungen die Sowjetunion zur Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen zur Begrenzung der Mittelstreckenrüstung (INF) mit den USA bereit wäre.

Anklage wegen „DDR"-Spionage

DW. Karlsruhe

Anklage wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für die „DDR" hat Generalbundesanwalt Rebmann vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Koblenz gegen einen 54jährigen Bezirksdirektor einer Versicherungsgesellschaft und dessen 42jährige Ehefrau erhoben. Nach dem Ermittlungsergebnis der Bundesanwaltschaft hatte der Agent, der seit 1960 für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) arbeitete, 1962 in München unter einer „Legende" eine Frau für das MfS angeworben. Diese habe eine Stelle als Schreibkraft bei der EG in Brüssel und später in Luxemburg angenommen und bis 1965 dienstliche Unterlagen sowie Informationen an die „DDR" geliefert.

Der Agent soll seinen Wohnsitz 1966 nach Trier verlegt haben. Dort sei er bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften tätig gewesen, zuletzt als Bezirksdirektor einer Beamtenversicherung. In dieser Zeit habe er in der Nähe gelegene deutsche und amerikanische Militäreinrichtungen ausgespäht. Außerdem lieferte er nach Aussagen Rebmanns weisungsgemäß dem MfS Informationen aus seinem beruflichen Bereich sowie über Personen, die er privat und geschäftlich kennengelernt hatte. Diese gehörten zum großen Teil der Bundeswehr und der Polizei an.

Die aus Trier stammende spätere Ehefrau des mutmaßlichen Spions soll unmittelbar nach ihrer Heirat 1968 die Tätigkeit ihres Mannes gedeckt und ihn beim Abhören des „Agentenfunks" unterstützt haben. Als Agent soll der Angeschuldigte rund 30 000 Deutsche Mark und 76 000 Ostmark erhalten haben, die er im wesentlichen als Unterhalt für die in der „DDR" lebenden Kinder aus erster Ehe verwendet habe. Der Mann befindet sich seit dem 22. November 1983 in Untersuchungshaft. Der Haftbefehl gegen seine Frau wurde außer Vollzug gesetzt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Gegen Politisierung des Glaubens

Rom warnt Befreiungstheologen vor „schweren Abweichungen" / Eine Instruktion

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Vor „den schweren Abweichungen", die in manchen Formen der „Befreiungstheologie" enthalten seien, hat die von dem deutschen Kurienkardinal Josef Ratzinger geleitete römische Glaubenskongregation in einem gestern veröffentlichten umfangreichen Dokument gewarnt. Das als „Instruktion" betitelte Schriftstück, das von Papst Johannes Paul II. ausdrücklich gebilligt worden ist, erkennt zwar die Berechtigung des Begriffes „Befreiungstheologie" an und würdigt den Einsatz zahlreicher Priester und Ordensleute im Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde. Es kritisiert jedoch in scharfer Form diejenigen Vertreter der besonders in Lateinamerika verwurzelten „Befreiungstheologien", die die marxistische Gesellschaftsanalyse zur Grundlage ihrer Evangeliums-Interpretation machen. „Wir rufen in Erinnerung", heißt es dazu, „daß der Atheismus und die Negation der menschlichen Person, ihrer Freiheit und ihrer Rechte, sich im Zentrum der marxistischen Konzeption befinden."

Die „Befreiungstheologien", die in dem Dokument der „authentischen Theologie der Befreiung" gegenübergestellt werden, haben nach Auffassung der Glaubenskongregation fraglos „das Verdienst, die großen Texte der Propheten und des Evangeliums über die Verteidigung der Armen wieder aufgewertet zu haben". Doch verwechselten sie in „verwerflicher Weise" den Armen der Schrift mit dem Proletariat von Marx. Dadurch werde der christliche Sinn der Armut pervertiert und der Kampf für die Rechte der Armen verwandele sich in eine Klassenauseinandersetzung im ideologischen Sinn des Klassenkampfes. Die Kirche der Armen bezeichne dann eine Klassenkirche, die sich der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes als Etappe zur Befreiung bewußt geworden sei und die diese Befreiung in ihrer Liturgie feiere.

„In dieser Richtung gingen manche so weit, Gott selbst mit der Geschichte zu identifizieren und den Glauben als ‚Treue zur Geschichte' zu definieren." Glaube, Hoffnung und Liebe erhielten einen neuen Inhalt: „Sie bedeuten ‚Treue zur Geschichte', ‚Vertrauen in die Zukunft' und ‚Entscheidung für die Armen'. Das heißt, sie werden in ihrer theologischen Wirklichkeit geleugnet. Eine radikale Politisierung der Glaubensaussagen und der theologischen Urteile ist die unvermeidliche Folge dieser neuen Auffassung."

Die Warnung vor „den schweren Abweichungen, die in machen ‚Befreiungstheologien' enthalten sind", dürfe keinesfalls „als eine auch nur indirekte Gutheißung derer verstanden werden, die zur Fortdauer des Elends der Völker beitragen, die davon profitieren, die sich daran beteiligen oder die dieses Elend unberührt läßt". Die Wahrheit über den Menschen erfordere jedoch, „daß dieser Kampf mit Mitteln geführt wird, die der menschlichen Würde gemäß sind. Deshalb muß der systematische und planmäßige Gebrauch der blinden Gewalt, von welcher Seite sie auch komme, verurteilt werden. Man wird das Opfer einer tödlichen Illusion, wenn man auf gewalttätige Mittel vertraut, in der Hoffnung, mehr Gerechtigkeit zu erwirken."

Es sei gleichfalls eine „tödliche Illusion" zu glauben, neue Strukturen brächten einen neuen Menschen hervor. Der Umsturz von Ungerechtigkeit erzeugenden Strukturen durch die revolutionäre Gewalt sei nicht ipso facto der Beginn der Errichtung einer gerechten Herrschaft. „Millionen unserer Zeitgenossen sehnen sich legitimerweise danach, die grundlegenden Freiheiten wiederzuerlangen, deren sie durch totalitäre und atheistische Regierungsformen beraubt wurden, die auf revolutionärem und gewalttätigem Weg die Macht an sich gerissen haben, und dies im Namen der Befreiung des Volkes. Man kann diese Schande unserer Zeit nicht übersehen: Ganze Nationen werden unter menschenunwürdigen Bedingungen in Knechtschaft gehalten, während gleichzeitig behauptet wird, man bringe ihnen die Freiheit. Diejenigen, die, vielleicht unbewußt, sich zum Verbündeten solcher Unterdrückung machen, verraten die Armen, denen sie zu dienen behaupten."

Die Warnung vor den Abweichungen von der authentisch evangelischen Befreiungstheologie soll nach dem Wunsch der Glaubenskongregation „in keiner Weise als eine Verurteilung all derer ausgelegt werden, die hochherzig und im authentischen Geist des Evangeliums auf die vorrangige Option für die Armen antworten wollen".

Ein Hamburger „Büroversehen" und Dohnanyis Handlungsspielraum

Linke SPD-Gruppen attackieren Vereinbarungen mit Schleswig-Holstein

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs Bürgerschaftspräsident Schulz (SPD) erhielt dieser Tage einen Brief des Senats, der wie ein Blitz den Zustand der sozialdemokratischen Regierungspartei und den politischen Handlungsspielraum des Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi beleuchtet: Im Auftrag des Regierungschefs bat Staatsrat Hans-Joachim Kruse den Parlamentspräsidenten, den Tagesordnungspunkt 41, „Abschluß einer Rahmenvereinbarung mit Schleswig-Holstein", für die Parlamentssitzung dieser Woche abzusetzen. Diese Vereinbarung sei der Bürgerschaft „durch ein Büroversehen" bereits „vor der endgültigen Beschlußfassung des Senats" zugeleitet worden und werde „hiermit zurückgezogen".

Dieser sehr ungewöhnliche Vorgang bedeutet, daß sich der Hamburger Senat jedenfalls vorerst von einer mühselig ausgehandelten Übereinkunft mit Schleswig-Holstein im Rahmen des gemeinsamen Landesplanungsrates zu verabschieden gedenkt. Beide Landesregierungen hatten diese Vereinbarung Ende Mai unter Dach und Fach gebracht und das als einen großen Schritt vorwärts in der unerläßlichen Zusammenarbeit der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein gewürdigt.

Es geht dabei um Probleme, die beiden Regierungen gleichermaßen auf den Nägeln brennen:

- Die Abwicklung des aufgegebenen Flughafenprojekts Kaltenkirchen;
- den Ausbau des Hamburger Flughafens Fuhlsbüttel;
- die Ablagerung von Hausmüll und ähnlichem Deponiegut aus Hamburg sowie von Hamburger Hafenschlick in Schleswig-Holstein;
- Verbesserungen im Straßen- und Schienenverkehr sowie im öffentlichen Nahverkehrsnetz der Region Hamburg.

Auch die oppositionelle CDU in der Hansestadt hat dieses Verhandlungsergebnis als ausgewogen akzeptiert und dem Bürgermeister bescheinigt, er habe sich in dieser Sache nach Kräften um faire Lösungen bemüht. Um so verblüffter ist man jetzt im Kieler Kabinett, in der Hamburger Opposition und in Wirtschaftskreisen der Hansestadt über den eiligen Rückzieher des Senats, der nur SPD-interne Gründe haben kann. Ein „Büroversehen" hätte nämlich leicht dadurch ausgebügelt werden können, daß der entsprechende Senatsbeschluß unverzüglich nachgeholt oder der Parlamentspräsident um eine Verschiebung des Tagesordnungspunktes auf die übernächste Sitzung gebeten worden wäre. In der schleswig-holsteinischen Landesregierung wird versichert, man stehe Wort für Wort zu den getroffenen Abmachungen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich: Das „Büroversehen" ist nicht im Hamburger Rathaus auszumachen, sondern vornehmlich in dem von einer linken Mehrheit beherrschten Hamburger SPD-Kreis Nord, aber auch in anderen linken Gruppen der Partei. Diese Genossen lehnen vor allem die abgesprochene Autobahnanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel an die Autobahn A 7 mit der Ortsumgehung Fuhlsbüttel weiterhin strikt ab. Das gilt offenkundig auch für andere Straßenbaumaßnahmen im Hamburger Nordosten, auf die beide Landesregierungen sich verständigt hatten.

Die SPD-Linken stört es offenkundig herzlich wenig, ihren eigenen Regierungschef zu desavouieren und damit zugleich die Verläßlichkeit des Verhandlungs- und Vertragspartners Hansestadt Hamburg peinlichen Zweifeln auszusetzen. Das jetzige Geschehen ist insbesondere für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi persönlich äußerst mißlich, weil der Hamburger Regierungschef sich energisch darum bemüht hatte, das Verhältnis zu den christdemokratischen Landesregierungen in Kiel und Hannover zu entkrampfen und Lösungen zu erreichen, die für Hamburg von Jahr zu Jahr lebenswichtiger werden.

Das gilt vor allem für die Entsorgungsprobleme. Für *einen Zeitraum* von mindestens 15 Jahren will Schleswig-Holstein – so die Rahmenvereinbarung – Hamburg jährlich bis zu 80 000 Tonnen Hausmüll und Klärschlamm und dazu einen großen Teil des aus dem Hamburger Hafen ausgebaggerten Schlicks abnehmen. Ersatzlösungen dafür sind nirgendwo in Sicht.

In die Zypern-Frage kommt wieder Bewegung

Indirekte Gespräche in New York / Die UNO vermittelt

E. ANTONAROS, Nikosia

UNO-Generalsekretär Xavier Pérez de Cuéllar kann einen bemerkenswerten Erfolg verbuchen: Zyperns Präsident Spyros Kyprianou und der türkische Volksgruppenführer Rauf *Denktasch wollen, wie jetzt in Nikosia* bekannt wurde, an Konsultationen teilnehmen, die unter seiner Ägide am 10. September in New York beginnen. Dadurch wird der Dialog, den die Inseltürken im Mai 1983 beendet hatten, wieder in Gang gebracht.

Vorangegangen war die Annahme der „Arbeitspunkte", die Anfang August in Wien von Pérez unterbreitet worden waren. Überraschend kam vor allem das unerwartet deutliche Ja der Inselgriechen, weil es noch vor *zwei Wochen zu heftigen Auseinan*dersetzungen über die griechische Haltung zu der UNO-Initiative unter den vier im zyprischen Parlament vertretenen Parteien gekommen war. Nach Gesprächen in Athen und Beratungen mit den griechisch-zyprischen Parteiführern teilte Kyprianou schließlich mit, daß seine Regierung mit Zustimmung aller Parteien „eine positive Haltung" einnehme.

Bei den bevorstehenden Beratungen in New York handelt es sich nicht *um einen direkten Dialog zwischen* Griechen und Türken, sondern um „Gespräche aus der Nähe". Dieses von Pérez entwickelte Konzept sieht vor, daß Kyprianou und Denktasch nicht an einem gemeinsamen Verhandlungstisch, sondern in getrennten Zimmern sitzen und unter Vermittlung des UNO-Generalsekretärs *miteinander verhandeln*. Pérez wählte diese (auch bei den Afghanistan-Gesprächen praktizierte) Form, weil die Griechen befürchteten, daß direkte Gespräche von den Türken als eine Quasi-Anerkennung ihrer bisher nur von der Türkei diplomatisch anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern" interpretiert werden könnten.

Die „Arbeitspunkte" sind bisher offiziell nicht veröffentlich worden. Doch beinhalten sie im wesentlichen drei Themenkomplexe:

1. Vertrauensbildende Maßnahmen: Dazu gehören die Wiederbesiedlung eines Teiles der griechischen Viertel von Famagusta durch griechische Flüchtlinge sowie die Wiederöffnung des in der Pufferzone befindlichen Flughafens von Nikosia.

2. Bildung einer Verwaltung aus Arbeitsgruppen von griechischen und türkischen Zyprern, die später die Gestalt einer Übergangsregierung annehmen soll.

3. *Stufenweise Reduzierung der* griechischen und türkischen Truppen unter UNO-Aufsicht. (SAD)

Kondominium für Gibraltar vorgeschlagen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Einen „Status wie Andorra" hat der britische Historiker und Berater Hugh Thomas der britischen Premierministerin Margaret Thatcher für Gibraltar vorgeschlagen. Andorra wird als Kondominium von Frankreich und Spanien gemeinsam verwaltet. In Gibraltar, deren 30 000 Einwohnern die spanische Regierung die Beibehaltung ihrer britischen Staatsangehörigkeit anbot, wäre eine spanisch-britische Souveränität eine akzeptable Lösung.

Hugh Thomas äußerte den Vorschlag auf der Sommeruniversität in Ibiza. Vor ihm hatte sich der Leiter der Abteilung Strategische Studien im spanischen Generalstab, Konteradmiral Jesus Salgado Alba, für die *spanische Hoheit über den Felsen* und für die Doppelstaatlichkeit seiner Zivilbewohner ausgesprochen. Das würde den Wirtschafts- und Wohnraum der auf dem Felsen eingeengten Bevölkerung auf spanischem Festland erweitern.

Die militärischen Anlagen sollten nach Admiral Salgado Alba wie der amerikanisch-spanische Stützpunkt Rota spanischem Oberkommando unterstellt werden. Nach der Eingliederung Spaniens in die EG und in die *militärische Struktur der* NATO würde Spanien diesen Vorschlag auf den Tisch des Atlantikrates legen.

Vor den Wahlen eine Prise Freiheit

WERNER THOMAS, Miami

Die Häuserwände in Managua sind mit bunten Plakaten beklebt oder mit Slogans bemalt. Die Kandidaten küssen Kinder. „La Prensa", das einzige Blatt der Opposition, darf die Verhältnisse schärfer kritisieren als früher. In Nicaragua hat der Wahlkampf begonnen, und die Comandantes, so scheint es, lockern die Zügel.

Nach wie vor besteht kein Zweifel, daß Junta-Chef Daniel Ortega am 4. November zum ersten Präsidenten des marxistischen Nicaragua gewählt wird und daß die sandinistischen Parlamentskandidaten die meisten Sitze in der 90 Mitglieder umfassenden Nationalversammlung erhalten. Dieses Ereignis dient der „Institutionalisierung der Revolution", prophezeite Ortega. Mit anderen Worten: der Konsolidierung der Macht. Dennoch verläuft der Wahlkampf interessanter, als selbst die skeptischsten Vertreter der Opposition erwartet hatten.

Sechs kleine politische Parteien wagen den ungleichen Kampf gegen die nationale sandinistische Befreiungsfront (FSLN), die „Avantgarde" des revolutionären Nicaragua, drei stehen links, drei rechts von ihr. Die Kommunisten (PC), *die Sozialisten* (PS) und die Volksaktionsbewegung (MAP) verfolgen einen strammen marxistisch-leninistischen Kurs. Die „Mapistas" halten diesen Umengang gar für überfällig. Die Sozialchristliche Volkspartei (PPSC), die Demokratische Konservative Partei (PCD) und die Unabhängige Liberale Partei (PLI) werben um die Stimmen der bisher größten Oppositionsgruppe, die diese Wahlen boykottiert.

Die „*Demokratische Koordina*tionsbewegung Nicaraguas" (CDN), ein Zusammenschluß von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, von zwei Gewerkschaftsorganisationen und dem Verband des Privatsektors, wollte den profiliertesten Gegenspieler der Sandinisten ins Rennen schicken, Arturo Cruz. Der frühere Zentralbankpräsident und Junta-Vertreter ließ sich jedoch nicht als Kandidat einschreiben, weil die Comandantes die diversen Bedingungen der „Coordinadora" zur Teilnahme an den Wahlen nicht erfüllten. Die wichtigste Forderung: ein „nationaler Dialog" zwischen der FSLN und der Opposition. Die Sandinisten lehnten auch dann noch ab, als Cruz nicht mehr auf die Einbeziehung der Guerrilla-Führer bestand.

Der Comandante Bayardo Arce höhnte unter Hinweis auf die gegenwärtigen Verhandlungen mit den Amerikanern: „Was sollen wir uns mit den Clowns abgeben, wenn wir mit dem Zirkusdirektor sprechen können?"

Die „Coordinadora" hat Anfang August ihre Rechtspersönlichkeit verloren. Sie darf fortan keine öffentlichen Versammlungen mehr veranstalten und keine Werbung betreiben. Cruz und seine Parteifreunde reisen gerade durch verschiedene Länder Lateinamerikas, um ihre Position zu erläutern. Anschließend wollen sie Westeuropa besuchen. Die Sandinisten bieten dem ehemaligen Kampfgefährten jedoch nach wie vor die Wahlbeteiligung an. Ein diplomatischer Beobachter meint: „Die ‚Coordinadora' ließe diese Wahlen im Ausland glaubwürdiger erscheinen."

Durch die Abwesenheit von Arturo Cruz konnte sich Virgilio Godoy profilieren, der PLI-Kandidat, der Anfang des Jahres noch Arbeitsminister des Landes war. Der liberale Politiker, ein Genscher-Freund mit engen Kontakten zur Friedrich-Naumann-Stiftung, fährt während seiner immer besser besuchten *Wahlversamm*lungen scharfes rhetorisches Geschütz auf gegen die Comandantes.

Godoy: „Dieses Regime will Nicaragua in ein Konzentrationslager verwandeln." Zur Warnung der Sandinisten vor einer Invasion der Amerikaner sagt er: „Bei uns hat bereits eine Invasion stattgefunden – durch Kubaner, Russen, DDR-Bürger und Bulgaren." Der forsche Redner wird plötzlich von der „Prensa" publizistisch gefördert, und er liefert dem Blatt regelmäßig Schlagzeilen. Er muß dafür büßen: Die meisten Störmanöver der Sandinisten richten sich gegen ihn und seine Partei.

Die „Turbas", die Sturmtruppen, reißen Plakate von den Wänden, schreien Versammlungen nieder oder verprügeln gelegentlich Godoy-Anhänger. Junge PLI-Aktivisten werden zum Wehrdienst eingezogen. Auch andere Parteien unterstellen den Sandinisten rüde Wahlkampfmethoden, sogar die Sozialisten.

„Wir wollen die Sandinisten testen", sagt Godoy, „und das Volk mobilisieren." Die meisten Vertreter westlicher Botschaften halten seine Strategie für klug. Es sieht jedoch danach aus, daß nicht nur Godoy verzichtet, sondern auch Clemente Guido, der konservative Kandidat.

Die Wahlen sind von der FSLN so organisiert, daß die Herausforderer keine Chance haben. Die antisandinistischen Parteien dürfen zusammen lediglich 45 Minuten pro Tag im Rundfunk und 30 Minuten pro Tag im Fernsehen werben. Das Fernsehen, das den Namen Sandinos trägt, ist staatlich, die meisten Rundfunksender preisen die Revolution. Über die Fernsehgeräte flimmern ständig die sandinistischen Slogans und die Bilder der Comandantes.

Der Ausnahmezustand gilt weiterhin, obgleich die Junta die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit garantiert. Die „Prensa" muß nach wie vor ihr gesamtes Material der Zensorin *Nelba Blandon vorlegen*. Pedro Joaquin Chamorro, der junge Chefredakteur der „Prensa", einer der Führer der Sozialdemokratischen Partei, sagt: „Die Sandinisten besitzen den Schlüssel zur Demokratie. Wenn sie die Tür nicht öffnen und offenhalten, wird das Land in den Bürgerkrieg treiben." (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Umstrittenes Gutachten

„Bundesbahn und Recht"; WELT vom 13. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß sich Gerd Brüggemann mit dem Gutachten von Professor Dr. Joachim Rottmann zur „Rechtslage der Deutschen Bundesbahn" kritisch auseinandersetzt, ist sein gutes Recht. Seine „verwegenen" Interpretationen muß jedoch nachdrücklich widersprochen werden.

1. Die Forderung der Bundesregierung nach einer „konsequent unternehmerischen Bundesbahnpolitik" widerspricht den klaren verfassungsrechtlichen Bestimmungen eindeutig.

2. Die Unterstellung, Rottmann proklamiere einen verfassungsrechtlich definierten Bestandsschutz für die Bahnstruktur ist ganz unsinnig. Dr. Rottmann besteht nur darauf, daß derartige Anpassungsmaßnahmen unter Beachtung übergeordneter verfassungsrechtlicher Grundsätze vorgenommen werden.

3. In diesem Sinne ist auch Rottmanns Hinweis zu verstehen, daß die Bundesbahn nicht in ein Privatunternehmen umgewandelt werden dürfe. Natürlich fordert niemand das in Bonn *expressis verbis*. Aber es könnte der gewollte oder ungewollte Endpunkt einer DB-Politik sein, die heute schon den schrittweisen „Ausverkauf" der Bahn betreibt.

4. Die Unterstellung des Kommentators, das Gutachten behaupte, die Bahn „solle" auf den Weg zur Verlotterung gebracht werden, ist ebenfalls nicht richtig. In Wirklichkeit wird vom Gutachter darauf hingewiesen, daß Einsparungen durch Nichterneuerung des Betriebsapparates die Bahn nach wenigen Jahren vollends konkurrenzunfähig machen, weil sie (damit) auf den Weg in die Verlotterung gebracht wird. Da die Investitionsmittel für die DB nicht für alte und neue Strecken ausreichen, muß die Bahn – wie 1983 und früher – Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsaufwand an „alten" Strekken unterlassen. Die Folgen sind Substanzverzehr und wachsender Nachholbedarf.

5. Eigentlich ist die ganze Aufregung nicht zu verstehen, die im Kommentar zum Ausruck kommt. Schließlich hat Rottmann eine gleiche oder mindestens ähnliche Meinung geäußert wie der bayerische Ministerpräsident in seinen Briefen an den Bundesfinanzminister und jüngst an den Bundeskanzler, wie der bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr und wie der Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Auch der DIHT wies in seinem Jahresbericht 1983 auf die den kommerziell-betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten entgegenstehenden Rechtsgrundlagen hin.

6. Völlig abwegig ist die Unterstellung, die GDBA wolle mit diesem Gutachten lediglich „ihren Besitzstand" sichern. Nachdem in den letzten 25 Jahren bei der DB rund 220 000 Arbeitsplätze eingespart worden sind, fragen wir uns, wie da von Besitzstand gesprochen werden kann. Nein, der GDBA geht es darum, daß die Probleme der DB auf dem Boden des Rechts angegangen und gelöst werden.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Nagel,
stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten (GDBA) im Deutschen Beamtenbund, Frankfurt am Main

Unterdrückung

„Integration ist richtiger Weg für Polen-Deutsche"; WELT vom 29. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

das ist doch schier unfaßbar, wie der Frivolität des polnischen katholischen Kirchenfürsten Glemp, der den deutschen Gläubigen weiterhin das Menschenrecht auf Predigt in ihrer Sprache verweigern möchte, nun vom bundesdeutschen evangelischen Kirchenfürsten Hild noch ein Trumpf aufgesetzt wird.

In seiner Eigenschaft als Stellvertretender Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland hielt er es für angemessen, seinen um die Erhaltung ihres deutschen Volkstums verzeifelt ringenden deutschen Glaubensbrüdern in den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostprovinzen anzuraten, sich doch einfach in das polnische Volk „integrieren" (was zu deutsch ja „einschmelzen" heißt) zu lassen. Dies sei um ihrer selbst willen „sicher auch der richtige Weg"!

Und Herrn Glemp werde schweres Unrecht angetan, wenn man seine umstrittene Predigt gar so „mißverstehe, als wolle er eine kirchliche Polonisierung der deutschsprachigen Gemeindemitglieder erreichen".

Daß der polnische Kardinal genau dieses Ziel im Auge hat, will ausgerechnet sein bundesdeutscher evangelischer Kollege Hild nicht gelten lassen! Herrn Hild muß man auf das Bibelwort hinweisen: „Wen der Herr vernichten will, den schlägt er mit Blindheit." Denn blind ist dieser evangelische Kirchenfürst nicht nur gegenüber dem nationalen Wollen des Polen Glemp, sondern ebenso gegenüber der verheerenden Wirkung seiner pro-polnischen „Integrations"-Empfehlung auf die deutschen Menschen in den polnisch verwalteten Gebieten wie weit mehr noch hierzulande.

Ganz gewiß hat er damit der Abkehr von einer von solchen Kirchenfürsten geleiteten Institution in einer *für diese „Evangelische Kirche in* Deutschland" geradezu selbstmörderischen Weise Vorschub geleistet. Läßt ihn das eigentlich völlig kalt, nachdem ihn die fortgesetzte Unterdrückung deutscher Menschen durch Polen schon nicht zu berühren scheint?

Mit freundlichem Gruß
A. Moritz,
Hamburg 4

*

Der Zynismus von Kardinal Glemp ist wahrlich nicht zu überbieten! Den in ihrer von den Polen annektierten Heimat verbliebenen Deutschen (die nach polnischer Lesart gar nicht existieren!) wird seit 40 Jahren unter strengster Strafandrohung verboten, deutsche Kultur zu pflegen, ja sogar in der Familie sich der deutschen Sprache zu bedienen. Das weiß der Kardinal, aber er spottet über die ostdeutsche Jugend, denen die deutsche Sprache nicht geläufig wäre!

Wie Herr Conrad so richtig schreibt, werden hier historische Wahrheiten verdreht. In polnischem Mund werden die Deutschen zu „Eroberern", welche im 11. Jahrhundert die Piasten ins Land riefen, um dasselbe urbar zu machen. Und sie schufen in 700 Jahren ein blühendes, reiches Land. 40 Jahre polnische Herrschaft genügten, um es so verkommen zu lassen, daß – welch ein Hohn! – nun an uns, die Ausgeraubten und Vertriebenen, das Ansinnen gestellt wird, die Polen mit Geschenken und Geld zu unterstützen. Der Dank: Man versucht, Zeugen deutscher Geschichte zu löschen, meißelt deutsche Inschriften aus etc.

Letztes Ansinnen: Glemp will die ostdeutschen Kirchenbücher aus dem Bischöflichen Archiv in Regensburg, um weiterhin schriftliche Beweise jahrhunderte alter deutscher Geschichte der Oder-Neiße-Gebiete zu vernichten! Sein Vorgänger Wyszynski stellte die unerhörte Behauptung auf, daß die Steine alter deutscher Kathedralen von polnischer Geschichte sprächen.

Leider macht selbst der Papst vor Geschichtsverdrehungen nicht halt, so lobte er die Banden Korfantys, die 1921 mit Terror und Gewalt die Abstimmung in Oberschlesien, wohl wissend, daß diese zu Gunsten Deutschlands ausfallen würde, zu verhindern suchten, als „heimatliebende polnische Helden".

Leider war die polnische Geistlichkeit in ihrer Mehrheit immer mehr chauvinistisch als christlich eingestellt und ließ keine Gelegenheit verstreichen, um den Haß auf alles Deutsche zu schüren: So kam es, lange vor Hitlers Zeit, zu brutalen Gewaltanwendungen gegenüber Deutschen. Ja, es hat sogar KZ's für Deutsche und Juden gegeben, wenn auch ohne Gas. Die Russen wollten ganz Polen annektieren, die Regierung Wilhelms II. das Großpolnische Reich wieder herstellen. Der Dank der Polen: Sie forderten und erhielten nach 1918 einen Teil von Oberschlesien und den Korridor.

Die Weimarer Regierung, der man doch wohl kaum „faschistische Ideen und Handlungen" unterstellen kann, hat, im Gegensatz zur sozial-liberalen Koalition, stets gegen diese Gebietsabtrennung protestiert. Stresemann würde sich im Grabe umdrehen, wenn er von den Brandtschen Ostverträgen wüßte! Und was haben diese erbracht? Keine Freundschaft, sondern nur den Wunsch, noch mehr zu bekommen! Leider scheint der deutsche Michel, ahnungslos von deutscher Ostgeschichte, auf alle polnischen *Lügen hereinzufallen.*

Sagen Sie nun nicht, ich wäre „Faschist oder kalter Krieger", nebenbei schöne kommunistische Wortschöpfungen. Als den Polen von den Nazis Böses widerfuhr, habe ich, soweit ich konnte, Polen unterstützt, weil ich Unrecht hasse, aber ich hasse eben auch die polnische Geschichtsverdrehung und das Unrecht, das deutschen Menschen von den Polen angetan wird.

Mit bestem Gruß
O. Dosack,
Nenndorf

Neue Armut

„Unglaubliches Resultat"; WELT vom 24. August

Sie brachten eine wichtige Mitteilung in zwei Sätzen und kommentierten mit der Überschrift „Unglaubliches Resultat". Unglaublich? Wirklich?

Wer die Situation der Familien mit drei und mehr Kindern, kurz der kinderreichen Eltern kennt, weiß, daß die wirtschaftliche Lage dieser Gruppe sich in der gesamten Nachkriegszeit nur stets mit dem Begriff „Armut" präzise definieren ließ. In den 50er und 60er Jahren betrug der Anteil derer, die noch nie Urlaub gemacht haben, nach meinen seinerzeitigen Erhebungen 80 bis 90 Prozent.

So die Realität. Deutschland ein Sozialstaat? Wie ist das möglich? mag mancher fragen: In unserem Land gilt als oberstes Prinzip die sogenannte Selbstverwirklichung im extremen Sinne des sozialen und finanziellen Aufsteigertums, d. h. in unserem Gemeinwesen – welcher Name! – wurden und werden Egoisten gezüchtet, die Egozentrik ist das A und O. Die Singles, die zeitbegrenzten Duos, die Doppelverdiener, die Experten-Geldstürmer und -Auftürmer leben in parasitärer Weise ihren hohen Standard auf Kosten anderer, auch der Eltern mit mehreren Kindern.

Die Politiker und Gewerkschaftler selbst liefern die besten Beispiele, wie man sich unterm Mantel seiner angeblichen Unentbehrlichkeit einen hohen Lebenstandard sichert, der sich evtl. sogar noch als gemeinnützig ausgibt.

Aber es sind die Familien mit Kindern, die die eigentliche Zukunftsleistung für ihr Volk erbringen und dafür getreten werden. Kinder können den Bestand eines Volkes sichern, Parasiten wirken zerstörerisch. Die Mißhandlung der Familie wird Deutschland bezahlen müssen. Die Geschichte ist am Ende immer gerecht.

Mit freundlichem Gruß
Reinhard Höhn,
Hamburg 70

Wort des Tages

„Geschichte ist die Aufzeichnung der Fortschritte und der Fehlschritte der Menschen. Sie zeigt uns, daß die Fortschritte langsam und unerheblich waren, die Fehlschritte dagegen zahlreich. Sie verleiht uns die Gelegenheit, aus dem Stolpern und Straucheln unserer Vorläufer Nutzen zu ziehen. Eingedenk der engen Grenzen, die uns gegeben sind, sollten wir mit dem Tadel für die, die Fehler machten, sparsam umgehen; wir verdammen uns jedoch selbst, wenn es uns nicht gelingt, Fehler als solche zu erkennen."

Basil Henry Liddel Hart, englischer Militärtheoretiker (1895–1983)

Revanchismus?

„Genscher spricht Gromyko kurz vor Honeckers Besuch"; WELT vom 10. August

Der Bericht von Bernt Conrad zitiert einen polnischen Korrespondenten, der Bundesinnenminister Zimmermann vorwirft, zu verlangen, daß bei der Wiedervereinigung Deutschlands auch die Gebiete östlich der Oder/Neiße berücksichtigt werden. Ferner wirft er Minister Windelen die Äußerung vor, Deutschland bestehe nicht nur aus der Bundesrepublik und der „DDR".

Wenn der polnische Korrespondent dazu die Frage stellt, ob diese Äußerungen „etwa kein Revanchismus" seien, so hätte man ihm die Frage der von den Sowjets geraubten polnischen Gebiete entgegenhalten sollen. Das polnische Volk will nämlich auf Ostpolen ebensowenig endgültig verzichten wie das deutsche Volk auf Pommern, Ost- und Westpreußen, die unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellten Gebiete. Die Polen halten ihren moralischen Anspruch sogar mit Gedenkplätzen für Ostpolen wach, während die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland – wie z. B. Minister Genscher – niemals versäumten, zu erklären, daß aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes keine Gebietsansprüche gegen Polen erhoben werden.

Die Polen sollten erkennen, daß die Verluste an Heimatland der Polen wie der Deutschen ihre gemeinsame Ursache in der Besetzung Ostpolens und Ostpreußens durch die Sowjets haben. Die vertriebenen Ostpolen wurden zwangsweise in deutschen Gebieten angesiedelt, nachdem die Tragödie der Vertreibung der Deutschen vorangegangen war.

Mit freundlichen Grüßen
H. Früchtnicht,
Hamburg 65

Personalien

GEBURTSTAG

Der Hamburger Industrielle, Erfinder und Mäzen **Kurt A. Körber** wird am Freitag, 7. September, 75 Jahre alt. Die Körber-Gruppe ist heute weltweit führender Hersteller von Maschinen für die tabakverarbeitende Industrie.

Der 1909 in Berlin geborene Körber war nach dem Studium der Elektrotechnik und der Tätigkeit als Direktor der Universelle-Werke in Dresden 1946 nach Hamburg gekommen. 1954, als die Filterzigarette ihren Siegeszug antrat, hatte Körber gerade seinen ersten Filterzigarettenautomaten entwickelt. So kam es, daß die Hauni-Werke über Nacht die einzigen waren, die weltweit der Tabakindustrie die gewünschten Maschinen liefern konnten.

In den Hauni-Werken schuf Körber eine Betriebsverfassung, die den Mitarbeitern eine 20prozentige Gewinnbeteiligung und ein Mitspracherecht bei der Wahl der Vorgesetzten garantiert.

1962 schuf er mit einem Startkapital von 6,6 Millionen Mark die Voraussetzungen für die Errichtung der staatlichen „Fachhochschule für Produktions- und Verfahrenstechnik". Dazu kam drei Jahre später ein Lehr- und Forschungsinstitut für Führungskräfte. Ferner stiftete er den Bundespräsidenten-Preis für den Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte" und fördert ein deutsch-amerikanisches Austauschprogramm von Jungarbeitnehmern.

Daneben liegt Körber die Förderung musischer Fähigkeiten am Herzen. Er schuf Stiftungen „zur Förderung der Hamburgischen Staatsoper" und „zur Förderung der Hamburgischen Kunstsammlungen".

Weltweit bekannt ist der 1961 von Körber gegründete „Bergedorfer Gesprächskreis", zu dem sich etwa dreimal im Jahr 25 in- und ausländische Experten zusammenfinden, um über Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie kulturpolitische Fragen zu diskutieren.

Als Geburtstagsgäste haben sich bereits Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** und der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt** angesagt.

Steht Mexiko vor einer Epoche des Wachstums?

Von GÜNTHER BADING

Gerade zwei Jahre nach dem schwarzen Freitag, an dem der mexikanische Finanzminister Jesus Silva Herzog gegenüber seinem amerikanischen Kollegen Donald Regan am Telefon die Zahlungsunfähigkeit seines Landes eingestehen mußte, warnte Mexikos Präsident Miguel de la Madrid seine Landsleute jetzt vor „verfrühtem Triumphgerede" angesichts erster Anzeichen des Aufschwungs nach der schweren Wirtschaftskrise des Landes.

Im zweiten Bericht zur Lage der Nation seit seinem Amtsantritt im Dezember 1982 vor dem Kongreß in Mexiko-Stadt zog der Staatspräsident eine positive Bilanz seines Versuchs, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Rechtzeitig zu dem mit viel publizistischem Aufwand angekündigten Lagebericht wurde in der mexikanischen Hauptstadt auch bekannt, daß sich die Regierung in den Verhandlungen mit den mehr als 500 ausländischen Gläubigerbanken im Prinzip auf eine Neustrukturierung von 48 Milliarden Dollar Auslandsschulden Mexikos geeinigt habe. Finanzminister Silva Herzog sprach angesichts von Presseberichten über die Umschuldung nur davon, daß diese Verhandlungen „auf einem guten Wege" seien. Er wollte dagegen nicht bestätigen, daß das Umschuldungsabkommen möglicherweise schon diese Woche unterzeichnet werden könnte.

Die größte unabhängige Zeitung des Landes, „Excelsior", zitierte in einem Bericht über die Neuordnung der Auslandsschuld den Vizepräsidenten der Bank of America, Jose Carral, mit der Einschätzung, Mexiko habe „offen gesagt, erstklassige Konditionen" herausgeschlagen. Die Konsolidierung der 48,7 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre fällig geworden wären, könnten für das lateinamerikanische Land „den Beginn einer Epoche wirtschaftlichen Wachstums" werden, bei dem jährliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von vier bis sogar 5,5 Prozent nicht auszuschließen seien.

Präsident de la Madrid zeigte sich in seinem Rechenschaftsbericht über das „zweite Arbeitsjahr" seiner Regierung weniger optimistisch. Wer lateinamerikanischen Überschwang und vollmundige Versprechungen erwartet hatte, der sah sich nach der zweieinhalbstündigen Rede getäuscht. Fast preußisch nüchtern listete der Präsident die Positivfakten seiner Wirtschaftspolitik in zwei Jahren auf, aber auch die noch zu bewältigenden immensen Probleme.

Auf den in allen Zeitungen des Landes schon ausführlich kommentierten Kompromiß mit den Gläubigerbanken im Ausland ging er nur indirekt ein. Er beschränkte sich auf die Feststellung, daß die Auslandsschuld „in weitem Umfang restrukturiert" werde. Und, daß man den Wechselkurs jetzt im Griff habe. Jedenfalls werde es keine abrupten Abwertungen mehr geben wie unter seinem Vorgänger José Lopez Portillo. Dieser war im übrigen entgegen der Tradition zu der Eröffnungssitzung des Kongresses und dem Bericht zur Lage der Nation nicht geladen – eine Reaktion auf die Diskussion im Lande um den Vorwurf an Lopez Portillo, er habe sich in seiner Amtszeit immens bereichert.

Als Hauptproblem nannte de la Madrid die galoppierende Inflation in Mexiko. Er erinnerte daran, daß zu Beginn seiner Amtszeit Ende 1982 die Inflation noch bei einer Jahresrate von 100 Prozent gelegen habe. Die scharfen Maßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushalts hätten zunächst sogar noch eine Beschleunigung der Teuerung nach sich gezogen, allerdings sei sie schon Ende 1983 auf 80 Prozent gedrückt worden. Für dieses Jahr erwarte er eine Jahresinflation von 48 Prozent, sagte de la Madrid – angesichts der bisherigen Entwicklung eine Erfolgsmeldung.

Als weitere Schwerpunkte seiner Wirtschaftspolitik nannte der Präsident

- Abbau von Staatsausgaben,
- Eindämmung der ausufernden mexikanischen Bürokratie und
- einen Landesentwicklungsplan, der vor allem die strukturschwachen ländlichen Gebiete fördern solle.

Schon heute lebten zwei Drittel der mexikanischen Bevölkerung in Städten, allein 26 Prozent seien in den drei Großstädten Mexiko-Stadt, Guadalajara und Monterrey zu Hause.

In der Innenpolitik strebt der Präsident eine „moralische Erneuerung" der Gesellschaft an. Diese dürfte sich „nicht allein auf den Kampf gegen die Korruption beschränken". Moralische Erneuerung heiße auch, daß jeder Mexikaner an seinem Platz – in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz – seiner Verantwortung für den Wiederaufbau des Landes nach der schweren, noch keineswegs überwundenen Wirtschaftskrise nachkomme.

De la Madrid gilt als gemäßigter Präsident. In der Außenpolitik ist er übervorsichtig. Hier hat er allerdings auch in der Vergangenheit aus den Reihen der eigenen, seit über einem halben Jahrhundert regierenden Partei PRI (Institutionalisierte Revolutionäre Partei), einige Kritik einstekken müssen. Die Beziehungen zu Europa und auch den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Mexiko erwähnte de la Madrid mit keinem Wort. Auch das Verhältnis zum großen Nachbarn im Norden, streifte er eher beiläufig. Viel Zeit verwandte er dagegen auf die Zentralamerikapolitik. Die Lösung für die regionalen Probleme sieht er allein in dem Befriedungsversuch der Contadora-Gruppe. Jede Lösung für Zentralamerika müsse auf dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker und der „Nicht-Einmischung von Ländern der Region und außerhalb der Region" beruhen. De la Madrid muß darauf achten, zur Bewältigung der vordringlichen Aufgabe der Wirtschaftssanierung die Partei möglichst geschlossen hinter sich zu haben. Pronocierte außenpolitische Bemerkungen, die den linken Flügel verärgern würden, könnten diesen erst kürzlich beim Parteitag der PRI bekräftigten Schulterschluß gefährden.

De la Madrids größte Stütze bei seiner Kondolidierungspolitik scheinen die Gewerkschaften zu sein. Allen voran kann der 46jährige Präsident sich auf den greisen Führer des Gewerkschaftsbundes CTM (Confederación de Trabajadores Mexicanos), Fidel Velasquez, verlassen. So setzte dieser in der alljährlichen Lohnrunde zu Jahresbeginn einen Reallohnverzicht der Arbeiter als Beitrag zur Inflationsbekämpfung durch. Die Löhne wurden „nur" um 30 Prozent angehoben – obwohl damals in Mexiko niemand daran glaubte, daß das Ziel erreichbar sei, die Jahresinflation auf etwa 50 Prozent zu reduzieren.

Hörfunk-Hits (7): „Fragen an den Autor" vom Saarländischen Rundfunk

Wer legalisiert die Schwarzarbeit?

Gespräch über aktuelle Sachbücher, zusätzlich Höreranrufe" – das klingt nun alles andere als verlockend für eine Hörfunksendung, die auch noch ausgerechnet am Sonntagmorgen zwischen elf und zwölf ausgestrahlt wird. Wer liest denn heute überhaupt noch? Und kann man dem Hörer wirklich eine ganze Stunde ohne Musik zumuten, wenn selbst das „Funkkolleg" seinen Fernunterricht musikalisch auflockert, damit die Schüler mal verschnaufen können?

Doch allen Unkenrufen zum Trotz: „Fragen an den Autor", vom ersten Programm des Saarländischen Rundfunks, ist ein veritabler Publikumsrenner geworden. Seit 1969 hält sich die Live-Fragestunde nun schon im Programm, und besonders stolz ist man beim SR, daß es im deutschsprachigen Raum nichts Vergleichbares gibt.

Zwischen „Radiospaß" und „Meine schönste Melodie" hat sich eine reine Wortsendung etabliert, die nicht nur bei Stammhörern zu einem Begriff geworden ist. Man schätzt, daß im Schnitt 180 000 Hörer die Ausstrahlung verfolgen. Die Anrufe kommen vor allem aus den näher gelegenen Bundesländern, aber auch Zuschriften von der anderen Seite der Grenze zeigen, daß die Sendung selbst in Frankreich und Luxemburg auf Interesse stößt.

Offenbar ist es den Machern gelungen, scheinbar Gegensätzliches in Einklang zu bringen: ein gewisses Niveau zu halten, ohne elitär zu sein. Beim Zuhörer Interesse zu wecken, ohne sich bei ihm anzubiedern. Daß geistreiche Kontroversen auch Unterhaltungswert haben, daß Fragen und Wissen-Wollen eigentlich lustvolle Betätigungen sind, ist keine neue Erkenntnis. Und nicht zuletzt der Reiz, seine Meinung mit prominenten Autoren zu diskutieren, läßt das Telefon im Studio nicht zur Ruhe kommen.

Heinrich Kalbfuß, der seit Beginn dabei ist und meist die Moderation bestreitet, ist so etwas wie das Markenzeichen der Sendung geworden. Hörerfreundlich werden Fachbegriffe und Zusammenhänge erklärt; außerdem sorgt er dafür, daß bei hitzigen Diskussionen auch gegensätzliche Meinungen vertreten werden können.

Über populäre Naturwissenschaft wurde ebenso diskutiert wie über Theologisches, Alltagsfragen und Zukunftsprognosen. Schon die zweite Sendung im Jahre 1969 verzeichnete einen Klassiker des Genres: „Falsch programmiert" von Karl Steinbuch. Von den Bestsellern fehlt kaum einer; Autoren aller „Zünfte" und Schattierungen kommen zu Wort. Die Palette der bisher rund 800 Gespräche reicht von Ceram, Küng, Meves über v. Ditfurth, Kuby bis zu v. Däniken, Kishon und Meyfarth. Schreibende Politiker sind, wie es sich für eine öffentlich-rechtliche Anstalt gehört, ausgewogen vertreten: Eppler und Barzel, Dahrendorf und Oberreuter.

Der Tonfall ist unterschiedlich, mal fachlich-distanziert, mal animiert; gelegentlich, wenn die SR-Redakteure das Studio verlassen und im Wohnzimmer des Autors zu Gast sind, entwickelt sich das Gespräch im Stil einer Talk-Show. Wenn es allerdings darum geht, wer das lebhafteste Echo hervorruft, dann schlägt die Brisanz eindeutig die Prominenz. Zeitgemäße Reizthemen stehen in der Hörergunst am höchsten. Was die Gemüter in Wallung bringt, sind provozierende Vorschläge, wie etwa der zur Legalisierung von Schwarzarbeit oder das öffentliche Bekenntnis zur Kinderlosigkeit.

Es sind nicht unbedingt die weltumspannenden Themen, so stellt der verantwortliche Redakteur Jürgen Albers fest, an denen sich die Geister scheiden. Emotionen werden eher dort frei, wo der Hörer sich als Betroffener fühlt, wenn er aus eigener Erfahrung mitsprechen kann.

Daß sich auch die betroffenen Verbände und Institutionen heftig zu Wort melden, liegt auf der Hand. Die Brisanz mancher Themen macht diese Live-Sendung für die Verantwortlichen gelegentlich zu einem Balanceakt. Aber gerade das sichert ihr einen großen Hörerstamm. Und für Zündstoff und Kontraste ist auch in Zukunft gesorgt. Im September-Programm wird u. a. gefragt: „Wer hat das Schwein zur Sau gemacht?", und Hans Mayer stellt sich mit seinen Lebenserinnerungen „Ein Deutscher auf Widerruf" dem Hörerkreis.

HORST LANG

KRITIK

Ein Meister des Sowohl-Als-auch

Ein schöner älterer Herr erschien da in der Interview-Reihe Deutsche (ARD) von Günter Gaus, von sympathischer Zurückhaltung und mit wohlabgewogenem Wort: Stephan Hermlin, der Honecker-Intimus und Schriftsteller aus Ost-Berlin. Das Rencontre versprach Spannung, aber der Zuschauer wurde bitter enttäuscht. Langweiliger, konturenloser, inhaltsleerer hat sich lange kein Gespräch mehr im deutschen Fernsehen dargeboten. Und das will etwas heißen.

Hermlin erwies sich als ein Meister des unverbindlichen Sowohl-Als-auch. Distanziert er sich von seinen Hymnen auf Stalin? „Ja und nein." Was sagt er zu den Vorwürfen seiner Gegner, Anpasserei und Opportunismus betreffend? „Ach, was soll man dazu schon sagen." Welche Meinung hat er über die vielen Schriftsteller, die dem Kommunismus bitter enttäuscht Valet gesagt haben? „Teils mache ich ihnen Vorwürfe, teils kann ich sie verstehen." Usw. usw.

Natürlich war die Unergiebigkeit dieses seltsamen Gesprächs auch Schuld des Interviewers. Gaus stieß an keiner Stelle nach, insistierte kein einziges Mal. So blieb als Gesamteindruck vom Interviewten ein Bild, wie es sein Intimfeind Zwerenz nicht exakter hätte zeichnen können: eine elastische, undurchsichtige Qualle, die man lieber nicht in die Hand nimmt, weil sie dann brennt.

GÜNTER ZEHM

Tragödie auf Samtpfoten

Der Werkmeister hat ein Verhältnis mit einer minderjährigen Untergebenen. Das ist im Grunde genommen die ganze schlichte Fabel des Fernsehspiels „Kellermanns Prozeß" aus der Reihe Alles aus Liebe (ZDF). Diese einfache Story wäre des Aufhebens nicht wert, würde sie nicht zwischen Darstellern ausgehandelt werden, die aus der Alltäglichkeit der Geschichte eine schier griechische Tragödie herausholten. Still zwar und auf Samtpfoten daherschleichend, aber immer näher auf den Abgrund der Ausweglosigkeit zu bis zum jähen Einbruch des Todes.

Eine sanfte Geschichte, wie gesagt, aber mit welch' erzählerischer Kraft rollen die Bilder über den Schirm, mit welcher Intensität vollziehen die Gesichter das Drama dahinter. Da ist zu nennen die junge Anja Jaenicke, die nicht eine Minute lang der Versuchung anheimfällt, eine Lolita am Montagetisch zu spielen. Sie bleibt ein Kind, auch wenn sie ihre weibliche List zu dem großen und verderblichen Gefühl entfalten läßt. Nimmt man es genau, so ist die ganze Geschichte nur die Geschichte des jungen Mädchens, das zu früh Liebe erfährt und Verderben bringt.

Ihr Partner ist Henry van Lyck, ein Opfer, wie man in der Schluß-Sequenz erfährt, nur wessen Opfer? Lyck spielt mit großer Verhaltenheit. Sie ist wahrscheinlich erforderlich, um das unselige Zwielicht seiner Situation offenzuhalten. Zum Schluß läuft das Mädchen davon: Wissend, aber jung und ungebrochen.

VALENTIN POLCUCH





III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
11.10 Flöhe hüten ist leichter
12.10 Erster Schultag
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Die Flöte
Puppenspiel der Kleinen Bühne nach einem indianischen Märchen
15.50 Das feuerrote Spielmobil
Das Haus mit der Nummer 30
„Das ist ja noch mal gutgegangen!"
16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Film von Constantin Pauli
Margret Bechler meldete während des Zweiten Weltkrieges der Polizei einen kommunistischen Kurier, der sie über den Wechsel ihres Mannes zur Roten Armee informieren wollte. Während Margret Bechler als Frau eines Verräters Repressalien auf sich nehmen mußte, meldete sich ihr Mann nicht mehr und machte politische Karriere.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Arno und dem Hasen Cäsar
17.45 So sind Kinder
Erste Erfahrungen mit dem Fahrrad im Straßenverkehr
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Panorama
Hacker am Werk / Arbeitsplätze gegen Geld – Kriminelle Arbeitsplatzvermittlung / Die Grünen rotieren / Tiefflüge
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Miss Ellies Krise
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Die Verführung, ein großes Orchester zu leiten
Sir Colin Davis auf Reisen mit dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks
Bericht von Peter Zill
[illegible] Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Moderation: Ingeborg Thomé
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Vom Auswanderer zum Eingeborenen
Ein Österreicher in Neuseeland
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Edoardo Bennato
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Malvine und der Orgelspieler
19.00 heute
19.30 Neuer deutscher Film
Der Mann auf der Mauer
Von Peter Schneider (1982)
Mit Marius Müller-Westernhagen, Karin Baal u. a.
Regie: Reinhard Hauff
Kabe, wohnhaft in Ost-Berlin, möchte in den Westen. Der einzig mögliche Weg für ihn führt über das Gefängnis. Kabes Rechnung geht auf. Aber kaum ist er im Westteil, sehnt er sich zurück. Nun beginnt für ihn ein aberwitziger Balance-Akt zwischen Ost und West.
21.15 WISO
Neue Firmen, neue Jobs – Gründungsboom in den USA / Deutsche Jungunternehmer auf dem Vormarsch – Neuer Trend zur Selbständigkeit? / Wirbel um Öffnungszeiten – Ladenschlußgesetz noch zeitgemäß? / Streit um das Nachzugsalter von Ausländern – Mit sechs in die Schule, mit sechzehn arbeitslos? / Tip: Ausfallzeiten für den Ruhestand sichern
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Christus kam nur bis Eboli
Italienischer Spielfilm (1978)
Regie: Francesco Rosi
0.30 heute

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Klaus Günther Siebecke aus Jerusalem: Das längste Wochenende der Welt
20.45 Rückblende
Vor 950 Jahren: Älteste Synagoge Deutschlands – Juden in Worms
21.00 Dave Allen Special (2)
21.45 Nachtreporter: Die Messe
Die Düsseldorfer Idego
22.15 Sport im Westen extra
Abschiedsspiel von Rainer Bonhof
22.45 Drei vor Mitternacht
Die Polizei hat immer recht
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Deutsche Puppenbühnen
19.00 Rockpalast
Heroes of Rock 'n' Roll (1)
Eine Chronik der Rockmusik der vergangenen 25 Jahre
19.45 Foto als Hobby
Ein Fernsehkurs für Fotoamateure
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Live-Sendung über Kulturpolitik
21.15 Ich und Du
Viele Kinder – viele Sorgen?
Moderation: Hans-E. Pries
22.15 Samuel-Beckett-Abend
23.45 Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Psychiatrie in der Gemeinde
20.15 Über den Dächern von Stuttgart
21.00 Der Weg nach Westen
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Kirk Douglas, Robert Mitchum, Richard Widmark u. a.
Regie: Andrew V. McLaglen
23.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Die Lachbombe
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Danny Kaye u. a.
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Psychiatrie in der Gemeinde
21.30 Rundschau
21.45 Mehr Geld – mehr Gesundheit?
Betrachtungen zum neuen Großkrankenhaus München-Bogenhausen
22.30 TV-Kulturclub „Münchner Künstlertreff"
0.00 Rundschau



Doppelagent Kabe (Marius Müller-Westernhagen) mit seiner „West"-Frau Viktoria (Julie Carmen) (Der Mann auf der Mauer – ZDF, 19.30 Uhr)
FOTO: TELEBUNK

FUSSBALL / Franz Beckenbauers Aufgebot von 25 Spielern für den Länderkampf gegen Argentinien

Kein radikaler Schnitt: Sechs Neulinge, sieben Stars der Europameisterschaft nicht mehr dabei

DW. Bonn

Die Spannung war groß, jetzt löst sie sich auf in der Erkenntnis: Franz Beckenbauer hat sich zum Start seiner Amtszeit als Chef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zu einem Weg der Mitte entschlossen. Sein erstes Spieler-Aufgebot, aus dem die Mannschaft gebildet wird, die am 12. September in Düsseldorf gegen Argentinien antritt, zeugt weder von einem radikalen Einschnitt nach den Enttäuschungen unter der Führung von Jupp Derwall, noch davon, daß es im alten Trott weitergeht.

Beckenbauer hat gestern 25 Namen genannt. Zur Gruppe der neuen Elite gehören sechs Spieler, die noch kein Länderspiel bestritten haben und nicht älter als 25 Jahre sind: Peter Lux (21), Michael Frontzeck (20), Uwe Rahn (22), Günter Schäfer (24), Thomas Kroth (25) und Ralf Falkenmayer (21), der schon zum Aufgebot der Mannschaft gehörte, die bei der Europameisterschaft in Frankreich frühzeitig ausschied, aber nicht eingesetzt wurde.

Dafür sind sieben Spieler nicht mehr dabei, die in Frankreich noch dazugehörten: Dieter Burdenski, Helmut Roleder, Hans-Peter Briegel, Bernd Förster, Guido Buchwald, Norbert Maier und Klaus Allofs. Vielleicht sind die größten Überraschungen in dieser Gruppe zu finden. Maier zählte bei der Europameisterschaft nicht zu den Schwächsten, Allofs war wohl in der letzten Saison und jetzt schon wieder der beständigste Angriffsspieler der Bundesliga. „Beide bleiben im Blickfeld, jetzt testen wir Jüngere", sagt Beckenbauer.

Zumindest im Falle Allofs scheint er die Beurteilung Derwalls zu wiederholen: „Mir hat einfach nicht gefallen, wie er bei der EM gespielt hat. Da war er auf seiner Position einfach überflüssig."

Und ein Test mit jüngeren Spielern wird gegen Argentinien wohl kaum in dem Maße stattfinden, wie es sich einige Experten erhofft hatten. Außenverteidiger Frontzeck und Mittelfeldspieler Falkenmayer haben die größten Chancen, eingesetzt zu werden. Ihnen gegenüber stehen mit Felix Magath und Ditmar Jakobs zwei Profis, die das Durchschnittsalter der Mannschaft wieder auf knapp 27 Jahre anheben werden. Es ist nämlich damit zu rechnen, daß die deutsche Mannschaft in folgender Aufstellung spielen wird: Schumacher (30) – Jakobs (31) – Brehme (23), Karlheinz Förster (26), Frontzeck (20) – Falkenmayer (21), Stielike (31), Rolff (24), Magath (31) – Rummenigge (30), Völler (24).

Der Traum einiger Talente, gleich bei der Beckenbauer-Premiere auch ihr Debüt feiern zu können, wird ohnehin an der Einschätzung des neuen Chefs scheitern: „Die Argentinier besitzen eine Mannschaft allererster Qualität. Da wäre es total falsch, jetzt vier oder fünf junge Spieler gleichzeitig aufzustellen. Die würden glatt durch die Luft gewirbelt."

*

40 Stunden nach der Pokal-Niederlage des Hamburger SV bei den Amateuren des SC Geislingen (0:2) hat Trainer Ernst Happel erste Konsequenzen gezogen. Während einer Krisensitzung mit der Mannschaft beurlaubte er bis auf weiteres den 69maligen Nationalspieler Manfred Kaltz, mit 31 Jahren dienstältester Profi des HSV. Happel: „Er soll erst einmal sein Privatleben in Ordnung bringen, dann sehen wir weiter." Der Abwehrspieler steht vor der Scheidung.

25 Spieler aus 13 Vereinen

Tor: Schumacher (Köln), Stein (Hamburg). – **Abwehr:** Brehme (Kaiserslautern), Bockenfeld (Düsseldorf), Bruns, Frontzeck (beide Mönchengladbach), Karlheinz Förster, Schäfer (beide Stuttgart), Herget (Uerdingen), Jakobs (Hamburg), Strack (Köln). – **Mittelfeld:** Bommer (Düsseldorf), Engels (Köln), Falkenmayer, Kroth (beide Frankfurt), Lux (Braunschweig), Magath, Rolff (beide Hamburg), Matthäus (München), Rahn (Mönchengladbach), Stielike (Madrid). – **Angriff:** Littbarski (Köln), Mill (Mönchengladbach), Karl-Heinz Rummenigge (Mailand), Völler (Bremen).

Nach den Bundesligaspielen am Samstag wird Franz Beckenbauer aus diesem Aufgebot noch drei Spieler streichen. Am Sonntag vor dem Spiel gegen Argentinien (Mittwoch, 12. September, in Düsseldorf) treffen sich dann die 22 Profis zur Vorbereitung in der Sportschule Hennef.

RAD / Weltmeister-Titel für Claude Criquelion ist auch ein Politikum

„Flamen und Wallonen wieder Belgier"

K. Bl., Bonn

Radsport – das war zwischen Maas und Nordsee niemals nur plattes Volksvergnügen, Radsport war stets auch ein Politikum. Als am Sonntag Claude Criquelion in der Nähe von Barcelona Straßenweltmeister der Berufsradrennfahrer wurde, jubelte das renommierte Brüsseler „Het Nieuwsblad": „Gestern wurden Flamen und Wallonen alle wieder Belgier." Doch der Wallone Criquelion, wenngleich in Deaux-Acren an der flämischen Sprachgrenze zu Hause, hielt beim Interview mit dem flämischen Fernsehen BRT nichts von der beschworenen Gemeinsamkeit. Die Fragen wurden in flämischer Sprache gestellt, die Antworten – flämisch untertitelt – gab der Weltmeister auf französisch. Und die von der Brüsseler Presse so hoch gelobte Gemeinsamkeit in der belgischen Mannschaft, deren einziger wallonischer Star Criquelion ist, wurde erst 20 Kilometer vor Schluß hergestellt.

Erst auf diesen letzten Kilometern einigten sich der flämische Kapitän Ludo Peeters aus Antwerpen und sein wallonischer Widerpart Claude Criquelion auf die siegbringende Gemeinschaftsarbeit. Peeters: „Wir sprachen uns ab, Hand in Hand zu arbeiten, wobei Criquelion auf den ersten Platz setzen sollte, während ich hinter ihm die Meute in Schach halten würde." Warum er, der Flame, dem Wallonen Criquelion so uneigennützig geholfen habe, wurde Peeters im „Het Laatse Nieuws" gefragt. Peeters: „Dieser Wallone ist einer der wenigen, die Stil haben und nur für ihren Sport leben."

Auch ohne diesen flämischen Seitenhieb – Criquelion lebt in der Tat nur für seinen Beruf. Als die belgische Nationalmannschaft gestern auf Brüssels Flughafen landete, fehlte der Weltmeister. Er absolvierte ein Rennen in Südfrankreich, für das der Vertrag schon vor Wochen unterzeichnet wurde. Und gefeiert wird erst heute abend, weil zuvor noch ein Rennen in Flandern zu bestreiten ist. Criquelion, ein Vielstarter?

„Ich habe vor der Weltmeisterschaft viel Geld verloren, weil ich auf die meisten der gewinnträchtigen Kirmesrennen in Belgien verzichtet habe. Stattdessen trainierte ich in Spanien. Von Mal zu Mal fiel es mir leichter, auf dem Fahrrad einen ganzen Tag lang in der spanischen Hitze auszuhalten." In Spanien und Südfrankreich ist der Wallone auch weitaus populärer als daheim in Belgien. Sein flämischer Landsmann Lucien van Impe, der frühere Tour-Sieger: „Criquelion kennt man bei uns eben, mehr aber auch nicht."

Aber auch das ist wohl mehr ein flämischer Seitenhieb, denn Criquelion war schon vor dem Gewinn der Weltmeisterschaft mit rund 450 000 Mark Jahreseinkommen bei 250 000 Mark Grundgehalt der derzeit am höchsten bezahlte belgische Radprofi. Diesen Vertrag will er aber nicht verlängern, denn in Belgien fühlt sich der Wallone Criquelion nicht mehr wohl. Nach der Geburt seines zweiten Kindes im Oktober will er mit seiner Familie nach Italien oder Frankreich übersiedeln.

NACHRICHTEN

Bonhofs Abschied

Mönchengladbach (sid) – Rainer Bonhof bestreitet heute mit der deutschen Fußball-Weltmeister-Mannschaft von 1974 sein Abschiedsspiel gegen seinen alten Klub Borussia Mönchengladbach (20.00 Uhr). Im Team der Gladbacher sollen auch Johan Cruyff, Henning Jensen, Mario Kempes, Herbert Prohaska, Uli Stielike und vielleicht Diego Maradona eingesetzt werden. – Der 1.FC Köln trifft heute (20.00 Uhr) im Bundesliga-Nachholspiel auf Arminia Bielefeld.

Schockemöhle siegte

Rotterdam (sid) – Paul Schockemöhle gewann mit Deister den Großen Preis des Reitturniers von Rotterdam nach einem fehlerlosen Ritt durch die bessere Zeit vor Pyrah (Großbritannien) und Rozier (Frankreich).

CSSR verlor 0:3

Montreal (dpa) – Eishockey-Weltmeister UdSSR besiegte in seinem ersten Spiel beim Canada-Cup das Team der CSSR 3:0.

Weltcup für Chinesen

Kuala Lumpur (dpa) – Der Chinese Jiang Jialiang gewann in Kuala Lumpur den Tischtennis-Weltcup. Im Finale besiegte er Kim Wan aus Südkorea 21:14, 16:21, 21:4, 21:11. Dritter wurde der Schwede Ulf Bengtsson.

Zweimal Bronze

Hörsholm (sid) – Zwei Bronzemedaillen gab es für die deutschen modernen Fünfkämpferinnen bei den Weltmeisterschaften in Hörsholm (Dänemark). Sabine Krapf (Heidenheim) wurde Dritte hinter Swetlana Jakowlewa (UdSSR) und Pernille Svarre (Dänemark). In der Mannschaftswertung lag das deutsche Team hinter der UdSSR und Polen.

Jochen Mass führt

Spa (sid) – Jochen Mass, ehemaliger Formel-1-Fahrer, verteidigte mit einem zweiten Platz (zusammen mit Jacky Ickx) beim 1000-km-Rennen von Spa seine Führung in der Langstrecken-Weltmeisterschaft (89 Punkte). Stefan Bellof, der das Rennen zusammen mit dem Engländer Derek Bell gewann, liegt zehn Punkte zurück auf Platz zwei. Die ersten acht des Rennens fuhren Porsche.

Langer Dritter

Crans-sur-Sierre (sid) – Bernhard Langer wurde bei den Offenen Internationalen Golf-Meisterschaften der Schweiz in Crans-sur-Sierre Dritter. Er benötigte 267 Schläge. Es siegte der Kanadier Jerry Anderson (261) vor Howard Clark aus England (266).

ZAHLEN

MOTORSPORT

Acht-Stunden-Rennen auf dem Nürburgring, vierter von sechs Läufen zur Motorrad-Langstrecken-WM: 1. Coudray/Igoa (Frankreich) Honda 7:59:43,22 Stunden (141,452 km/h), 2. Bertin/Sarron (Frankreich) Honda eine Runde zur., 3. Oudin/Radiguez (Frankreich/Belgien) Suzuki sechs Runden zur., ... 5. Dähne/Rubatto (Deutschland). – **1000-km-Rennen** in Spa, siebter von elf Läufen zur Endurance-Weltmeisterschaft: 1. Bellof/Bell (Deutschland/Großbritannien) 5:53:16 Std. 2. Mass/Ickx (Deutschland/Belgien) 5:53:54, zwei Runden zur., 3. Stuck/Grohs (Deutschland) alle Porsche 956.

MODERNER FÜNFKAMPF

Weltmeisterschaft der Frauen in Hörsholm (Dänemark), Einzelwertung: 1. Jakovleva (UdSSR) 5481 Punkte, 2. Svarre (Dänemark) 5373, 3. Krapf 5308, ... 14. Kröning 5002, 23. Meyer 4807, 25. Walz (alle Deutschland). – Mannschaftswertung: 1. UdSSR 15 389, 2. Polen 15 174, 3. Deutschland 15 117.

TENNIS

Meisterschaften der USA, Herren, 3. Runde: Connors (USA) – Leconte (Frankreich) 6:4, 6:1, 7:6, McEnroe (USA) – Moir (Südafrika) 6:3, 6:0, 6:3, Nystroem (Schweden) – Sandy Mayer (USA) 5:7, 5:7, 6:3, 6:0, Smid (CSSR) – Tom Gullikson (USA) 4:6, 6:4, 7:6, 6:4, 2:6, 7:6, 6:2, 6:3, Sundstroem (Schweden) – Perkiss (Israel) 7:6, 6:4, 5:7, 6:4, Gene Mayer (USA) – Vilas (Argentinien) 6:3, 6:1, 6:4. – Damen, 3. Runde: Kohde (Deutschland) – Lundqvist (Schweden) 2:6, 6:2, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 2, 2, 0, 1, 1, 0, 2, 2, 2, 2. – **6 aus 45**: 4, 7, 27, 35, 36, 40, Zusatzzahl: 26. – **Rennquintett**, Rennen A: 8, 10, 5. – Rennen B: 21, 24, 34. (ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / *Höhenflug*

Es war auf einer jener langen Fahrten von Sportfest zu Sportfest. „Was Trzepizur passiert ist, kann jedem von uns widerfahren. Und dann ist es aus mit dem Hochsprung, von heute auf morgen." Das beim gewaltigen Absprung regelrecht zertrümmerte Sprunggelenk des damals 20jährigen polnischen Hochspringers Janusz Trzepizur wurde für Carlo Thränhardt zum steten Warnsignal. Nur keine Unüberlegtheit, um Himmels willen nicht die kleinste Nachlässigkeit – denke an Trzepizur. Dann kam Los Angeles, nach der Hallen-Weltbestleistung von 2,37 Metern, nach einer geradezu atemberaubenden Serie von Sprüngen über 2,30 Meter. Beim Training verstauchte er sich das Sprunggelenk, und alle hochfliegenden Träume endeten im olympischen Finale bei 2,15 Meter.

Dietmar Mögenburg, der Freund, der Olympiasieger wurde: „Vor Olympia hat er sich erst in die Sache verrannt und dann verletzt." Dragan Tancic, der Trainer: „Carlo hat sich in der Zeit vor Olympia nicht so verhalten, wie das ein Medaillenanwärter tun sollte. Die Verletzung hätte nicht passieren dürfen. Carlo hat für meine Begriffe Mist gebaut." Hat er zweifellos, aber das ergibt sich aus der Notwendigkeit, so zu handeln wie er. Was er tat, war stets ein Drahtseilakt ohne Netz. Denn Thränhardt war und ist von Kopf bis Fuß auf Hochsprung eingestellt, „auf den perfekten, den totalen Sprung – schließlich ist das das Allergrößte" (Thränhardt).

Der Grat war und ist schmal, auf dem er sich bewegt, und die Rampe, die ihn nach oben katapultieren soll, kann im Handumdrehen zur Rutschbahn werden. In Rieti flog Carlo Thränhardt nun über 2,37 Meter. Das bedeutet die Einstellung des Europarekordes, den der Sowjetrusse Sereda einige Minuten zuvor erreicht hatte. Da war sie wieder, die Nähe zur Artistik, auf die er sich so gern berufen hat, auf die Sprachlosigkeit, mit der so etwas geschieht, „2,37 Meter, das sind Höhen, da gehst du einfach drauflos".

Professor Klümper in Freiburg hatte ihm knorpelstabilisierende Substanzen gespritzt und das lädierte Gelenk behandelt. Da mußte er eigentlich schon früher guten Mutes sein. Doch bei den Sportfesten in Brüssel und Koblenz lähmte ihn das Trzepizur-Trauma. Thränhardt hatte schlichtweg Angst, den Knöchel beim Absprung voll zu belasten, „dabei habe ich doch schon wieder soviel Kraft in mir. Ich weiß es, ich fühle es."

In Rieti siegte die Kraft über die Angst und die Lust des Carlo Thränhardt am totalen Sprung.

KLAUS BLUME

GALOPP / Hengst Strawberry Road – ein Musterbeispiel für die Internationalität im Rennsport

Kritik an der Taktik von Jockey Georg Bocskai

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Der fünfjährige Hengst Strawberry Road, am Sonntag nach Zielfoto und Überstehung eines Protestes gefeierter Sieger im Großen Preis von Baden auf der Iffezheimer Galopp-Rennbahn, ist das Musterbeispiel für Internationalität im Galopp-Rennsport. Sein Vater, der Hengst Whiskey Road, hat ein kleines Rennen in Irland gewonnen, Großvater Nijinski ist im harten kanadischen Winter großgezogen worden, seine Mutter stammt aus Neuseeland, deren Vater aus England. In Australien ist er geboren, wird derzeit in Paris trainiert und startete mit einem in England tätigen Jockey aus Neuseeland, der in Australien über 900 Rennen gewonnen hat: Brent Thomson (23).

Auf dem Rücken seines Reitdresses war ein boxendes Känguruh zu sehen. Das war das Symbol der siegreichen australischen Segelmannschaft im legendären America's Cup, den Australien 1984 zum ersten Mal gewann. Skipper Alan Bond gab sein O. K., daß Strawberry Road (zu deutsch: Erdbeerstraße) dieses Motiv bei seiner Tournee über die größten Hippodrome der Welt tragen darf. Der Sieg im Großen Preis von Baden wurde per Telefon live nach Sidney übertragen. Reporter David Conolly-Smith wurde allerdings kreidebleich, als er bei der Wiederholung des Rennfilms erkannte, wie knapp der Vorsprung der Erdbeerstraße vor Esprit du Nord war – ein kurzer Kopf.

Conolly hatte einen deutlichen Sieg auf dem fünften Kontinent verkündet. Australien ist übrigens das Land mit den meisten Rennbahnen der Welt: Über 600 Rennplätze.

Am 7. Oktober 1984 soll der Sieger des Großen Preises von Baden in Paris-Longchamp den Prix de l'Arc de Triomphe bestreiten. Beim Londoner Buchmacherkonzern Hills sind vor einigen Wochen 20 000 englische Pfund (etwa 75 000 Mark) auf den Sieg des Hengstes gewettet worden. Man einigte sich auf einen Kurs von 260:10, Hills muß dann im Siegfall rund zwei Millionen Mark auszahlen.

Deutschlands Grand-Prix-Pferd Nummer eins, der vierjährige Hengst Abary (Gewinnsumme: 650 100 Mark) lieferte erneut eine akzeptable Partie. Dritter, nur knapp geschlagen hinter Strawberry Road und Esprit du Nord, der immerhin 1983 in Köln den Preis von Europa gewonnen hat, damit kann man durchaus zufrieden sein.

Besitzer Walther Jacobs und Trainer Heinz Jentzsch ließen aber nach dem Rennen keinen Zweifel, daß sie mit der Taktik des Rittes von Georg Bocskai keineswegs zufrieden waren. Der inzwischen pensionierte deutsche Spitzenjockey Micky Starosta hat einmal gesagt: „Ein Jockey muß es im Hintern haben" – doch ein wenig mehr Köpfchen würde man dem Jockey des führenden deutschen Rennstalles häufiger wünschen. Bereits im Hamburger Hansa-Preis erlaubte er sich einen Schnitzer, der nur durch den Derby-Sieg am Tag danach mit Lagunas kaschiert wurde.

Vogel: SPD muß in der Politik ihre Sachkompetenz wieder erarbeiten

Für die Fraktion wäre bundesweite Zusammenarbeit mit Alternativen ein „Himmelfahrtskommando"

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD befindet sich derzeit in einem Dilemma: Sie muß mit ihren politischen Vorstellungen Wähler aus dem Mitte/Rechts-Spektrum von Union und FDP zu sich (zum Teil: zurück-) holen und gleichzeitig das Reservoir ansprechen, in dem sich auch die Grünen tummeln. Dabei dürfen die Sozialdemokraten weder die Grünen weiter aufwerten, noch durch die unterschiedliche Zielrichtung eine der beiden Wählergruppen abstoßen. Wie Rastelli versuchen die Parteiführer, dies durch ein Jonglieren auf drei Ebenen zu bewältigen:

Bundesweit ist eine wirkliche Zusammenarbeit mit den Alternativen kein Thema. In der Bundestagsfraktion wird ein solches Vorhaben schlicht als „Himmelfahrtskommando" beschrieben. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat sich mit Unterstützung von Parteichef Willy Brandt deshalb auf einen anderen Weg begeben, der zumindest einen Erfolg schon vorweisen kann: Nach dem tiefen Fall mit der verlorenen Bundestagswahl hat er die Fraktion zum Kern einer Regenerierung der Gesamt-SPD gemacht. Für ihn geht es im wesentlichen darum, auf verschiedenen wichtigen Politik-Feldern erst einmal wieder eine allgemein anerkannte Sachkompetenz für die Sozialdemokraten zu „erarbeiten". Das, was der Union auch durch Geißlers Vorwärtsverteidigung in den Oppositionsjahren gelungen ist, die „Meinungsführerschaft" im Bewußtsein der Bevölkerung in vielen Bereichen wieder zu erobern, steht auch Vogel und Brandt als Ziel vor Augen. Sie wissen, wie sehr der Erfolg der „Wende" auch darauf beruht, daß die Wähler durch die immer stärker ins Bewußtsein eingepflanzte Angst vor dem drohenden Staatsbankrott im Bereich der Finanzen der Union die größere Kompetenz zumaßen.

Neben allem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Engagement ist hieraus die SPD-Öffentlichkeitsarbeit auf dem Feld der Arbeitslosigkeit zu erklären. Die Führung in der „Baracke" sieht inzwischen erste Anzeichen, daß sie hier allmählich die „Meinungsführerschaft zurückzugewinnen scheint". Durch die Verbindung über das von Vogel vorgelegte Papier „Arbeit und Umwelt" mit den Fragen der Ökologie soll zugleich auch sowohl Innenminister Zimmermann wie den Grünen weiteres Wasser abgegraben werden. „Unsere Haltung zu Inhalten der Politik" soll die Meßlatte für alles andere werden, hat erst gestern Brandt wieder als Devise ausgegeben.

Die SPD-Führung weiß natürlich, daß dies alleine ein akademisches Politikverständnis wäre, mit dem man – wenn überhaupt – erst nach einem sehr langen Zeitraum wieder regierungsfähig würde. Die Frage des Bündnispartners ist damit nicht zu beantworten, mit dem man diese „Inhalte" umsetzen will. Dabei demonstriert vor allem Vogel viel Flexibilität: In einem WELT-Interview bot er der Bundesregierung die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes an. Er schließt eine solche Kooperation mit der Union auch auf anderen Feldern nicht aus. Wer hieraus Tendenzen in Richtung Große Koalition herleitet, hat ihn allerdings gänzlich mißverstanden.

Die FDP will Vogel, in einem gewissen Gegensatz zu Brandt, auch in den Ländern auf längere Sicht als neuen (alten) Partner nicht ausschließen. Er wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß Börner in Hessen die Zusammenarbeit mit den Grünen schließlich erst gesucht habe, als vor allem die FDP sich total verweigert habe. Bundesweit setzt der Oppositionsführer allerdings eher auf eine Spaltung der FDP nach dem Vorbild von 1956: Der „Ministerflügel" würde dann, so Vogels Schlußfolgerung des damaligen Ereignisses, über eine Mitgliedschaft in der Union die Mehrheit der jetzigen Regierung vorläufig weiter sichern, die eher Linksliberalen aber nach einer solchen „Katharsis" wieder als Koalitionspartner der SPD zur Verfügung stehen.

Aktueller ist allerdings der Blick der Parteiführung auf die Länder: Wenn Hessens Börner, Brandts „Pfadfinder", nach der ersten Legislaturperiode eines rot-grünen Bündnisses eine positive Regierungsbilanz vorlegen könnte, würde eine solche Zusammenarbeit auch bei breiten Bevölkerungsschichten ihren Schrekken verlieren. Parallel dazu könnte sich eine Zusammenarbeit mit der CDU beispielsweise ergeben, wenn Hans Apel in Berlin „die Nase vorne" haben sollte. Solche „Kreuz- und Querkoalitionen" in den Ländern wären ja nicht neu.Doch dies alles soll nach den Ideen einer Partei, die mit ihrer mehr als 120jährigen Geschichte einen langen Atem hat, nur eine Übergangslösung sein: Die SPD-Führer setzen darauf, daß nach Übernahme von Regierungs-Verantwortung sehr bald auch „ein grüner Umweltminister seine Skandale hätte" (Lafontaine), es also mit der politischen „Jungfräulichkeit" (Vogel) schnell zu Ende wäre. Und dann würde ein großer Teil heute grüner Protest-Wähler zur SPD zurückfinden. Die Alternativen wären wieder zum Normalmaß einer kommunalen „Basisbewegung" geschrumpft.

Demonstrative Bruderküsse Honeckers im Sowjet-Pavillon

„Neues Deutschland" verschweigt aber jüngste „Prawda"-Attacke gegen Bonn

H.-R. KARUTZ, Leipzig

Demonstrative Herzlichkeit und bisher bei dieser Gelegenheit nicht unbedingt übliche Bruderküsse verteilte SED-Generalsekretär Erich Honecker am Sonntag im Sowjet-Pavillon. Sein Gastgeber und Breschnew-Freund, Leonid Kostandow, begrüßte ihn mit den Worten, er sei von Tschernenko und Tichonow „persönlich beauftragt", nach Leipzig zu reisen. Trotz des aufwendig bekundeten Einvernehmens verschwieg das SED-Blatt „Neues Deutschland" am Montag die jüngste „Prawda"-Attacke gegen Bonn, in der von einer beabsichtigten „Liquidierung der sozialistischen DDR" durch den Westen die Rede war.

Honecker war nach dem Ende des offiziellen Messerundgangs am Sowjet-Pavillon eingetroffen. Neben Vizepremier Leonid Kostandow waren auch der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, als offizielles Delegationsmitglied sowie der Oberkommandierende der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland", Armeegeneral Michail Saizew, und der Chef der politischen Hauptverwaltung der Sowjettruppen, Generaloberst Alexej Lisitschew, zur Stelle. Die Anwesenheit beider Militärs vermerkte das „ND" ausdrücklich.

Auffällig betonte das Parteiorgan zwei Bemerkungen von Kostandow: „In der gegenwärtigen internationalen Lage kommt der Festigkeit, der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft und der zuverlässigen Sicherheit des Bündnisses der Bruderstaaten eine besondere Bedeutung zu." In seiner Schlußbemerkung hob er Tschernenko und Honecker namentlich hervor, als wollte er deren ungebrochene Führungsautorität unterstreichen: Er trinke „auf die Zentralkomitees unserer kommunistischen Bruderparteien mit den Generalsekretären Erich Honecker und Konstantin Tschernenko an der Spitze".

Honecker wich in seiner Ansprache vom bisherigen Prinzip ab, den 35. Geburtstag der „DDR" als „nationalen Feiertag" zu bezeichnen. Er sagte, man werde dieses Ereignis als einen „gemeinsamen Feiertag aller sozialistischen Länder begehen". Er lobte das „feste, für alle Zeiten unzerstörbare Bündnis mit der Sowjetunion als entscheidendes Fundament für die gute und sichere Entwicklung unseres sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern". Honecker verwies aber bei dieser Gelegenheit wieder auf das ständige Ziel der „DDR"-Politik, eine „Normalisierung der durch die Schuld der aggressivsten imperialistischen Kreise, insbesondere der USA, gefährlich zugespitzten internationalen Situation zu erreichen und zur Entspannung zurückzukehren".

Während das SED-Zentralorgan am Montag seine Titelseite zur Hälfte für das jüngste Tschernenko-Interview in der „Prawda" zu Verfügung stellte und so zum ersten Mal seit Jahren nicht nur ausschließlich über Honeckers Messe-Rundgang berichtete, durfte auf Anweisung der SED-Spitze nichts über die Attacken des „Prawda"-Kommentators Grigorjew im Blatt erscheinen. Als besonders peinlich schien in Ost-Berlin die Passage aufgefallen zu sein, Bonn habe einen „fruchtbaren Nährboden für das Heranreifen revanchistischer Bazillen" geschaffen und denen „kräftig" Auftrieb gegeben, „die von einer Liquidierung der sozialistischen DDR träumen – wenn nicht heute, so morgen, wenn nicht morgen, so übermorgen". Die „DDR"-Leser sollten offenkundig auch von „Prawda"-Formulierungen wie „innerdeutsche Beziehungen" und „offene deutsche Frage" unbehelligt bleiben.

Das gewollte Herunterspielen der deutsch-deutschen Kontakte, die noch während der Frühjahrsmesse in Text und Bild auf der Titelseite des „ND" gefeiert wurden, kamen in der Berichterstattung der führenden „DDR"-Zeitung deutlich zum Ausdruck. Honeckers extrem kurzer Halt am BASF-Messestand wurde lediglich mit einem Foto im Innern des Blattes festgehalten, auf dem Staatssekretär Hans Otto Bräutigam besonders ungünstig getroffen ist und statt dessen BASF-Chef Hans Albers im Mittelpunkt steht. Über die Reaktion Honeckers auf Bräutigams Bemerkung „Wir hoffen auf ein gutes Jahr 1984" wird im übrigen im Textteil unkorrekt berichtet. „Erich Honecker dankte für die guten Wünsche", heißt es. Tatsächlich nahm er Bräutigams Satz lediglich mit einem freundlichen Nicken, aber wortlos, entgegen.

*

hrk, Leipzig

Der SPD-Politiker Wolfgang Roth hat sich skeptisch geäußert, ob der für Ende September vorgesehene Besuch von Erich Honecker zustande kommt. Nach insgesamt vierstündigen Gesprächen mit Politbüro-Mitglied Egon Krenz und Wirtschaftschef Günter Mittag sagte Roth gestern in Leipzig: „Ich habe es im kleinen Finger, daß der Besuch jetzt nicht zustande kommt. Eine konkrete Äußerung gab es dazu jedoch nicht. Meine Gesprächspartner erklärten aber ausdrücklich, auf DDR-Seite sei noch keine endgültige Entscheidung gefallen."

IG Chemie gibt Vorruhestand weiter Vorrang

DW. Berlin

Die IG Chemie-Papier-Keramik will auch weiterhin vorrangig Vorruhestandsregelungen mit den Arbeitgebern vereinbaren. Auf dem 12. Gewerkschaftstag der IG Chemie, der gestern in Berlin seine Beratungen mit den Rechenschaftsberichten des geschäftsführenden Hauptvorstandes aufnahm, sagte der im Vorstand für die Tarifpolitik zuständige Horst Mettke: „Eine Vorruhestandsregelung bleibt für die IG Chemie weiterhin ein vorrangiges Ziel. Dabei sind auch in unserer Organisation Streiks nicht ausgeschlossen."

Mettke erklärte vor den mehr als 400 Delegierten des Kongresses, sowohl in der Chemieindustrie als auch in der Papier-, Glas- und der keramischen Industrie werde die IG Chemie um eine Arbeitszeitverkürzung ringen. „Die übermütigen Arbeitgeber in der chemischen Industrie irren sich, wenn sie glauben, der diesjährige Tarifabschluß mit vier Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen ohne Vorruhestand sind genug." Mettke wies zugleich die Kritik anderer DGB-gewerkschaften an der Haltung seiner Organisation zurück. „Wir werden nicht in alten ausgetrampelten Pfaden der Tarifpolitik herumlatschen. Wir werden uns auch nicht abhalten lassen, im gewerkschaftlichen Raum unsere Auffassungen zu vertreten, auch, wenn sie einmal im Gegensatz zu den Auffassungen anderer Gewerkschaften stehen." Vor allem die Gewerkschaften wie die IG Metall, die eine 35-Stunden-Woche gefordert hatten, hatten in den vergangenen Wochen indirekt Kritik an der Position der IG Chemie geäußert.

Berlin-Feiern: „Nationales Ereignis"

F. D. Berlin

Berlin plant für den 750. Geburtstag der Stadt im Jahr 1987 ein „Ereignis von nationaler Bedeutung und breiter internationaler Beteiligung". Dies teilte gestern Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) in einer Zwischenbilanz der Planungen für die Jubiläumsfeiern mit. Nachdem in der Vergangenheit Kritik an angeblicher Konzept- und Planlosigkeit des Berliner Senats zu diesem historischen Datum laut geworden war, nannte Diepgen jetzt konkrete Punkte der Festaktivitäten. Im Mittelpunkt der Feiern steht eine von Mai bis Oktober 1987 andauernde Berlin-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau. Neben fünf Stadtfesten möchte der Senat vor allem mit baulichen Aktivitäten „etwas Bleibendes" erreichen. Der Senat bemüht sich insbesondere „um Koordination und Abstimmung mit Ost-Berlin über eine Reihe von Projekten". Die Feierlichkeiten sollen in erster Linie ein „gemeinsames Fest aller Berliner" werden und nicht zu gegenseitiger Konkurrenz führen.

Den Vorsitz eines Gremiums, das den Senat zu den Feiern beraten soll, wird der frühere Bundespräsident Karl Carstens führen. Bonn hat für die 750-Jahr-Feier Berlins finanzielle Hilfen in Höhe von 70 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Aufruf zum Boykott der Kohle- und Öltransporte

Streiktagung des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes

W. FURLER/DW. Brighton

Mehr als 3000 Demonstranten gingen auf die Straße, als gestern im Seebad Brighton der 116. Jahreskongreß des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC eröffnet wurde. Es geht um den seit über 25 Wochen andauernden Streik in den britischen Kohlegruben und den vor elf Tagen begonnenen Ausstand von Hafenarbeitern, die sich mit ihren Gewerkschaftskollegen vom Bergbau gegen die Regierung Thatcher solidarisch erklärten.

Der Vorstand des britischen Gewerkschaftsbundes hatte am Sonntag beschlossen, einen Aufruf zum Boykott aller Kohle-, Koks- und Öltransporte einzubringen. Der Boykottaufruf hatte in Vorgesprächen Rückhalt bei den meisten der 51 Vertreter im TUC-Generalrat gefunden. Von gemäßigteren Gewerkschaftsvertretern wird ein solcher Boykott als gleichbedeutend mit einem Generalstreik gegen die Regierung angesehen. Es ist zu erwarten, daß die TUC-Aufforderung von den Gewerkschaftsdelegierten mit übergroßer Mehrheit angenommen wird.

Von vielen Seiten wird der Kongreß, bei dem rund 10 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer vertreten sind, als die kritischste Tagung seit dem Generalstreik des Jahres 1926 angesehen. Vor dem Kongreßgebäude in Brighton demonstrierten mehr als 3000 Bergleute und deren Sympathisanten aus allen Teilen des Landes. Sie protestierten gegen jüngste Äußerungen einiger Gewerkschaftsführer, in denen die vom Generalrat des TUC mit großer Mehrheit beschlossene „totale Unterstützung" der Bergleute-Gewerkschaft durch alle Gewerkschaften des Landes als „gefährlich" kritisiert worden war. Bill Sirs, der Führer der Stahlarbeiter-Gewerkschaft, die sich bislang standhaft geweigert hat, in den Arbeitskampf der Bergleute hineingezogen zu werden, mußte von Polizei-Einheiten vor aufgebrachten Bergleuten geschützt und in das Kongreß-Gebäude eskortiert werden. Er wurde von den Demonstranten als „Judas" beschimpft.

Während in Brighton der TUC-Kongreß eröffnet wurde, gingen in den Zechen des Landes mehr Bergleute zur Arbeit als je zuvor seit Beginn des langen Arbeitskampfes. Dies trotz des Aufrufs des militanten Führers der Bergleute-Gewerkschaft, vor allen Kohlegruben, in denen Kumpel die Arbeit fortsetzen wollen, so viele Streikposten wie nur möglich aufzustellen.

In seiner Ansprache zur Eröffnung des Kongresses ging TUC-Präsident Ray Buckton nur am Rande auf den höchst kontroversen Beschluß des TUC-Generalrats ein, die knapp 1200 Delegierten in Brighton zu einer totalen Unterstützung der Bergleute-Gewerkschaft in ihrem Arbeitskampf aufzufordern. Buckton beschuldigte die Regierung Thatcher, das britische Gewerkschafts-System als „Feind im Innern" zu diffamieren und alles daran zu setzen, es zu zerstören.

Er beschwor die wechselseitige Solidarität, die eine Gewerkschaftsbewegung auszeichnen müßte, auch wenn sie bisweilen nur schwer zu vollziehen sei. Eric Heffer, Vorsitzender der Labour-Partei, rief in seiner Ansprache an die TUC-Delegierten zur vollen Unterstützung der Bergleute-Aktion auf. „Wir müssen endlich den Kapitalismus loswerden," meinte er.



Neue Aufgaben für Mack

● Fortsetzung von Seite 1

chen, aber es besteht. Jedenfalls lud Rogers, als er im Herbst 1983 von der Absicht erfuhr, General Mack als seinen Stellvertreter zu entsenden, den deutschen General, der damals noch Kommandierender General eines Korps in der Bundesrepublik war, geradezu demonstrativ zu einem Abendessen auf sein belgisches Schloß ein.

Ein weiterer Gesichtspunkt für Rogers, den deutschen General in die nuklearen Angelegenheiten hineinzuziehen, dürfte die Überlegung gewesen sein, daß das Vereinigte Königreich selbst ein Kernwaffenstaat ist. Es gibt schon viele britische Offiziere, die sich dienstlich mit Nuklearproblemen befassen. Die Bundesrepublik Deutschland ist hingegen ein Nichtkernwaffenstaat. Daher ist es für die Deutschen, die nukleare Waffenträger in ihren Land- und Luftstreitkräften integriert haben, von Bedeutung, auf allen Ebenen der nuklearen Planung ihren Einfluß zur Geltung zu bringen.

Schon vor dem Amtsantritt von General Mack hatte General Rogers angekündigt, die Verantwortungen seiner Stellvertreter neu zu ordnen und dem Deutschen operative Aufgabenbereiche zu übertragen. Dabei ist der britische Stellvertreter nicht zu kurz gekommen, ein Gesichtspunkt, der General Mack besondes am Herzen gelegen hat. General Sir Edward Burgess wurde der gesamte Komplex „Zielplanung und Zerstörung der nachfolgenden (Angriffs-) Wellen" zugeteilt. Das ist Rogers' Schwerpunkt. Der amerikanische General dringt unablässig in der NATO auf die Beschaffung neuer, weitreichender konventioneller Waffensysteme, mit denen die nachfolgenden Kräfte des Gegners in der Tiefe seines Raums vernichtet werden können.

Zu den übrigen Aufgaben General Macks gehören das militärpolitisch bedeutsame Feld der NATO-Infrastruktur, die chemische Kriegführung, die elektronische Kriegführung, die Seekriegführung (unter Rogers' Kommando stehen umfangreiche Seestreitkräfte) und die NATO-Befehls- und Kommandostruktur. Der britische General muß sich besonders um Ausbildung, Verstärkung im Kriegsfall, das geheime Nachrichtenwesen und Zukunftsplanung kümmern. (SAD)

Papst und Genscher sprachen über Polen

dpa, Castelgandolfo

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist gestern in Castel Gandolfo bei Rom von Papst Johannes Paul II. zu einer knapp einstündigen Privataudienz empfangen worden. Bei dem Gespräch in der Sommerresidenz des Kirchenoberhaupts ging es unter anderem um das Ost-West-Verhältnis sowie die Lage in Polen. Genscher will gegen Ende des Jahres Polen besuchen. Der aus Polen stammende Papst ist an dem Finanzierungs-Projekt der Bischöfe seines Heimatlandes zur Unterstützung der privaten Landwirtschaft interessiert. Diese Stiftung wird von der katholischen Kirche in der Bundesrepublik und der Bundesregierung gefördert.

Neu Abtei-Kirche in der „DDR" geweiht

KNA, Berlin

In Anwesenheit hoher katholischer Würdenträger aus der „DDR", aus Rom, aus Ungarn und aus der Bundesrepublik ist die neue Abteikirche der Benediktinerinnen in Alexanderdorf bei Berlin eingeweiht worden. Erst Anfang dieses Jahres war dieses einzige Benediktinerinnen-Kloster auf dem Gebiet der „DDR" durch vatikanisches Dekret zur Abtei erhoben worden. Die Weihe der nach fast fünfjähriger Bauzeit fertiggestellten Kirche nahm der Bischof von Berlin, Kardinal Joachim Meisner, vor. Er feierte den Gottesdienst gemeinsam mit dem Weihbischof von Magdeburg, Bischof Theodor Hubrich. In seiner Predigt drückte Meisner den Wunsch aus, in der neuen Abtei-Kirche möge sichtbar werden, daß „wir eine offene Kirche sind". Gesperrte Kirchen würden leicht zu Museen, mahnte der Bischof.

Handwerk handelt

hdt. – Wenn alle Wirtschaftszweige beim Angebot von Ausbildungsplätzen so bis an die Grenze des *noch Möglichen gingen wie* das Handwerk, wäre dieses leidige Thema längst vom Tisch. Dabei ist das nur ein Teil des Beitrages, den diese Berufsgruppe zum Erhalt und zum Ausbau unserer Wirtschaftsordnung beisteuert. Jahr für Jahr wagen junge Handwerker nach bestandener Meisterprüfung den Schritt in die Selbständigkeit, sie betätigen sich als Unternehmer, obwohl derzeit kaum ein Berufsstand so diskriminiert wird wie dieser.

Dies geschieht nicht nur verbal, sondern auch durch die Gesetzgebung. Sie bürdet den kleinen Unternehmen, zu denen nahezu alle Handwerksbetriebe zählen, Lasten auf, die höchstens Großbetriebe tragen können. Die neue Vorruhestandsregelung ist eine solche, ebenso wie manche Bestimmungen über den Kündigungsschutz.

Dazu kommt, daß das in Produktionsmittel investierte Eigenkapital, ohne das weder Betriebsgründungen noch deren Funktion möglich sind, am meisten diskriminiert wird. In einer Gesellschaftsordnung, die an Betriebsgründungen und damit an der Schaffung neuer Arbeitsplätze interessiert sein sollte, ist das eigentlich unverständlich. Warum wird denn nicht das Ansparen von Eigenkapital für Existenzgründungen genauso behandelt wie das Bausparen? Staatliche Prämien dürften hier zweckmäßiger sein als spätere Beihilfe, über deren Bewilligung die Bürokratie zu entscheiden hat.

Der CDU-Politiker Professor Kurt Biedenkopf, der diese Gedanken jetzt vor jungen Handwerksmeistern vortrug, fand bei seinen Zuhörern denn auch uneingeschränkte Zustimmung. Mut *braucht man diesem Kreis nicht* mehr zuzusprechen, aber tatkräftigere Hilfe täte durchaus gut.

Sozialer Test

J. SCH. (Paris) – Nach dem blutigen Zusammenstoß des Delegierten der kommunistischen CGT-Gewerkschaft mit der Polizei am letzten Freitag vor den Toren des Citroën-Werkes von Aulnay hat sich nicht nur dort das soziale Klima verschlechtert. Gestern wurden auch andere Werke dieser Gesellschaft bestreikt. Der Grund ist die Entlassung von 1909 Arbeitern, die von der CGT abgelehnt wird, während ihr alle anderen Gewerkschaften zugestimmt hatten. Gleichzeitig protestierten sämtliche Gewerkschaften gegen die von dem im Konkurs befindlichen Creusot-Loire-Konzern geplanten 2500 Entlassungen. Im Unterschied zu Citroën hat die Regierung diesen Plan allerdings noch nicht genehmigt. In beiden Fällen werden die Entlassungen nicht sofort wirksam, sondern erst nach zehn Monaten Übergangszeit unter Fortbezahlung von 70 Prozent des letzten Bruttolohnes. Der CGT ist das bei Citroën und allen Gewerkschaften bei Creusot-Loire zu wenig. Auf einen gemeinsamen Nenner läßt sich ihre Haltung wohl nur insoweit bringen, als die Widerstandsfähigkeit der Regierung getestet werden soll.

UNTERNEHMEN / Eine Untersuchung der Industriekreditbank

Mittlere Firmen können auch in der Flaute flexibel und erfolgreich sein

HARALD POSNY, Düsseldorf

In der bisher längsten Rezessionsphase der Bundesrepublik hat der industrielle Mittelstand – entgegen oft zu hörenden Besorgnissen – bewiesen, „daß er in der Substanz gesund und anpassungsfähig genug ist, um heil durch eine Krise zu kommen". Das ist das Ergebnis einer Analyse von Bilanzdaten der Jahre 1980 bis 1982 aus 551 Kundenfirmen der Industriekreditbank – Deutsche Industriebank AG. Rund 25 Prozent dieser Firmen (142) erwiesen sich als ausgesprochen „erfolgreich", das galt selbst für Unternehmen aus konjunkturanfälligen Branchen.

Als „erfolgreich" galt, wer entgegen dem Trend in den Flautejahren eine steigende Betriebsleistung, steigende oder überdurchschnittliche *Cash-flow-Relationen und Gesamtkapitalrenditen* erzielt hatte. Die Unternehmen stammten aus den exportintensiven „Wachstumsbranchen" Maschinenbau, Elektrotechnik und Kunststoffverarbeitung und aus den eher binnenmarktorientierten, gegenüber Flauteneinflüssen besonders empfindlichen Industrien von Gießereien, Steine/Erden und Holzverarbeitung.

Unter den „erfolgreichen" Unternehmen folgten die meisten (87) einer expansiven Strategie (Umsätze und *Marktanteile nahmen zu*), andere „defensive" Unternehmen (41) konzentrierten sich auf die Verteidigung ihrer Ertragslage. Die konnten zwar keine Steigerung der Betriebsleistung vorweisen, erfüllten jedoch die Erfolgs-Kriterien hinsichtlich Cash flow und Gesamtkapital-Rendite.

Der Nettoumsatz aller untersuchten „Expansiven" lag im Durchschnitt zwischen 1980 und 1982 bei 38,3 bis 47,2 Mill. DM, bei den „Defensiven" zwischen 35,8 und 36 Mill. DM.

Die Cash-flow-Relation (in Prozent der Betriebsleistung) stieg von 8,3 (1980) über 9,3 (1981) auf 11,2 Prozent (1982) bzw. von 10,1 über neun auf *10,8 Prozent. Die Gesamtkapital-Rendite* (in Prozent der Bilanzsumme) wuchs von 10,7 über 13,2 auf 17,1 Prozent bei den expansiven Unternehmen, während sie bei den defensiv eingestellten Firmen von 13,2 über 11,8 auf 14,5 Prozent schwankte. Ergo: Die Expansiven haben ihre Umsätze nicht nur innerhalb von zwei Jahren um 23 Prozent gesteigert, sie haben auch ihre Erträge weit mehr aufbessern können als die Defensiven.

Daneben war auch die Beschäftigungsentwicklung bei den „Erfolgreichen" durchweg besser als im Branchendurchschnitt. Dies widerlegt nach Ansicht der IKB-Analysten die Vermutung, der Erfolg dieser Unternehmen in der Rezession beruhe maßgeblich auf einem frühen und überdurchschnittlich starken Arbeitskräfte-Abbau. Im Gegenteil: Jede zweite erfolgreiche Firma hat, so IKB-Vorstandsmitglied Alexander von Tippelskirch, sogar in der Flaute die Belegschaften aufgestockt: „Besonders bemerkenswert ist das Arbeitsplatzangebot bei den expansiven Firmen gewesen."

Beachtlich ist auch der Anstieg der weit überdurchschnittlichen Investitionen bei den „Expansiven" und das auch in den Jahren der Flaute (bis fast fünf Prozent des Umsatzes). Zwar haben die defensiv orientierten Unternehmen ihre Investitionsquoten von über fünf (1980) bis auf 4,8 Prozent des Umsatzes (1982), das Branchenniveau, zurückgeführt, doch verdient dieses Verhalten besonders bei vielfach schrumpfenden Märkten umso mehr Beachtung, als eine höhere Investitionsquote zu hohe Risiken mit sich gebracht hätte. Auslandsinvestitionen haben nur sehr bedingt zum Erfolg beigetragen.

Überraschend war für die Bank die in der Kundenbefragung zutage getretene Erkenntnis, daß 80 bis 90 Prozent der Firmen ihre Programmpalette nicht verkleinert, sondern erweitert hatten. Darüber hinaus spielten wirkliche Innovationen „eine bemerkenswert große Rolle". Jedes zweite erfolgreiche Unternehmen hat auf die Rezession mit echten Innovationen reagiert, unter den „Expansiven" waren es sogar zwei Drittel.

Die Eigenkapitalquoten (in Prozent der Bilanzsumme) haben bei den „Erfolgreichen" das jeweilige Branchenniveau deutlich übertroffen, weniger jedoch bei den Expansiven (von 36 auf 34 Prozent gesunken), als bei den defensiv orientierten Firmen.

PRIVATE BAUSPARKASSEN

Seit einiger Zeit wieder im wirtschaftlichen Aufwind

PETER JENTSCH, Bonn

Die privaten Bausparkassen sind zur Zeit sowohl mit der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch mit der Wohnungspolitik der Bundesregierung sehr zufrieden. Der Geschäftsführer des Verbandes, Joachim Degner, nannte die Bonner Grundsatzentscheidung zur Neuregelung der Besteuerung von selbstgenutztem Wohneigentum „einen Meilenstein der Wohnungsbaupolitik". Jetzt werde der Einsatz von Eigenkapital steuerlich nicht diskriminiert.

Ein erfreuliches Bild zeichnete der Verband von der wirtschaftlichen Entwicklung der Bausparkassen. Nach erheblichen Einbußen in den Jahren 1981 und 1982 liege das Bausparen seit 1983 wie auch im Verlauf dieses Jahres deutlich im Aufwind. Die Zahl der bei den privaten Bausparkassen neu abgeschlossenen Verträge nahm im vergangenen Jahr um 4,7 Prozent und in diesem ersten Halbjahr um 7,9 Prozent zu, der Bausparsumme nach stiegen sie nur um 2,2 und 4,8 Prozent.

Die Zuteilungsfristen (Wartezeit auf Auszahlung von Darlehen und Guthaben) haben sich, wenn auch nur noch geringfügig, weiter erhöht. Wer sofort 40 Prozent seines Vertrages einzahlt (Schnellsparer), muß 48 bis 50 Monate warten. Diese Frist erhöhte sich seit 1980 um ein Jahr. Bei Regelsparern habe sich die Zuteilungsfrist weniger stark verlängert. Ob der 1984 geringere Geldeingang zu noch längeren Wartezeiten führe, lasse sich derzeit nicht übersehen.

Die Leistungen der privaten Bausparkassen in der Finanzierung selbstgenutzter Wohnungen erreichten 1983 und 1984 ein neues Rekordniveau. Im vergangenen Jahr stiegen die Baugeld-Auszahlungen um 11,5 Prozent auf 30,7 Milliarden Mark. Dabei wurde die Abnahme der Zuteilungen um 3,8 Prozent auf 18,7 Milliarden Mark durch die Zunahme der Zwischenkredite um 47,8 Prozent auf 12,1 Milliarden Mark weit überkompensiert. Im ersten Halbjahr 1984 zahlten die privaten Bausparkassen 17,4 Milliarden Mark und damit 5,2 Prozent mehr Baugeld aus.

Der Geldeingang der Branche wuchs im vergangenen Jahr um 4,7 Prozent; im ersten Halbjahr 1984 sank er um 4,8 Prozent. Die Zahl anhängigen und beendigten Zwangsversteigerungen bei den privaten Bausparkassen sei gering. Das führte Degner auf die Neigung der Bausparer zurück, Hausbau oder -erwerb mit ausreichendem Eigenkapital zu finanzieren.

Im Wohnungsbau sehen die Bausparkassen für Mietwohnungen schwarz. Degner: „Mehr als 80 Prozent aller in den nächsten Jahren gebauten Wohnungen werden auf Wohneigentum entfallen." Bis zum Ende der 80er Jahre rechnet der Verband mit einem Neubauvolumen an Eigenheimen und selbstgenutzten Eigentumswohnungen von etwa 280 000 Wohnungen pro Jahr.

Vorreiter Benelux

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Die Benelux-Staaten haben allen Grund zum Feiern. Vierzig Jahre ist es morgen her, daß in London die Konvention unterschrieben wurde, mit der sich die damals noch stark vom Krieg geprägten drei Länder zur Schaffung einer Zollunion verpflichteten.

Der Beschluß wirkt aus heutiger Sicht vielleicht weniger kühn, als er es 1944 war. Immerhin hatte er zur Folge, daß sich der Wiederaufbau Europas von Anfang an im Zeichen offener Grenzen vollzog und daß sich die europäischen Volkswirtschaften – obwohl dies nahelag – nicht gegeneinander abschotteten.

Elf Jahre bevor die Europäische Gemeinschaft daran ging, ihre Binnenzölle zu beseitigen und einen gemeinsamen Außentarif zu schaffen, hatten Holland, Belgien und das Großherzogtum Luxemburg im industriellen Bereich den Gemeinsamen Markt bereits vorweggenommen.

Gewiß wäre der Verbund mit der Zeit noch erheblich weiterentwickelt worden, wenn es inzwischen nicht zur Gründung der Montanunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft *und* von Euratom *gekommen* wäre.

Das Benelux-Modell war zwar weniger anspruchsvoll als das Integrationskonzept der Römischen Verträge, hat aber in vielerlei Hinsicht bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft Pate gestanden. Ausdrücklich sieht der EWG-Vertrag vor, daß die regionale Zusammenarbeit zwischen den Benelux-Staaten sogar intensiver sein kann als die mit den übrigen Partnern. Schon die Väter der EG hatten also die Möglichkeit eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten" bejaht.

Vorreiter der wirtschaftlichen Integration waren die Benelux-Staaten nicht nur beim Zollabbau. Der gemeinsame Außenzoll legte nahe, den einzelnen Staaten auch die Kompetenz für den Abschluß von Handelsabkommen zu entziehen. 1958 wurde ein Vertrag über die Gründung einer Wirtschaftsunion unterzeichnet, wie sie zwischen Belgien und Luxemburg (mit einer Unterbrechung in den Kriegsjahren) bereits seit 1921 besteht. Er hat zwar keine Wunder bewirkt, immerhin aber die Harmonisierung der Steuer- und Wirtschaftspolitik so weit vorangetrieben, daß auf Kontrollen an den Binnengrenzen verzichtet werden konnte.

So ist die Benelux-Union den EG-Partnern inzwischen auch bei der Milderung des „Papierkrieges" im Warenverkehr um eine Nasenlänge voraus. Seit dem 1. Juli dieses Jahres gilt ein einheitliches Warenbegleit-Dokument, das die Vielzahl bisheriger Formulare und Bescheinigungen ersetzen soll und mit 14 Angaben auskommt. Angehalten werden Lastzüge seither nur noch an der Grenze zum Importland. Die Erhebung der Mehrwertsteuer ist bereits seit einiger Zeit auf die Finanzämter im Binnenland verlagert worden. Längere Wartezeiten gibt es nur noch für Agrarprodukte.

Wie die Europäische Gemeinschaft, die über eine supranationale Entscheidungsstruktur und einen gewaltigen Beamtenapparat verfügt, hat auch die Benelux-Union freilich zu spüren bekommen, daß die Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik sehr viel mühsamer ist als die Schaffung einer Zollunion. Als Mißerfolg erwies sich vor allem der Versuch, die beiden Währungen enger aneinanderzuketten.

Im August 1972 beschlossen die Notenbanken der Benelux-Staaten, die zulässigen Wechselkursschwankungen zwischen Franc und Gulden auf 1,5 Prozent zu verengen, während in der damals bestehenden europäischen „Währungsschlange" eine Bandbreite von jeweils 2,5 Prozent galt. Diese Bindung hielt den Zerreißproben nicht stand und mußte 1976 wieder aufgegeben werden. Um so *mehr treten die Benelux-Länder seither* für eine Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) ein.

Für einen weiteren Ausbau der Kooperation spricht vor allem, daß im größeren Rahmen Beschlüsse immer schwieriger werden und daß die bevorstehende Erweiterung der EG die geplante Wirtschafts- und Währungsunion immer unwahrscheinlicher macht. Zu dritt oder zu sechst ist es auf jeden Fall leichter, die Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, als zu zwölft. Auch die „langsameren" Staaten können kaum etwas dagegen einwenden, daß einige Partner ihnen ein Stück vorausgehen und jeweils Impulse zur Nachahmung geben.

AUF EIN WORT



„Auch für den Naturschutz sollte das Prinzip der gesamtstaatlichen Repräsentation gelten. Eine Kulturnation wie die unsere wird später einmal daran gemessen, wie sie mit ihrer Natur umgegangen ist. Nicht die technische Raffinesse, mit der die Naturgüter erschlossen und ausgebeutet werden, sondern der Wille und die Kraft, um eines höheren Zieles wegen die Natur das sein zu lassen, was sie ist, sind ein Maßstab für die geistige Reife einer Nation."

Dr. Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. FOTO: WEREK

DIHT sieht Belebung

rtr, Leipzig

Die deutsche Industrie rechnet nach einem schwachen ersten Halbjahr 1984 im innerdeutschen Handel mit einer Geschäftsbelebeung auf der Leipziger Herbstmesse und ist damit deutlich optimistischer als noch bei Vorlage der Halbjahresbilanz. Abschlüsse werden vor allem in den Konsumgüterbranchen und einigen Investitionsgüterbereichen erwartet, sagte der Leiter der Außenwirtschaftsabteilung der Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Helmut Giseke. Auch in der Chemieindustrie gehe man im zweiten Halbjahr von besseren Geschäften aus.

INSOLVENZEN



Rund 150 000 Arbeitsplätze gingen letztes Jahr verloren

dpa/VWD, Hamburg

Firmenzusammenbrüche haben im vergangenen Jahr zum Verlust von rund 150 000 Arbeitsplätzen geführt. Diese Schätzung machte die Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg. Der gesamtwirtschaftliche Schaden aus Konkursen und Vergleichen (Insolvenzen) liege weit über den Ausfällen der Gläubiger und könnte bis zu 30 Mrd. Mark ausmachen.

Hermes geht davon aus, daß die Zahl der Firmenpleiten in der Bundesrepublik auch in diesem Jahr hoch bleiben wird. Es sei eine Größenordnung auf dem Rekordniveau von 1983 zu erwarten, als die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche bei knapp 12 000 Firmen lag. Die angemeldeten Forderungsausfälle stiegen im vergangen Jahr um 14 Prozent auf 12,2 Mrd. Mark. Darin sind Verluste aus außergerichtlichen Vergleichen, Forderungsverzichte der Gläubiger und Unternehmensliquidationen ohne Insolvenzverfahren nicht enthalten. Auch andere Schäden, wie *zum Beispiel Zinsverluste* der Lieferanten, oder Steuerausfälle, lassen sich statistisch nicht erfassen. Die gesamten Einbußen dürften daher mindestens doppelt so hoch liegen, schätzt Hermes.

Nach dieser Statistik entfielen im vergangenen Jahr 77 Prozent aller Unternehmenszusammenbrüche auf Betriebe, die noch keine acht Jahre Betriebsdauer aufweisen. Doch während hier ein leichter Rückgang (3,6 Prozent) zu verzeichnen war, zeigt der Insolvenzzuwachs bei älteren Unternehmen um 11,1 Prozent, daß auch diese zunehmend gefährdet sind. Für die Insolvenzanfälligkeit eines Unternehmens spielt auch die Rechtsform eine wesentliche Rolle. Die GmbH vereinigt fast die Hälfte aller Insolvenzen auf sich.

BUNDESWERTPAPIERE

Zinsen werden an gesunkene Sätze des Marktes angepaßt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das Bundesfinanzministerium hat gestern die zum Teil an der Obergrenze der Marktsätze liegenden Renditen ihrer Daueremissionen um 0,12 bis 0,25 Prozentpunkte ermäßigt und damit an das seit Anfang August um rund einen viertel Prozentpunkt gesunkene Kapitalmarkt-Zinsniveau angepaßt. Die Papiere wurden gestern letztmalig zu den alten Konditionen verkauft.

Für die 7,75prozentigen Bundesobligationen mit fünfjähriger Laufzeit (Serie 48) wurde der Ausgabekurs von 100,20 auf 100,80 Prozent heraufgesetzt, so daß sich die Rendite von 7,70 auf 7,55 Prozent ermäßigt. Die abgezinsten Finanzierungsschätze des Bundes bringen jetzt bei zweijähriger Laufzeit eine Rendite von 6,70 (bisher 6,90) Prozent.

Die Rendite der Bundesschatzbriefe, die fünf Monate unverändert war, sinkt jetzt beim Durchhalten der Papiere bis zur Fälligkeit von 7,66 auf 7,48 Prozent beim Typ A mit sechsjähriger Laufzeit und jährlicher Zinsauszahlung und von 7,79 auf 7,58 Prozent bei Typ B, dessen Zinsen bei Fälligkeit nach sieben Jahren zusammen mit der Rückzahlung des Kapitals vergütet werden.

Der Nominalzins der Bundesschätzchen, die nach einjähriger Besitzdauer in monatlichen Beträgen von 10 000 Mark wieder veräußert werden können, bleibt in den ersten beiden Laufzeitjahren bei 5,50 bzw. 7,50 Prozent. Im dritten bis fünften Laufzeitjahr wird der Nominalzins um jeweils ¼ Prozentpunkt auf 7,75, acht und 8,25 Prozent ermäßigt und im sechsten und siebten (Typ B) Jahr von neun auf 8,50 Prozent.

Der Rentenmarkt tendierte auch gestern trotz eines von 2,8870 auf 2,9040 DM gestiegenen amtlichen Dollarkurses wieder freundlich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bremen beantragt Hilfe des Bundes

Bonn (dpa/VWD) – Die Freie Hansestadt Bremen hat analog zu der von der Bundesregierung beschlossenen Saarland-Hilfe jetzt eine Forderung über insgesamt 300 Mill. Mark Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen zur Verbesserung ihrer Wirtschaftskraft beim Bund angemeldet. Wie aus einem vom Bundesrat veröffentlichten Gesetzesantrag des Landes Bremen hervorgeht, sollen diese Finanzhilfen in den Jahren 1985 bis 1987 in Jahresbeträgen von jeweils 100 Mill. Mark gewährt werden. Mit den Finanzhilfen sollen insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze oder zum Ersatz von Arbeitsplatzverlusten vornehmlich in der Schiffbau-, Stahl- und Fischindustrie gefördert werden.



Durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Verlängerung des Jahresurlaubs haben sich die jährlichen Freizeit-Stunden der Arbeitnehmer von 2 634 im Jahre 1965 auf 2 970 im vergangenen Jahr vermehrt. Dieses Mehr an freier Zeit ging einher mit einem Mehr an Ausgaben für die Freizeitgestaltung. Der jährliche Freizeit-Etat eines Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen hat sich seit 1965 annähernd verfünffacht. QUELLE: GLOBUS

Proteste bei Citroën

Paris (dpa/VWD) – Mit Arbeitsniederlegungen bei dem französischen Automobilkonzern Citroën erreichten die sozialen Auseinandersetzungen in Frankreich ihren bisherigen Höhepunkt. Mitglieder der kommunistisch orientierten Gewerkschaft CGT legten durch Versammlungen in den Werkshallen die Arbeit der Citroën-Autowerke in Aulnay-sous-Bois nördlich von Paris nieder. Grund für die Aktion der Gewerkschaft sind die geplanten Entlassungen von rund 2000 Citroën-Mitarbeitern.

Rohölimporte gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Rohöleinfuhren der Bundesrepublik sind in den ersten sieben Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 7,2 Prozent auf 40,7 Mill. Tonnen gestiegen. Im Fünfjahres-Vergleich bedeutet dies nach Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, einen Rückgang um 21,2 Mill. Tonnen. Bei einem auf 607,16 Mark je Tonne gestiegenen Durchschnittspreis, das sind 39,78 Mark mehr als vor Jahresfrist, verteuerte sich die Rohölrechnung der Bundesrepublik von Januar bis Juli auf 24,7 Mrd. Mark gegenüber 21,55 Mrd. Mark im Vorjahr.

Milchrente stark genutzt

Bonn (dpa/VWD) – Für die sogenannte Milchrente sind bisher Anträge auf *780 000 Tonnen gestellt und* davon für 700 000 Tonnen bewilligt worden. Die Milchrente wird von der Bundesregierung gezahlt, um die den Landwirten durch den Abbau der Milcherzeugung entstandenen Einbußen auszugleichen. Wie das Bundesernährungsministerium mitteilte, wird die Milchrente in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz relativ am stärksten genutzt. Die Anmeldefrist für die Milchrente läuft am 30. September ab.

Appell der Reeder

Hamburg (rtr) – Für die Unterzeichnung der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland haben sich die Verbände Deutsche Reeder und der deutschen Schiffbauindustrie ausgesprochen. Auf einem vom Institut für Seerecht der Universität Hamburg veranstalteten Symposium wollte dagegen die deutsche meerestechnische Industrie die Unterzeichnung nur unter Vorbehalten akzeptieren, während die deutsche Hochseefischerei von der Unterzeichnung keine Änderung ihrer Lage erwartete.

IRAN

Kräftiger Anstieg deutscher Exporte

dpa/VWD, Hamburg

Iran ist für viele deutsche Unternehmen wieder ein interessanter Handelspartner geworden. Wie die Deutsch-Iranische Handelskammer, Hamburg, in ihrem Tätigkeitsbericht 1983/84 feststellt, hält die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen auch im laufenden Jahr an. Doch stehen dem lebhaften Anstieg der deutschen Exporte, die mit 7,7 Mrd. DM im vergangenen Jahr ihren bisherigen Höchststand erreichten und zu Spannungen führten, iranische Lieferungen in die Bundesrepublik von nur 1,9 Mrd. DM gegenüber. Die Einfuhren aus Iran hatten beispielsweise 1978 noch 4,2 Mrd. DM – bei deutschen Ausfuhren von 6,7 Mrd. DM – betragen. Damals war Iran ein wesentlicher Öllieferant. Die iranische Regierung erwartet heute eine Erhöhung ihrer Exporte in die Bundesrepublik. Aus deutscher Sicht sei allerdings klarzustellen, daß der drastische Rückgang der iranischen Exporte nicht allein Folge der durch die islamische Revolution ausgelösten Veränderungen in der Außenhandelspolitik Irans ist. Unbestreitbar seien auch damals viele der alten Geschäftsverbindungen und Kontakte abgerissen.

LUFTFAHRTSCHAU / 500 Firmen zeigen in Farnborough ihre Produkte – Hoffnung auf Nachfrage-Belebung

Bis 1999 wächst der Umsatz auf mehrere Billionen

W. FURLER, Farnborough

Die Luftfahrtshow im englischen Farnborough – eine der größten der Welt –, die am Sonntag eröffnet wurde und bis zum 9. September dauert, hat 500 Aussteller aus 23 Ländern angezogen. Vor dem Hintergrund einer weltweiten Nachfrage-Belebung in der Luftfahrtindustrie rechnen sich die Aussteller in Farnborough gute Verkaufschancen aus.

So schätzt der Verband der Britischen Luft- und Raumfahrtindustrie, der die Schau organisiert, daß der Umsatz der Hersteller von Luftfahrtgerät in der westlichen Welt bis 1999 die 1000-Milliarden-Pfund-Marke (rund 3,8 Billionen Mark) überschreiten wird. Die britische Luftfahrtindustrie hofft, sich daran einen großen Anteil sichern zu können.

Nach einer Studie aus dem Jahr 1982 ist British Aerospace das größte Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie in der EG, gefolgt vom französischen Aerospatiale und dem ebenfalls britischen Turbinen- und Motorenhersteller Rolls-Royce. Sechs Milliarden Pfund (knapp 23 Mrd. DM) setzten die Unternehmen der britischen Luftfahrtindustrie im vergangenen Jahr um. Davon gingen rund 3,2 Mrd. Pfund in den Export.

Die britische Luftfahrtindustrie umfaßt drei Bereiche von nahezu gleicher Größe: Auf Flugzeuge entfallen 38,3 Prozent des Gesamtumsatzes, auf Flugzeug-Triebwerke 27,7 Prozent und Ausrüstung 31,7 Prozent. Ein vierter Sektor, Raumfahrt, stellt lediglich 2,3 Prozent. Insgesamt beschäftigt der Industriezweig in Großbritannien an die 230 000 Mitarbeiter.

British Aerospace setzte im vergangenen Jahr 2,3 Mrd. Pfund um (62 Prozent Export) gefolgt von Rolls-Royce mit 1,3 Mrd. Pfund (39 Prozent Export), dem Hubschrauber-Hersteller Westland mit 326 Mill. Pfund (knapp 1,24 Mrd. DM, 45 Prozent Export) und dem nordirischen Flugzeugbauer Shorts mit 122 Mill. Pfund (66 Prozent Export).

Die enormen Entwicklungskosten für neue Flugzeuge und Triebwerke haben alle führenden britischen Hersteller zur Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen veranlaßt. So hat British Aerospace Kooperationsabkommen mit deutschen, französischen, spanischen, niederländischen, italienischen, amerikanischen, schwedischen und Schweizer Unternehmen zur Herstellung einer weiten Produkt-Palette vom Airbus bis zum Kampfflugzeug Tornado geschlossen.

Westland baut zusammen mit Agusta (Italien) einen neuen Hubschrauber-Typ (EH 101), Shorts arbeitet mit Fokker (Niederlande) an der Herstellung dessen neuen Kurzstrecken-Flugzeuges F 100 zusammen, und Rolls-Royce entwickelt gemeinsam mit Pratt & Whitney (USA), MTU (Bundesrepublik), Aero Engine Corporation (Japan) und Fiat das neue Triebwerk V 2500 für 150sitzige Jets, also in erster Linie den kommenden Airbus A 320.

Die jüngsten Auftragszahlen sind vielversprechend. Für das vierstrahlige Kurzstrecken-Flugzeug BAe 146 von British Aerospace (82 bis 109 Sitze) liegen gut 80 Festbestellungen und Optionen vor.

Die kleine Turbo-Prop-Maschine Jetstream 31 (19 Sitze) ist bislang 44mal bestellt worden. Am Airbus ist British Aerospace durch den Bau der Tragflächen für alle drei Modelle (A 300, A 310, A 320) beteiligt. Im Militärbereich baut der britische Konzern gemeinsam mit MBB und Aeritalia das Kampfflugzeug Tornado in einer bislang bestellten Stückzahl von 809. Erfolgreich sind schließlich auch das gemeinsam mit einem französischen Konsortium produzierte Jagdflugzeug Jaguar sowie der Senkrechtstarter Harrier.

FRANKREICH / Franc profitiert vom Tourismus

Abwertung kein Thema

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Franc habe seine feste Haltung im Europäischen Währungssystem (EWS) nicht dem starken Dollar, sondern den Erfolgen in der Inflationsbekämpfung zu verdanken, die im Ausland immer mehr geschätzt würden. Dies erklärte Wirtschafts- und Finanzminister Bérégovoy in einem Interview mit dem „Quotidien de Paris" unter Hinweis auf seine vor 14 Tagen in Bonn mit Bundesfinanzminister Stoltenberg geführten Gespräche.

Der Minister widersprach damit der in internationalen Finanzkreisen allgemein vertretenen Auffassung, daß der Franc vor einer neuen Abwertung nur deshalb geschützt sei, weil die D-Mark als wichtigste Währung des EWS gegenüber dem Dollar verhältnismäßig schwach ist. Das liege vor allem an den Kapitalabflüssen in das Hochzinsland USA. Früher oder später müßte es aber wegen der sehr unterschiedlichen Inflationsrate zwischen Frankreich (7,5 Prozent) und der Bundesrepublik (2,2 Prozent) zu einer Paritätsbereinigung kommen.

Während der Ferienzeit wurde der Franc allerdings auch durch die starken Devisenzuflüsse aus dem Touristenverkehr gestützt. Nach Angaben Bérégovoys erbrachte die französische Leistungsbilanz daher im Juli einen Überschuß von mehr als zwei Milliarden Franc nach einem Passivsaldo von 12,5 Mrd. Franc im ersten Halbjahr. Es handelt sich hier um eine saisonbedingte Verbesserung.

Einen wesentlichen Beitrag zur Preisstabilisierung verspricht sich Bérégovoy von dem systematischen Abbau der öffentlichen Defizite. Nachdem er als Sozialminister das Sozialversicherungsdefizit beseitigt hatte, will er jetzt der Defizitwirtschaft der Staatsunternehmen einen Riegel vorschieben und so den Staatshaushalt entlasten.

UNGARN / Die Wirtschaftsreform soll unrentable Arbeitsplätze beseitigen

Erstmals ein Großunternehmen geschlossen

AFP, Budapest

Das Problem der Arbeitsplatzsicherung ist nunmehr auch im sozialistischen Ungarn gestellt. Erstmals seit 1945 wurde die Schließung eines Unternehmens mit 1300 Beschäftigten („IGV") und die Entlassung von 1500 Arbeitnehmern in einem der größten ungarischen Betriebe, dem Glühlampenerzeuger „Tungsram", beschlossen.

Damit wurde die vom Zentralkomitee (ZK) der ungarischen Partei im vergangenen April beschlossene neue Phase der ungarischen Wirtschaftsreform mit dem „Garaus" für ein unrentables Unternehmen und der Weiterführung der industriellen Umstrukturierung in einem anderen Betrieb nunmehr in die Tat umgesetzt. Das ZK hatte damals unterstrichen, daß „die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit die Verminderung und die Abschaffung unrentabler Tätigkeiten fordert". Die beiden im Monat August betroffenen Unternehmen „IGV" und „Tungsram" hatten bedeutende Defizite.

Die 2800 betroffenen Beschäftigten werden jedoch nicht arbeitslos sein, ein Terminus der nach wie vor aus dem Wortschatz des sozialistischen Ungarn verbannt ist. Die lokalen ungarischen Verwaltungen, die auch die Funktion von Arbeitsämtern haben, schicken diese zu Fortbildungskursen oder weisen ihnen andere Arbeitsplätze zu.

Wirtschaftsexperten in Budapest zufolge dürfte es in naher Zukunft zu weiteren Entlassungen kommen. Der neue Kurs sieht vor, daß einerseits die Löhne innerhalb der Unternehmen differenzierter gestaltet werden sollen, so daß es zu einer größeren Mobilität der Beschäftigten zwischen den einzlenen Unternehmen komme. Außerdem soll das Steuersystem der Unternehmen geändert werden, so daß der Lohnsteuer in Zukunft eine größere Bedeutung zukommen soll.

Die Diskussion über die Arbeitsplatzsicherung ist in Ungarn offen geführt worden. Der für Wirtschaftsfragen verantwortliche ZK-Sekretär Ferenc Havasi gestand ein, daß der Widerspruch zwischen der Vollbeschäftigung, „einer unserer anziehendsten sozialistischen Wertvorstellungen" und der Effizienz der Wirtschaft nicht gelöst worden sei. Für den ZK-Sekretär ist die Vollbeschäftigung „die Aufgabe des sozialistischen Staates, während die Rentabilität des einzelnen Beschäftigten zu den Aufgaben des Unternehmens gehört". Die Gewerkschaften scheinen mit diesen Maßnahmen einverstanden zu sein.

Israel: Weiterer Devisenverlust

rtr, Jerusalem

Die israelischen Devisenreserven sind weiter unter die von der Regierung als Minimum angesehene Drei-Milliarden-Dollar-Marke gefallen. Nach den von der Notenbank veröffentlichten Daten sanken die Devisenreserven im August um 192 Mill. Dollar auf nur mehr 2,41 Mrd. Dollar. Im entsprechenden Vorjahresmonat wären noch Reserven über 3,52 Mrd. Dollar ausgewiesen worden.

Bei einer galoppierenden Inflation von 400 Prozent liefen die Notenpressen im August auf Hochdruck. Im Berichtsmonat seien Geldscheine in der Rekordhöhe von 135,4 Mrd. Schekel (etwa 400 Mill. Dollar) gedruckt worden, erklärte die Notenbank. Reserven über drei Mrd. Dollar werden als notwendig angesehen, um die wichtigsten Rohstoffimporte für drei Monate finanzieren zu können.

GROSSBRITANNIEN / Umfrage bei der Industrie

Investitionen nehmen zu

WILHELM FURLER, London

Der britische Industrieverband CBI sagt für Großbritannien weiterhin eine nur langsame Belebung der Konjunktur voraus, die allerdings voraussichtlich bis mindestens zum Frühjahr 1986 andauern und bis dahin rund 500 000 neue Arbeitsplätze bringen wird. Das bescheidene Wirtschaftswachstum in diesem Jahr von 2,5 Prozent wird sich im kommenden Jahr nur unwesentlich auf 2,75 Prozent verstärken, glaubt der CBI. Die Arbeitslosigkeit werde nur geringfügig abnehmen, da die arbeitsfähige Bevölkerung deutlich zunimmt.

Die jüngste Umfrage des CBI bei rund 1700 Mitgliedsunternehmen der verarbeitenden Industrie läßt noch keinen Vertrauensschwund erkennen. Allerdings wurde die Befragung vor dem Beginn des zweiten Arbeitskampfes in britischen Häfen innerhalb von nur sechs Wochen vorgenommen. So warnt die CBI-Führung, daß eine auch nur teilweise Hafen-Blockade viele tausend Arbeitsplätze gefährde.

Das anhaltende Vertrauen der Unternehmer in die wirtschaftliche Entwicklung trotz der Streiklage dürfte vor allem mit der Umkehr des scharfen Zinsanstiegs vom Juli sowie mit der Stabilisierung der britischen Währung trotz des Zinsrückgangs innerhalb weniger Tage von zwölf auf 10,5 Prozent zu erklären sein.

Der CBI sagt für dieses Jahr einen Anstieg der Investitionen in der verarbeitenden Industrie um 13,75 Prozent voraus, dem 1985 ein Anstieg um acht Prozent folgen sollte. Allerdings hat das Investitionsvolumen in der verarbeitenden Industrie 1983 noch um 26 Prozent unter dem von 1980 gelegen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Hans-Rudolf Scheller (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prochak

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

MANNESMANN / Ertragslage weiter unbefriedigend

Auslandsnachfrage besser

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der schon vor einem Monat auf der Hauptversammlung als „noch nicht zufriedenstellend" apostrophierten Ertragslage des Mannesmann-Konzerns fügt Vorstandsvorsitzender Prof. Franz Josef Weisweiler im Halbjahresbericht lediglich den Hinweis an, die Ertragslage habe sich durch die insgesamt günstigere Geschäftsentwicklung und die Auswirkung von Anpassungsmaßnahmen verbessert. Zur Zeit sei noch ungewiß, schreibt Weisweiler, ob die Abschwächung von Inlands-Auftragseingängen in den letzten Monaten die Belebung seit der Jahreswende 1982/83 beendet habe oder ob sich in erster Linie Folgen der Arbeitskämpfe vorübergehend auswirkten.

Wesentlich besser hätte sich die Nachfrage aus dem Ausland für Mannesmann entwickelt. Unzufrieden ist der Konzern weiterhin mit dem Abschneiden der Röhrenwerke. Die Gruppen Brasilien, Demag, Rexroth und Kienzle haben ihre Ergebnisse verbessert. Ähnlich gut wie im Vorjahr war die Ertragslage bei den Gruppen Anlagenbau und Hartmann & Braun sowie im Handel. Der eher skeptische Unterton zur Konzernentwicklung erhärtet die Erkenntnis von der Hauptversammlung, daß mit einer raschen und deutlichen Dividendenerhöhung (für 1983: 4 nach 6 DM je 50-DM-Aktie) nicht zu rechnen ist.

Röhrenwerke, Brasilien und Demag haben im 1. Halbjahr 1984 ihren Auftragseingang „erheblich" gesteigert, was vor allem der Auslandsnachfrage zu verdanken war. Der Außenumsatz des Konzerns lag mit 7 Mrd. DM um 12 Prozent über dem Vorjahr. Fast 3,2 Mrd. DM (plus 16 Prozent) betrafen den Export inländischer Unternehmen, womit der Exportanteil am Umsatz auf 58 (52) Prozent wuchs. Das gesamte Auslandsgeschäft erreichte 68 (60) Prozent.

Die Rohrproduktion stieg nur um zwei Prozent auf 1,5 Mill. t, die Rohstahlproduktion um 10 Prozent auf 2,08 Mill. t. Die Leistung von Maschinen- und Anlagenbau erhöhte sich auf 3,75 (3,4) Mrd. DM. Die Sachanlage-Investitionen lagen mit 284 Mill. DM leicht über dem Vorjahr, die Zahl der Mitarbeiter nahm um 6 700 auf 102 000 ab.

CONTIGUMMI / Absatzausfall im Inland durch Export mehr als ausgeglichen

Harter Wettbewerb bei Ersatzreifen

INGE ADHAM, Frankfurt

Der knallharte Wettbewerb im Ersatzgeschäft von Autoreifen dürfte in diesem Herbst noch härter werden. Denn die großen Reifenhersteller, denen der Streik in der Automobilindustrie erhebliche *Ausfälle in der Erst*ausrüstung brachte, haben in der Regel weitergearbeitet. Die von der Automobilindustrie nicht benötigten Reifen drängen jetzt auf den Ersatzmarkt, der ohnehin stagniert. Denn immer seltener ist dank der erreichten längeren Laufleistung der Reifen eine zweite Garnitur Reifen überhaupt erforderlich.

Allenfalls 18,1 Mill. Ersatzreifen für Pkw wird die Branche in diesem Jahr in der Bundesrepublik verkaufen; das sind nur 100 000 Stück mehr als 1983. Ähnlich sieht es in allen westeuropäischen Ländern aus. Auch das Geschäft mit der Erstausrüstung stagniert nach Schätzungen der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, in diesem Jahr bei 18,8 Mill. Stück; die Streikausfälle werden sich nicht voll aufholen lassen. In ganz Westeuropa sieht es mit einer Steigerung auf 54,6 (53,2) Mill. Pkw-Reifen bei der Erstausrüstung nach dieser Schätzung etwas besser aus. Dazu kommen etwa 5,6 (5,4) Mill. Lkw-Reifen in der Erstausrüstung und unverändert rund 11,5 Mill. im Lkw-Ersatzgeschäft.

Noch unangefochten Nummer eins am europäischen Reifenmarkt ist mit einem Anteil von rund 35 Prozent die Gruppe Michelin/Kleber; in weitem Abstand (Anteil rund 13 Prozent) folgen annähernd gleichauf Pirelli, die europäische Goodyear und Continental/Uniroyal. Weiter zurück liegt Dunlop, von der Branche nach dem Engagement der japanischen Sumitomo mit Argusaugen beobachtet.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der von der Branche *auf rund* zehn Prozent geschätzten Überkapazität in Europa wird klar, daß mit schnell wirksamen Preiserhöhungen die Erfolgsrechnungen der Reifenhersteller nicht verbessert werden können. Die Anbieter sehen ihr Heil in schnellen „Spezialitäten", wo der Ertrag noch eher stimmt. Auch dieser Bereich – in der Bundesrepublik wurden im Ersatzgeschäft im vergangenen Jahr insgesamt rund 7,2 Mill. Hochleistungs- und Winterreifen verkauft – ist inzwischen hart umkämpft.

Eine völlige Veränderung der Lage verspricht sich Continental (in Deutschland mit der zur Gruppe ge*hörenden Uniroyal Marktführer*) vom „Conti-Reifen-System", das von einer völlig neuen Felge ausgeht. Bis zur Marktreife braucht es aber noch drei Jahre, schätzt das für Marketing Reifen verantwortliche Conti-Vorstandsmitglied Wilhelm Schäfer; auf der nächsten IAA werde aber bereits „mindestens" ein neues Automodell mit dem neuen System ausgerüstet sein, für das Conti noch einen Produktionspartner sucht. Die Entwicklungskosten betragen 80 Mill. DM.

Der Conti-Konzernumsatz stieg im ersten Halbjahr um 1,3 Prozent auf 1655 Mill. DM. Davon entfallen 987 Mill. DM auf Reifen (inkl. Uniroyal). Die Steigerung um fünf Prozent gegenüber der Vorjahreszeit war trotz des streikbedingten Absatzausfalles von rund 500 000 Reifen möglich, da man Exportchancen, vor allem nach den USA, nutzte, betont Schäfer; der Ertrag liege auf Vorjahresstand.

COALTECH / Industrie steigt auf Kohle um

Chancen am Wärmemarkt

HANS BAUMANN, Essen

Da die Kohle ein sicherer und billiger Energieträger bleiben wird, haben sich viele Industrieverbraucher bereits entschlossen, von Öl und Gas auf Kohle umzusteigen. Dies teilte Prof. Werner Peters, Geschäftsführer der Bergbau-Forschung GmbH und Vorsitzender des Fachbeirates der Coal Technology '84, die vom 4. bis 6. September in Essen stattfindet, vor der Presse mit. Besonders in Frankreich und in England werde diese Umstellung öffentlich gefördert.

Die Preise für Erdgas und Öl hätten den Zeitpunkt der Substitution dieser Energien durch Kohle lediglich hinausgeschoben. Daher sei eine Fortsetzung der bisherigen Kohlepolitik unabdingbar. Bei der Stromerzeugung werde die Kohle mehr und mehr in den Mittellastbereich ausweichen, „wenn die teilweise ehrgeizigen Pläne zum Ausbau der Kernenergie realisiert werden können", merkte Peters an.

Mittelfristig scheine der einzige Weg, zusätzlich größere Mengen Kohle abzusetzen, nur über den Wärmemarkt zu führen. Wegen der harten Preiskonkurrenz, „vor allen Dingen mit Gas", werde die Umstellung auf Kohle aber nur langsam verlaufen.

Zurückhaltend beurteilt die Forschung die Herstellung synthetischer Brennstoffe durch Vergasung und Verflüssigung. Die Erzeugung von Synthesegas sei allerdings bei den Neuanlagen auf Basis Steinkohle wirtschaftlicher als mit schwerem Heizöl oder mit Naphta (Rohbenzin). Braunkohle könne hier sogar mit dem Erdgas konkurrieren, was der Bau zweier Großanlagen von Rheinbraun beweise.

Peters räumt der Kohle auch große Chancen wegen ihrer modernen Umwelttechniken ein. Dazu gehöre auch die Wirbelschichtfeuerung, für die bereits in der Bundesrepublik 1300 Megawatt im Bau oder in Planung seien. Eine neue Komponententestanlage, die Restprobleme der Entschwefelung lösen soll, geht bald in Essen in Betrieb.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund steht die Coaltech '84 in Essen, bei der es allein um die Kohlenutzung – also Verfahrenstechniken – geht und nicht um den eigentlichen Bergbau. Es ist die vierte Veranstaltung dieser Art der europäischen Kohleindustrie und Kohlenutzer. 56 Referate werden auf elf Veranstaltungen gehalten. Schirmherr der Veranstaltung ist der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Reimut Jochimsen. Coaltech '85 wird im nächsten Jahr im englischen Birmingham stattfinden.

ÄRZTE- UND APOTHEKERBANK / Neue Mitglieder

Stärker in Finanzberatung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das außergewöhnlich starke Wachstum der Deutschen Ärzte- und Apothekerbank e.G., Düsseldorf, deren Kürzel „Apo-Bank" nach anfänglichem Schaudern nun auch Eingang in offizielle Papiere der „Bank für die Heilberufe" gefunden hat, kann leicht, so der Vorstandsvorsitzende Walter Schlenkenbrock, dahin gedeutet werden, als lasse die Einkommensentwicklung der Ärzte, Tierärzte und Apotheker bei der Investitionsplanung für Praxisniederlassungen weiter aus dem vollen schöpfen. „Die Bank legt vielmehr besonderen Wert darauf, durch objektive Beratung, durch Planungshilfen und Betreuung einen Beitrag zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Niederlassung zu leisten und die Finanzierung nicht am Wünschenswerten, sondern am tatsächlich Erforderlichen auszurichten." Daneben sicher auch am finanziell Möglichen.

Immerhin ist auch die Zahl der Mitglieder dieser von der Bilanzsumme her größten deutschen Primär-Genossenschaftsbank um 2000 auf 56 500 gewachsen, die Zahl der Kunden (neben 100 000 Angehörigen der Heilberufe etwa 10 Prozent andere Freiberufler) wuchs sogar um 5000. Und diesen Erfolg führt Schlenkenbrock nicht zuletzt auf die Intensivierung des Wertpapierbereichs, des Auslandsgeschäfts und der Maßnahmen zu noch schnellerem elektronischem Zahlungsverkehr, insbesondere bei Honorarzahlungen, zurück.

Das vor mehr als 35 Jahren gegründete Institut mit 40 Filialen in 30 Städten hat sich über „ständige Begleitung" im Finanzierungsbereich mit seinen Analysen und seinem Finanz-Know-how fast unentbehrlich gemacht. Sogar das Leasing-Geschäft wird über die 1982 gegründete Apo-Leasing-GmbH betrieben.

Die herausgelegten Apo-Kundenkredite erreichten 1983 einen neuen Höchststand. Die echte Kreditleistung wird jedoch erst unter Berücksichtigung der wieder ausgeliehenen Rückflüsse im Darlehensbereich (789 Mill. DM) deutlich. Mit diesem Beitrag erreichten die Neuausleihungen *in den Schwerpunkten Existenzgrün*dung und Baufinanzierung das Volumen von 1,5 (1,1) Mrd. DM. Das Wachstum der Kundeneinlagen hat die Geschäftspolitik bestätigt, nicht nur mit Anlageformen wie der Apo-Bank-Inhaberschuldverschreibung die Refinanzierung des Kreditgeschäfts sicherzustellen, sondern zur Ersparnis- und Rücklagenbildung sowie zur Liquiditätsvorsorge der Kundschaft beizutragen.

Das gute Ergebnis der Bank spiegelt sich in dem auf 117 (103) Mill. DM gestiegenen Betriebsergebnis wider, das neben der erforderlichen Stärkung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft aus dem Jahresüberschuß von 22 (18,7) Mill. DM 15 (12) Mill. DM in die Rücklagen fließen läßt. Die Dividende beträgt unverändert 6 Prozent.

Zur Jahresmitte 1984 liegen das Kreditvolumen bei 4,6 und die Kundeneinlagen bei fast 5,2 Mrd. DM. Die Bilanzsumme blieb mit 6,5 Mrd. DM trotz des Anstiegs der Kundeneinlagen nahezu konstant, da die Bankengelder abgebaut wurden.

APO-Bank	1983	±%
Gelder von Banken (Mill. DM)	1397	+43,2
Gelder von Kunden	4238	+11,8
Forder. an Banken	1097	+41,0
Forder. an Kunden	4399	+17,0
Kreditvolumen	4830	+16,5
Bilanzsumme	6573	+19,5
Geschäftsvolumen	6871	+18,6
Zinsüberschuß	181	+ 6,5
in % d. Bil.-Summe	2,8	(3,1)
Provisionsüberschuß	20- 11,3	+33,3
Eigenkapital	303	+ 5,5
in % d. Bil.-Summe	4,6	(5,2)
in % d. Verbindlk.	4,8	(5,5)
Liquide Mittel	1029	+ 6,1
in % d. Verbindlk.	16,4	(18,6)

Übernahmeschlacht in Großbritannien

J. BRECH, Hamburg

Der niederländisch-britische Lebensmittelkonzern Unilever plant eine erhebliche Ausweitung des Geschäfts durch Zukauf. So wird der englische Zweig des Konzerns, Unilever plc, ein Barangebot zur Übernahme des Aktienkapitals der Brooke Bond Group plc machen. Brooke Bond ist ein bedeutendes englisches Unternehmen für Tee, Fleisch, Suppenwürfel und andere Lebensmittel. Die Höhe des Angebots beträgt 114 Pence je Aktie von nominal 25 Pence. Für den vollen Aufkauf müßte Unilever, das bereits 4,8 Prozent von Brooke Bond besitzt, rund 1,5 Mrd. Gulden aufwenden.

Zur Übernahme von Brooke Bond liegt bereits ein Angebot des englischen Zuckerkonzerns Tate & Lyle plc vor, dessen Wert Ende vergangene Woche bei 104 Pence lag. Die Bezahlung soll zum Teil in Aktien von Tate & Lyle erfolgen. Der Wert der Brooke-Bond-Aktie ist seit dem Bekanntwerden dieser Übernahmepläne auf 75 Pence gestiegen.

Mit Brooke Bond würde Unilever nahezu 6 Prozent seines Weltumsatzes von knapp 60 Mrd. hfl zukaufen. Brooke Bond hat im Geschäftsjahr *1983* rund *914* Mill. Pfund Sterling (etwa 3,5 Mrd. DM) umgesetzt und einen Gewinn vor Steuern von knapp 170 Mill. DM erzielt. Vom Umsatz werden 60 Prozent in Europa, 17 Prozent in Nord- und Südamerika, gut 6 Prozent in Afrika und 17 Prozent in Asien, Australien und Neuseeland abgewickelt. Der Gruppe gehören ferner Tee- und Holzplantagen. Beschäftigt werden 62 000 Mitarbeiter.

Geografisch würden sich Unilever und Brooke Bond vor allem im Teegeschäft gut ergänzen. Brooke Bond ist führend am englischen Teemarkt, auf dem Unilever praktisch nicht vertreten ist. Den schwachen Positionen von Brooke Bond in den USA stehen stärkere Marktanteile der Unilever-Tochter Lipton gegenüber.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Umsatz wächst wieder

Bielefeld (hdt.) – Das Zwischenhoch auf dem Bausektor hat 1983 nicht nur die vorübergehende zweijährige Umsatzstagnation bei der Schüco Heinz Schürmann GmbH & Co., Bielefeld, beendet, sondern wieder für ein erhebliches Plus gesorgt. Der Gesamtumsatz des Herstellers von Alu-Fenstern und -Fassadensystemen stieg im angelaufenen Geschäftsjahr um 18 Prozent auf 494,4 (418,7) Mill. DM, Zuwachsraten im Exportbereich eingeschlossen. Das zur Otto-Fuchs-Gruppe, Meinerzhagen, gehörende Unternehmen investierte 7 Mill. DM. Beschäftigt wurden zum Jahresende 1227 (1215) Mitarbeiter.

Höheres Einkaufsvolumen

Rendsburg (VWD) – Die Aldro GmbH & Co. KG, Rendsburg, ein Zusammenschluß von 81 selbständigen Parfümerien mit 140 Filialen in der Bundesrepublik, hat 1983 das über sie abgerechnete Einkaufsvolumen auf 72 (62) Mill. DM erhöht. Der Umstz der zur Gruppe gehörenden Geschäfte ging gleichzeitig auf 255 (280) Mill. DM zurück. Neben dem gemeinsamen Einkauf gehören betriebswirtschaftliche Beratung, Werbung und EDV-Beratung zu den Aldro-Leistungen. Um im scharfen Wettbewerb besser bestehen zu können, haben sich die sieben zur Gruppe gehörenden Drogeriemärkte 1984 einem großen Einkaufskontor angeschlossen.

Härtere Zeiten erwartet

Rheda (hdt.) – Die Westag & Getalit AG, Rheda-Wiedenbrück, Zulieferer für den Bausektor, meldet für das laufende Jahr eine wenig erfreuliche Entwicklung. Während 1983 der Umsatz noch um 8,7 Prozent auf 118,8 Mill. DM gestiegen war und auch im ersten Quartal ein Plus von 7,3 Prozent erzielt wurde, ist seit April eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, die den Zuwachs inzwischen aufzehrte. Ursache ist die nicht mehr ausreichende Nachfrage nach Bauleistungen. Bei der Westag & Getalit AG rechnet man vorerst nicht mit einer Änderung dieser negativen Entwicklung. Obwohl der Halbjahresüberschuß noch schwarze Zahlen aufweise, könne man auch noch nicht über eine Dividende sprechen.

„Grüner Markt" in Köln

Düsseldorf (Py.) – Rund 770 Unternehmen beteiligen sich an der Internationalen Gartenfachmesse vom 9. bis 11. September 1984 in Köln. Sie geben einen lückenlosen Überblick über das Angebot der Gartenbedarfsindustrie. Der Auslandsanteil am Gesamtangebot beträgt 50 Prozent. Belegt sind insgesamt 76 000 qm Ausstellungsfläche.

Veränderungen bei Pittler

Frankfurt (VWD) – Die seit 1983 zu 75 Prozent zu Gildemeister gehörende Pittler Maschinenfabrik AG, Langen, steht vor Veränderungen im Vorstand. Der Pittler-Vorstandsvorsitzende Hans-Georg Schuhbauer scheidet Ende September aus. Als Nachfolger ist Dieter Weidemann vorgesehen, der bisher dem Pittler-Aufsichtsrat angehörte und seinen Vorstandssessel bei Gildemeister in Bielefeld aufgeben wird. Zum weiteren Vorstandsmitglied bei Pittler wird der Langener Konstruktionschef Frank Baumbusch berufen.

Personalien

Hans-Heinrich Campen, 54, seit sechs Jahren Pressechef der Horten AG, Düsseldorf, verläßt das Unternehmen zum Jahresende und wird am 1. Januar 1985 Direktor für Öffentlichkeitsarbeit des Hertie-Konzern, Frankfurt. **Fritz L. Frieauff**, Leiter des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit bei Hertie, scheidet dort zum Jahresende aus.

ELLEN BETRIX / Marktführer bei Depotkosmetik

Zweistelliges Umsatzplus

adh. Frankfurt

Eine „grundsolide Finanzpolitik" und das Bemühen um „höchste Qualität der Produkte zu einem angemessenen Preis" sieht die Familiengruppe Betrix (Marke: „Ellen Betrix") als Basis für ihren „konstanten Erfolg". Die international tätige Kosmetik-Gruppe, die in diesem September ihr 50jähriges Bestehen feiert und seit 25 Jahren in Dreieich-Sprendlingen bei Frankfurt produziert, hat ihren Umsatz innerhalb von 25 Jahren von 2,4 Mill. DM (1959) auf 205 Mill. DM (1983) gesteigert. Seit zehn Jahren ist Ellen Betrix damit Marktführer bei Depotkosmetik in der Bundesrepublik.

Auch im Jubiläumsjahr, so teilt das Unternehmen mit, habe mit zweistelligem Umsatzplus im ersten Halbjahr sowohl in den Auslandgesellschaften als auch in der Bundesrepublik die positive Entwicklung angehalten; 1983 wurden knapp 76 Mill. DM Umsatz (plus 7,5 Prozent) im Ausland erzielt, während das deutsche Geschäft mit einer Rate von plus 12 Prozent deutlich stärker als der Gesamtmarkt zulegte. Diese positive Entwicklung bescherte dem Familienunternehmen einen kräftigen Ertragssprung, der den – traditionell nicht genannten Gewinn – auf seinen bisherigen Höchststand brachte.

Die rund 1400 Beschäftigten, davon knapp 1000 in der Bundesrepublik, partizipieren im Jubiläumsjahr daran mit einem gestaffelten Bonus; die Verbundenheit mit dem Standort dokumentiert eine 50 000-Mark-Spende zur Förderung der Jugendarbeit.

Nachfrage nach Mannesmann

Sonderbewegungen bei den Aktien zum Monatsbeginn

DW. – Obwohl wegen des Labor Day in den USA von den US-Börsen keine Anregungen zu erwarten waren, blieb die Tendenz an deutschen Aktienmarkt freundlich. Die bisherigen Favoriten gerieten mehr und mehr in den Hintergrund. Der Schwerpunkt der Nachfrage verlagerte sich auf Papiere wie Mannesmann, Hoesch und Thyssen, die als Technologiewerte – so Mannesmann – wie auch als Maschinenbauwerte gelten können. Nachfrage bestand ferner nach Spitzenpapieren der Versicherungswirtschaft.

Bei Mannesmann erinnert man sich daran, daß alle Bereiche des Konzerns bis auf die Großröhrenfertigung jetzt schwarze Zahlen schreiben. Unter lebhaften Umsätzen wurde der Kurs hier deutlich heraufgesetzt. Kali + Salz setzten ihren in der Vorwoche begonnenen Anstieg fort. Die teilweise erbittert geführten Auseinandersetzungen über die Umweltverträglichkeit mancher Grundchemikalien hemmen die Aufwärtsbewegung bei den Papieren der Großchemie. Banken profitierten von den besseren Rentenkursen, die ihnen Abschreibungen auf die Effektenportefeuilles ersparen werden. Das Wandelbezugsrecht der Deutschen Bank blieb auch mit 4,10 DM noch weiter unter der rechnerischen Parität. Im Versicherungsbereich kletterten Allianz zweistellig auf 900 DM und Aachen Münchner-Beteiligung um rund 20 DM und überschritten damit erneut die Marke von 1000 DM.

Düsseldorf: Bilfinger und Gildemeister erhöhten sich je um 3 DM, Hageda konnten sich ebenfalls um 3 DM auf 100 DM verbessern, und Schiess zogen um 5 DM auf 113 DM an. Audi NSU verminderten sich um 5 DM auf 260 DM, Heinrich gaben um 4 DM auf 375 DM nach, und VDN sanken um 4 DM.

Frankfurt: Großbanken konnten sich bis zu 5 DM verbessern, am stärksten Deutsche Bank, die wieder 330 DM überschritten. Bei den Versicherungen blieben Deutsche Conti Rück 3550 DM minus 100 DM und Thuringia 850 DM plus 20 DM. Kupferberg zogen um 20 DM und Südzucker um 5 DM an.

Hamburg: Von den Versorgungswerten verbesserten sich HEW auf 84,50 DM, NWK-Vz. lagen weiterhin bei 181 DM unverändert. NWK St. wurden zu 193,50 DM notiert. Phoenix Gummi und Triton gaben je um 1 DM nach.

München: Etienne Aigner fielen um 1,50 DM auf 227,50 DM, Dywidag sanken um 4 DM auf 149 DM, und Flachglas verminderten sich um 2,90 DM auf 222,10 DM. Agrob St. stiegen um 3 DM, Erlus AG konnten sich um 5 DM auf 475 DM verbessern, und Leonische Draht befestigten sich um 2 DM.

Berlin: Rheinmetall wurden um 8 DM, Koetitzer Leder um 5 DM und Engelhardt um 3 DM heraufgesetzt. Detewe konnten sich um 2,50 DM und Kempinski um 2 DM verbessern. Berthold ermäßigten sich um 5,50 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 144,7 (144,3)
WELT-Umsatzindex: 2795 (2040)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

		3. 9.	31. 8.
H	AachM Beteil. 9+2,5	1012	990
H	Aach. M. Vers. 7	325G	320
D	Aach. Rück. 9	935	925
D	Aesag *4	480G	480bG
M	Ack-Gögg 4	107	108
H	Adca 0	106G	106
D	Adler 9	300G	290G
F	Adt AG 4	106	108
F	AEG-Telef. 0	90,6	90,6
D	AEG-Kabel 8	250	246bG
S	Aesculap 8	322bB	320bG
H	Br. H. Hypo 10	307G	306G
Hn	Brech. Jute *0	98G	98G
H	Breitenb.-C. *28	560T	560T
H	Br. Straßb. *0	540T	540T
H	Br. Vulkan 0	63,9	63bG
H	Br. Wollk. 6	126	125,1
F	BBC 6	194,8	196,5
S	BSU Textil %20	1290G	1290G
D	Buckau-W. 4,1	127T	124
D	Buderus *12	402	400G
M	Bgl. Br. Ing. *11+1	750G	750G
S	Bgl. Brh. Rav. *0	330	340
S	Calw D. **30+18	760TG	750TG
M	En. Oberfr. 4,5	230G	229bB
M	En. Ostb. 5+1	240bG	248bG
H	Elkraft 0	35bG	35
B	Engelhardt 7	225T	222B
D	Enka 6,67	158	154,5
M	Erlus 10	475	470B
M	Erste Kulmb. 9	1000bB	1008bB
S	esbi *0	14,5bG	15,6bB
S	Essl. Masch. *6	225G	–
M	Esterer **16	527G	527
D	Farb. Liqu. RM 0	7,7G	7,7bG
F	Flachglas 8	220	225
D	Ford *0	1050T	1050T
H	Holsten-Br. 6+1	257	258
F	Holzmann 10	391	399
D	Horten 6	166,5	167exD
B	Hw. Kayser *12	251bG	245
D	Hussel 8	254	252,5
D	Hutsch. Hag. 0	58T	58bG
M	Hutschenr. 9	226	225
H	Hypo Hbg. 12,5	416	416
D	IKB 7	180	171
B	IWKA 0	252	253,6
M	Isar-Amper 6,5+1	291bG	291G
D	Isenbeck *9,5	133bB	135T

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

	31. 8.	30. 8.
Eastman Kodak	75,125	75,125
Exxon	45	43,25
Fabergé	–	–
Firestone	18	18
Fluor	16,50	16,50
Ford	42,875	42,50
Foster Wheeler	11,125	12
Fruehauf	35,625	35,375
GAF Corp.	23,125	23,75
General Dynamics	64,50	65,375

	31. 8.	30. 8.
Prime Computer	18,375	18,75
Procter & Gamble	56	56,25
RCA	35,875	36
Revlon	37,375	37,75
Reynolds Ind.	62,375	62,375
Rockwell Int.	30	29,875
Rorer Group	32	31,75
Schlumberger	48,25	48,625
Sears, Roebuck	35,75	35,50
Shell Oil	55,50	55,25

Toronto

	31. 8.	30. 8.
Cominco	16	14,125
Conwest Res.	3,35	3,50
Denison Mines	18,125	17,875
Dome Petroleum	2,90	2,34
Domtar	32	32,50
Falconbridge Ltd.	75,125	74,75
Great Lakes Forest	88,50	89,50
Gulf Canada	18,50	18,50
Gulfstream Res.	0,71	0,70

London

	31. 8.	30. 8.
Burmah Oil	188	189
Cadbury Schweppes	156	155
Charter Cons.	245	245
Cons. Gold. Fields	50G	514
Cons. Murchison	680	720
Courtaulds	120	120
De Beers $	585	5,85
Distillers	294	298
Driefontein $	31,62	31,75
Dunlop	42	42

Mailand

	31. 8.	30. 8.
dgl. St.	5970	5940
Pirelli SpA	1840	1880
Rinascente	473,75	464,50
RAS	51380	51900
S. A. I.	11950	12040
SIP	1978	1998
Snia Viscosa	1840	1870
STET	2171	2225
Index	–	220,95

Wien

	31. 8.	30. 8.
Österr. Brau AG	–	302
Perlmooser	343	341
Reininghaus	405	405
Schwechater Br.	155	155
Semperit	90	–
Steyr-Daimler-P.	142	141
Universale Hoch/Tief	–	205
Veitscher Magnesit	215	214
Index	53,57	53,25

Kopenhagen

	31. 8.	30. 8.
Den Danske Bank	255	255
Jyske Bank	498	495
Kopenh. Handelsbk.	259	258
Novo Industri	1970	1945
Privatbanken	229	230
Ostasiat. Komp.	190	172
Dan. Sukkerfabr.	640	650
For. Bryggerier St.	895	905
Kgl. Porz. Fabr.	410	410

Brüssel

	31. 8.	30. 8.
Ebes	2760	2750
Gevaert	3400	3400
Kredietbank	7050	7000
Petrofina	7540	7500
Soc. Gén. d. Belg.	1900	1890
Sofina	6980	6890
Solvay	4510	4510
UCB	5370	5328
Index	–	–

Singapur

	31. 8.	30. 8.
Cold Storage	3,34	–
Dev. Bk. of Sing.	7,95	7,90
Fraser + Neave	5,85	5,90
Kl. Kepong	2,48	2,48
Mal. Banking	9,10	–
Nat. Iron	4,20	4,28
OCBC	7,80	9,75
Sime Darby	2,12	2,18
Singapur Land	4,00	4,24
Ut. Overs. Bank	4,76	4,76

Sydney

	31. 8.	30. 8.
Myer Emporium	1,90	1,92
North Broken Hill	2,25	2,28
Oakbridge	0,88	0,90
Peko Wallsend	4,90	4,95
Poseidon	3,05	3,15
Thomas Nat. Tr.	1,95	1,97
Waltons Bond	0,56	0,57
Western Mining	3,25	3,36
Woodside Petr.	1,18	–
Index	730,60	733,20

Optionshandel

Frankfurt: 3. 9. 84: 562 Optionen = 29 150 (23 800) Aktien, davon 113 Verkaufsoptionen: = 6000 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/1,65, 1-85/5, 1-100/3,5, 4-110/3, BASF 1-160/6,9, 1-170/3,5, 4-160/10, 4-170/6,4, Bayer 10-170/2,5, 1-160/14,5, 1-170/8, 1-180/4, 4-170/10, 4-190/4, Bekula 1-95/6, BMW 1-420/4, Commerzbank 10-140/11,5, 10-160/1, 1-150/10,8, 1-160/3,8, 1-170/2, 4-160/7, 4-170/4, Conti 10-120/1, 1-130/2, Deutsche Babcock St. 1-140/25, 1-170/3,5, 4-150/17,9, Deutsche Bank 1-340/10, 1-360/7, 4-330/30, 4-340/25, Dresdner Bank 1-160/4,2, 4-160/7,3, 4-170/4, Hoechst 10-170/4, 1-170/8,3, 1-180/5, 4-170/13,4, 4-180/7,4, 4-190/4, Hoesch 10-90/8, 10-95/3,6, 1-100/4,5, 4-100/7,2, Kloeckner 1-65/3, 4-60/6,6, 4-65/4,5, Mannesmann 1-140/9,5, 1-150/6, 4-140/13, 4-150/7,2, 4-160/4, Preussag 10-250/5, RWE St. 1-160/6, Siemens 10-400/10,6, 10-410/6,2, 10-420/2, 1-370/40,2, 1-400/18, 1-410/13, 1-420/10, 4-390/38, 4-400/30, 4-410/21,2, 4-420/16, Thyssen 10-70/8, 10-75/3,15, 1-70/10,5, 1-80/4, Veba 10-170/2,5, VW 10-170/5, 10-180/2,3, 1-180/8, 1-190/3, 1-200/2,6, 4-180/14,4, 4-190/8, 4-200/4,6, Alcan 1-90/7, IBM 1-320/45, 1-370/14, Norsk Hydro 1-220/10, Philips 10-40/5,2, 10-43,9/3, 1-45/2,7, Xerox 1-120/8,9, **Verkaufsoptionen:** AEG 1-80/1, 1-85/2, 1-90/4,4, 4-90/5,3, Bayer 1-170/5, 4-160/2,55, Conti 10-117/2,6, 1-110/1,8, 4-120/7,4, Deutsche Bank 10-320/2,15, 1-310/3,6, Hoechst 4-160/3, KHD 1-230/12, Lufthansa St. 1-160/7, Linde 1-360/18, Mannesmann 1-140/2,38, 4-140/4,05, Preussag 1-260/15, Siemens 1-380/3,5, 4-380/7, Thyssen 1-75/2,4, Varta 1-170/8, VW 10-180/10, 1-170/7, 1-180/10,6, 4-160/4, Chrysler 1-85/5, General Motors 1-200/7,6, 4-200/18,4, 4-220/19, IBM 1-350/13,2, Litton 4-230/23,8, Norsk Hydro 4-200/7. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5¼–5½	4½–4¾
3 Monate	11¾–12⅛	5⅜–5⅝	4⅞–5
6 Monate	12⅛–12⅜	5⅞–6⅛	4⅞–5¼
12 Monate	12⅝–12⅞	6¼–6½	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1215,00	1476,00
5 US-Dollar (Liberty)	545,00	621,30
1 £ Sovereign alt	233,00	288,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,85
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	228,00	281,58
Krüger Rand, neu	1022,00	1206,12
Maple Leaf	1023,00	1206,12
Platin Noble Man	1009,00	1190,16
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	247,00	308,94
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	944,00	1140,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	548,34
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,9000	2,9080	2,8862	2,85	2,94
London¹)	3,784	3,798	3,744	3,72	3,87
Dublin¹)	3,081	3,095	3,032	2,98	3,13
Montreal³)	2,2388	2,2468	2,2068	2,18	2,28
Amsterd.	88,555	88,775	88,50	87,75	89,75
Zürich	119,730	119,930	119,83	118,50	121,25
Brüssel	4,952	4,972	4,895	4,82	5,02
Paris	32,510	32,670	32,12	31,75	33,50
Kopenh.	27,420	27,540	27,12	26,35	28,00
Oslo	34,830	34,950	34,23	33,75	35,50
Stockh.**)	34,700	34,860	34,11	33,35	35,00
Mailand²) **)	1,613	1,633	1,583	1,57	1,67
Wien	14,204	14,244	14,169	14,14	14,36
Madrid**)	1,752	1,762	1,719	1,70	1,82
Lissabon**)	1,907	1,927	1,767	1,55	2,35
Tokio	1,1970	1,2000	–	1,16	1,22
Helsinki	47,690	47,830	46,53	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4765	2,6305	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4345	2,4535	–	2,36	2,48
Johannesbg.*)	1,8260	1,8450	–	1,80	1,85

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Auch die 2. liquidisierende Aktion der FED am Freitag blieb ohne negativen Einfluß auf den Dollarkurs des 3. 9. Angesichts des heutigen Feiertages in den USA war man nicht bereit, größere Engagements einzugehen, so daß verhältnismäßig geringe Nachfrage genügte, um den Dollar-Kurs von 2,8930 auf 2,9040 zur amtlichen Notiz hochschnellen zu lassen. Die Zinspessimisten scheinen im Moment wieder stärkeres Gehör zu finden, angesichts des sich nähernden 4. Quartals in dem mit hohen Mittelaufnahmen seitens des FED gerechnet wird. Die Bundesbank nutzte die hohe Basis zu einem Verkauf zur amtlichen Notiz von 80 Mill. Dollar. Die übrigen amtlich notierten Währungen wurden von wenigen Ausnahmen abgesehen höher notiert. Den größten Tagesgewinn erzielte der Canadische Dollar mit einem Anstieg um 8 Promille auf 2,2428. Die günstigen Perspektiven für die Konservative Partei bei den morgigen Parlamentswahlen könnten den Kurs mit stimuliert haben. US-Dollar in: Amsterdam 3,2750; Brüssel 58,3350; Paris 8,9130; Mailand 1779,25; Wien 20,4110; Zürich 2,4243; Ir. Pfund/DM 3,088; Pfund/Dollar 1,3054; Pfund/DM 3,791.

Ostmarkkurs am 3. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollarabschläge wurden am 3. September angesichts des wiedererwachten Zinspessimismus höher gehandelt, obwohl Zinssteigerungen für den Dollar eigentlich nicht vorhanden waren.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,59/1,49	4,63/4,53	8,83/8,63
Pfund/Dollar	0,10/0,13	0,42/0,47	1,03/1,05
Pfund/DM	2,50/1,10	5,40/4,00	9,10/7,70
FF/DM	23/7	55/39	103/87

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 9.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 3. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,49). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,25 (6,91) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,70, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,80, Rendite 7,55.

Konsolidierung bei den Renten

Auch wenn die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren zu Beginn des neuen Monats nicht mehr so stürmisch war wie in der Vorwoche, so blieb die seit Wochen anhaltende freundliche Grundstimmung dennoch erhalten. Der Markt wird gestützt durch die niedrige Inflationsrate, aber auch durch Hoffnungen auf einen festeren DM-Kurs, der insbesondere die DM-Titel für Ausländer interessant macht. Ungewöhnlich rege war noch einmal die Nachfrage nach den „alten" Bundesschatzbriefen, die eine vergleichsweise hohe Rendite gebracht haben.

	3. 9.	31. 8.		3. 9.	31. 8.		3. 9.	31. 8.
M 5½ Bayer.Hdbk Pf 14	94,25G	94,25G	H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117	M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 20	92G	92G	6 dgl. 14	92G	92G	6 dgl. Pf 98	77,5	77,5G
6½ dgl. Pf. 2	97,25G	97,25G	6 dgl. 47	80	80	7 dgl. Pf 100	100,4G	100,4G
7 dgl. Pf 3	97G	97G						
6½ dgl. KS 14	98,5G	98,5G	F 5 Helaba Pf 8	110,5	110,5	D 8 WestLB Pf 350	100,95G	100,95G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG	6 dgl. Pf 80	95,95G	95,95G	6¾ dgl. Pf 403	98,45G	98,45G
			8 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G	9½ dgl. Pf 1007	105,9G	105,9G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G	4 dgl. KO 5	109G	109G	8 dgl. Pf 1015	100,4G	100,4G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G				7 dgl. KO 566	100,2G	100,2G
5 dgl. Pf 34	75,75G	75,75G	H 6 Hyp.LHbg. Pf 98	93,25	92,75G	6½ dgl. KS 420	97,15G	97,15G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G	6½ dgl. Pf 80	91,8G	91,8G	9¾ dgl. KO 1301	105,95G	105,95G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

FÜR DIE GESCHIRRSPÜLER VON SIEMENS IST DIE GÜTERBAHN DIE SAUBERSTE LÖSUNG.

Vor rund 10 Jahren begann die Planung des bislang modernsten Hausgerätewerkes in Europa. Wo es entstehen sollte, war schnell klar: in Dillingen an der Donau. Denn dort gab es

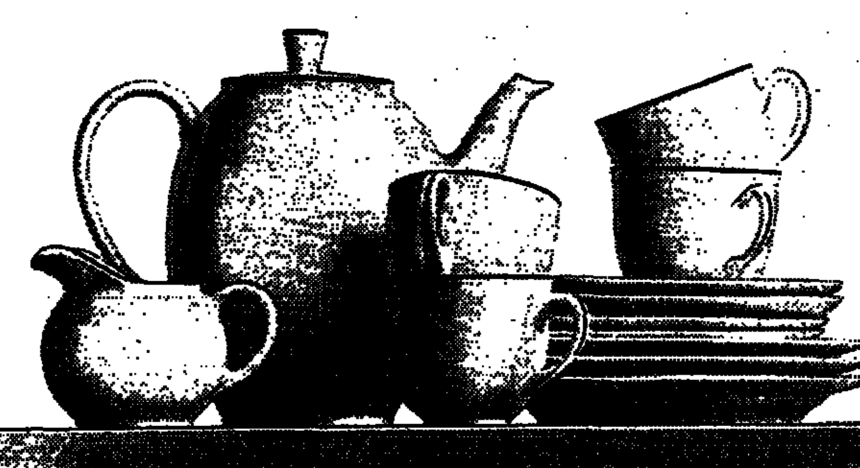


Die enge Zusammenarbeit mit der Güterbahn hat sich auch für Siemens ausgezahlt.

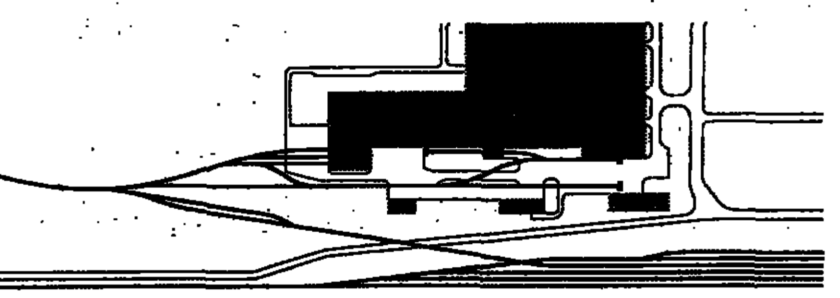
bereits ein Werk, das nur erweitert und modernisiert werden mußte. Dazu kam die ausgezeichnete Anbindung an das Netz der Güterbahn. Und gerade auf die wollte Siemens keinesfalls verzichten. Weil für das neue logistische System ganz einfach ein absolut zuverlässiger Partner gebraucht wurde.

WARUM SIEMENS VON ANFANG AN MIT DER GÜTERBAHN RECHNEN KONNTE

Also setzte man sich mit den Logistikern der Güterbahn zusammen, um über den erforderlichen Gleisanschluß und das notwendige Drumherum zu sprechen. Und das machte sich für Siemens gleich doppelt bezahlt. Einmal durch die sogenannten „Gleisförderungsmaßnahmen". Dazu zählt zum Beispiel die finanzielle Unterstützung des Gleisbaus oder die Beschaffung des nötigen Materials zu günstigeren Preisen. Zum anderen profitierte Siemens aber auch von den Erfahrungen der DB-Spezialisten. Und heute zeigt sich, was das Unternehmen davon hat: ein Transport-System, das genauso reibungslos funktioniert, wie von Anfang an geplant.



Hausgeräte von Siemens haben mit der Güterbahn weltweit Anschluß.



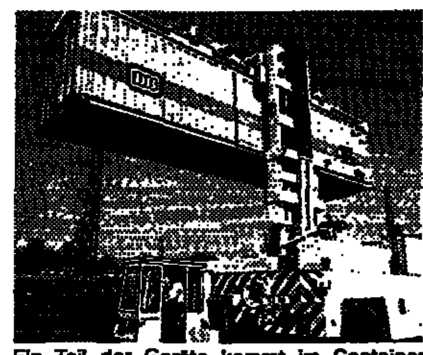
Über den Gleisanschluß hat Siemens ausgezeichnete Verbindungen.

MIT DER GÜTERBAHN HAT SIEMENS ERSTKLASSIGE VERBINDUNGEN

Pro Tag verlassen etwa 20 Güterwagen und Container das Werk Dillingen. Durch die Güterbahn haben sie direkten Anschluß an alle europäischen Nachbarländer. Dabei übernimmt die Güterbahn nicht nur des öfteren die Verzollung der Ladung, sondern stellt außerdem Beförderungspläne auf. Der Weg nach Übersee beginnt für die Hausgeräte ebenfalls mit der Güterbahn. Nämlich bis in die deutschen Seehäfen, in denen sie für den Transport nach Japan, Australien, den USA und den Golf-Staaten übernommen werden. Unabhängig von dem jeweiligen Ziel bringt der Gleisanschluß noch zwei weitere, interessante Vorteile. Zunächst einmal kann Siemens die Geräte vom Band weg in die bereitstehenden Wagen verladen. Auch im Schichtbetrieb. Das heißt, es gibt so gut wie keine Lagerkosten. Und dann *sind für den Transport mit der* Güterbahn wesentlich weniger Versandpapiere nötig, was Siemens noch einiges an Verwaltungsaufwand erspart. Da ist es doch ganz verständlich, daß die Verantwortlichen des Unternehmens schon wieder mit den Logistikern der Güterbahn zusammensitzen. Denn bei der geplanten Erweiterung des Werkes will man nicht nur die gemeinsamen guten Erfahrungen ausbauen. Sondern auch den Gleisanschluß.

WARUM AUCH SIE AUF DIE GÜTERBAHN UMSTEIGEN SOLLTEN

Egal, welches Transportproblem Sie haben, es lohnt sich bestimmt, mit dem Kundenberater der Güterbahn zu sprechen. Rufen Sie doch einmal bei der DB-Generalvertretung oder DB-Güterabfertigung in Ihrer Nähe an und



Ein Teil der Geräte kommt im Container schnell und sicher ans Ziel.

vereinbaren Sie einen Termin *mit ihm. Das ist gerade jetzt* besonders interessant, weil er Ihnen einige neue Angebote vorstellen kann, mit denen sicher auch Ihr Unternehmen bestens fahren wird. Auch dann, wenn Sie keinen privaten Gleisanschluß haben. Weil die Güterbahn auf der Straße ebenso zuverlässig und zügig ankommt wie auf der Schiene.

Gut fährt besser mit der Güterbahn.



Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Einbußen in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	31. 8.	30. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	342,00	341,75
Dez.	352,00	353,00
März	358,75	359,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	31. 8.	30. 8.
St. Lawrence 1 CW	unerhältl.	unerhältl.
Amber Durum	unerhältl.	–
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	136,00	136,30
Dez.	140,00	140,50
März	147,00	147,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,00	142,50
Dez.	120,00	120,00
März	123,40	123,70
Hafer Chicago (c/bush)	31. 8.	30. 8.
Sept.	179,25	177,25
Dez.	179,50	179,25
März	175,75	175,00
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	285,75	298,50
Dez.	283,25	284,50
März	289,50	290,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	31. 8.	30. 8.
Okt.	125,20	125,10
Dez.	126,00	126,30
März	129,00	129,00

Genußmittel

	31. 8.	30. 8.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	149,50	151,80
Dez.	146,80	149,05
März	145,70	147,05
Kakao		
New York ($/t)	31. 8.	30. 8.
Terminkontr. Sept.	2525	2535
Dez.	2332	2351
März	2274	2300
Umsatz	3047	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,10	4,18
Okt.	4,10	4,65
Jan.	4,59	5,32
März	5,20	5,85
Mai	5,78	6,11
Umsatz	13 119	12 805
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	31. 8.	30. 8.
	4,24	4,21
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	31. 8.	30. 8.
Kontrakt Sept.	2422–2425	2414–2416
Nov.	2448–2449	2432–2433
Jan.	2376–2378	2367–2368
Umsatz	3043	3482
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2065	2053–2056
Dez.	1874–1875	1858–1860
März	1810–1812	1804–1805
Umsatz	3834	–
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Okt.	130,40–130,80	125,60–125,80
Dez.	140,00	136,00–137,00
März	156,40–156,60	152,60–152,80
Umsatz	4117	3348
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	31. 8.	30. 8.
schw. Sarawak spez.	395,00	395,00
weißer Sarawak	670,00	670,00
weißer Muntok	675,50	677,50

	31. 8.	30. 8.
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Sept.	170,60	171,60
Nov.	170,40	170,75
Jan.	169,30	169,70
März	169,70	169,80
Mai	169,70	170,25
Umsatz	600	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	31. 8.	30. 8.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk.	41,00	42,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelwestnstaaten fob Werk	28,25	27,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	27,30	27,60
Okt.	27,00	27,40
Dez.	26,65	27,10
Jan.	26,70	27,18
März	26,70	27,20
Mai	26,70	27,25
Juli	26,70	27,25
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	31,00	31,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	28,50	unerhältl.
Choice white hog 4% fr. F.	20,25	unerhältl.
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,00	21,00
fancy	20,75	20,75
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	16,25	16,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	47,00	47,25
Dez.	49,37	48,95
Febr.	51,85	51,50
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	66,85	66,15
März	66,05	65,35
Mai	66,85	66,05
Häute		
Chicago (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Ochsen sch. schwere River Northern	unerhältl.	70,00
Kühe sch. schwere River Northern	unerhältl.	57,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Sept.	634,00	650,00
Nov.	638,00	654,00
Jan.	649,00	665,00
März	665,00	680,00
Mai	675,00	688,50
Juli	680,00	695,00
Aug.	678,00	690,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Sept.	151,00	152,80
Okt.	153,50	155,80
Dez.	159,50	162,00
Jan.	162,00	165,00
März	168,00	167,60
Mai	171,00	174,00
Juli	175,00	176,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	31. 8.	30. 8.
Okt.	357,10	361,80
Dez.	366,00	370,30
März	381,50	385,90
Kokosöl		
New York (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Westküste fob Werk	48,00	49,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	3. 9.	31. 8.
jegl. Herk. cif	865,00	975,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	640,00	640,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	590,00	650,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	219,00	235,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1050,00	1080,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	305,00	303,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	31. 8.	30. 8.
Baumwolle		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	64,65	64,61
Dez.	65,90	65,80
März	67,95	67,75
Mai	69,15	69,11
Juli	70,36	70,10
Okt.	70,40	70,00
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	46,375	46,375
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	31. 8.	30. 8.
Okt.	493–496	493–496
Dez.	501–504	501–504
Jan.	502–504	502–504
Umsatz:	43	43
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	31. 8.	30. 8.
Okt.	51,60	unerhältl.
Dez.	51,40	unerhältl.
März	52,20	unerhältl.
Mai	53,10	unerhältl.
Umsatz:	0	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	31. 8.	30. 8.
Okt.	562,00–566,00	561,0–563,0
Dez.	565,00	565,0–566,0
März	572,00–573,00	575,0–576,0
Umsatz:	32	25
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	31. 8.	30. 8.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	31. 8.	30. 8.
Sept.	13 245	13 244
Okt.	13 153	13 135
Kautschuk		
London (p/kg)	31. 8.	30. 8.
Nr. 1 RSS loco	63,00–65,00	63,00–65,50
Okt.	64,50–65,00	60,00
Nov.	65,50–66,00	62,00–65,00
Dez.	66,50–67,00	63,50–66,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	31. 8.	30. 8.
Sept.	geschl.	217,00–218,00
Okt.	geschl.	218,25–218,50
Nr. 2 RSS Sept.	geschl.	208,00–209,00
Nr. 3 RSS Sept.	geschl.	204,50–205,50
Nr. 4 RSS Sept.	geschl.	197,50–198,50
Tendenz:		
Jute London (£/lgt)	31. 8.	30. 8.
BWC	710,00	710,00
BWD	695,00	695,00
BTC	710,00	710,00
BTD	695,00	695,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3. 9.	31. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	127,42–127,61	128,81–130,60
drittfolg. Monat	130,84–131,22	132,18–132,27
Zink: Basis London		
laufend. Monat	231,68–232,06	232,33–232,52
drittfolg. Monat	231,68–232,06	234,03–234,22
Produz.-Preis	287,09	286,21
Reinzinn 99,9%	3954–3993	–

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3. 9.	31. 8.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	400,31–402,21	398,71–400,60
Blei in Kabeln	135,25–136,25	137,50–138,50
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	454,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher.

Messingnotierungen

	3. 9.	31. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	368–369	367–368
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	433–436	433–436
MS 63	420–425	419–424

Zinn-Preis Penang

	31. 8.	30. 8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	geschl.	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3. 9.	31. 8.
Leg. 225	390–393	393–395
Leg. 226	392–395	395–397
Leg. 231	422–425	425–427
Leg. 233	432–435	435–437

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3. 9.	31. 8.
Platin (DM je g)	33,85	33,958
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 750	32 750
Rücknahmepr.	32 000	32 000
Gold (DM je kg Feingold)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 980	32 980
Rücknahmepr.	32 160	32 150
verarbeitet	34 610	34 580
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 450	32 380
Silber		
(DM je kg Feinsilber)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	701,00	709,30
Rücknahmepr.	680,30	688,40
verarbeitet	731,80	740,40

Internationale Edelmetalle

	3. 9.	31. 8.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	346,20	347,70
15.00	344,50	349,25
Zürich mittags	345,00–345,50	347,80–348,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 400	99 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	560,75	568,30
3 Monate	575,15	581,90
6 Monate	589,70	596,25
12 Monate	620,65	628,10
Platin (£-Feinunze)	31. 8.	30. 8.
London fr. Markt	259,25	259,15
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	106,15	106,05

New Yorker Preise	31. 8.	30. 8.
Gold H & H Ankauf	348,25	347,25
Silber H & H Ankauf	745,00	748,00
Platin fr. Händlerpr.	342,00–343,50	342,00–343,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	138,50–139,50	138,50–139,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	749,80	748,00
Okt.	750,80	753,80
Nov.	758,30	761,30
Dez.	765,00	767,00
Jan.	773,40	776,40
März	788,70	790,00
Mai	804,40	807,40
Umsatz	12 000	22 000

New Yorker Metallbörse

	31. 8.	30. 8.
Kupfer (c/lb)		
Sept.	61,05	60,65
Okt.	61,70	61,30
Dez.	62,40	62,00
Jan.	63,05	62,65
März	62,75	63,35
Mai	64,95	64,60
Juli	65,05	65,70
Umsatz	4000	10 000

Londoner Metallbörse

	3. 9.	31. 8.
Aluminium (£/t)		
Kasse	802,50–803,50	825,50–826,50
3 Monate	825,00–826,00	848,00–848,50
Blei (£/t) Kasse	335,50–336,00	344,00–344,50
3 Monate	344,50–345,50	350,50–351,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1041,5–1042,0	1039,0–1040,0
3 Monate	1059,5–1060,5	1056,0–1057,0
abends Kasse	–	1042,0–1043,0
3 Monate	–	1059,0–1059,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1051,0–1052,0	1051,0–1053,0
3 Monate	1061,0–1061,5	1060,0–1062,0
Zink (£/t) Kasse	610,00–611,00	612,00–613,00
3 Monate	610,00–611,00	618,00–619,00
Zinn (£/t) Kasse	9330–9335	9318–9323
3 Monate	9266–9268	9249–9251
Quecksilber		
$/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	80–84

Auernbach kommt

U. S. – Die Deutsche Akademie der Darstellenden Künste in Frankfurt kürte eine Funkarbeit des aus der „DDR“ stammenden Schriftstellers Wolf Deinert zum „Hörspiel des Monats“. Dem Stück wurde von den Juroren „atmosphärische Dichte“ und „eine hohe psychologische Sensibilität seiner Figuren“ bescheinigt. Held des Spiels ist ein Mann namens Auernbach, den der Stasi verhaftet hat, weil in seiner Wohnung ein Manuskript gefunden wurde, in dem dieser die real existierende Arbeitswelt seines Betriebes, eines „VEB Polygraph“, mit kritischem Stift festhält.

Auernbach versteht sich als eine Art „Ost-Wallraff“, hat jedenfalls reges Interesse an den Büchern jenes westdeutschen Reporters, der vorgibt, mit der Methode der Maskierung westdeutsche Wirklichkeit zu demaskieren. Und so heißt Deinerts Hörspiel denn auch „Wallraff kommt“. Das Ende des Unternehmens: die Verhörzelle beim Stasi.

Eine typische „DDR“-Erfahrung, sollte man meinen. Fast noch interessanter aber war die West-Erfahrung, die Deinert mit seinem Stück machte. An die vier Jahre dauerte es, bis endlich ein Sender, der SFB, Qualität und Brisanz des Stückes akzeptierte und es produzierte. Nacheinander hatten, aus politischen Gründen (auch ästhetische wurden genannt), abgelehnt: Radio Bremen, der NDR sowie die von Friederike Roth geleitete Abteilung des Süddeutschen Rundfunks.

Krönung der Ablehnungsfront war wohl die „Begründung“ des Hörspielchefs Niezoldi vom RIAS. Er schrieb dem Autor entspannt ins Stammbuch, daß eine derartige „DDR“-Situation mit „hiesigen Schauspielern“ nur schlecht vermittelt werden könne; meinte, wer solche Stasi-Verhöre darstellen wolle, müsse wohl schon auf sein „künstlerisches Gewissen“ verzichten, wenn es ihm nicht nur um Propaganda ginge.

Man könnte Vokabeln finden für solch ein Denken – und „starker Tobak“ scheint noch die mildeste zu sein. Aber es muß doch viele Pfeifen in deutschen Funkhäusern geben, die selbigen lieben und hinter Rauchwolken den linken lieben Gott spielen.

Vergöttlicht und gehetzt – Neue Untersuchungen über das Tier in der Antike

Heldenzeitalter der Hunde

Aus Homers „Odyssee“ ist uns eine der berühmtesten Szenen zwischen Mensch und Tier in der Weltliteratur überliefert: Als Odysseus nach zwanzig Jahren auf seine Heimatinsel Ithaka zurückkehrt, erkennt ihn niemand mehr außer seinem getreuen Hund Argos: „Und ein Hund lag da, der hob den Kopf und die Ohren, / Argos, des leidgeprüften Odysseus Hund, den er selbst einst / aufzog ... Als der wahrnahm, daß es Odysseus war, der ihm nahte, / Wedelte er mit dem Schwanz und senkte die Ohren, die beiden. / Doch er vermochte nicht mehr, zu seinem Herren zu kommen ...“

Bei Homer stirbt der Hund wenig später, in anderen Versionen der Sage lebt das getreue Tier noch einige Jahre und genießt das Gnadenbrot. Nach dieser ergreifenden Wiedersehensszene heißt auch das Buch, das Jost Perfahl im Zabern-Verlag in Mainz herausgegeben hat, „Wiedersehen mit Argos“. Es ist eine Sammlung von Nachrichten, Erzählungen und literarischen Zeugnissen aus griechischer und römischer Zeit über den Hund.

Dazu zählen die Schriften des Aelian, eines Römers, der um 200 n. Chr. gelebt und auf Griechisch geschrieben hat. Er hinterließ 17 Bände über „Die Natur der Tiere“ und widmet einen breiten Raum in seiner Sammlung von Mythen, Anekdoten und eigenen Beobachtungen dem Hund. So schildert er voller Bewunderung die Selbstheilungsmethoden von Hunden, die sich überfressen haben und sich mit „Kräutern aus Hecken“ kurieren, oder die bei Verwundungen „ihre Zunge als Medizin benutzen und Bandagen verschmähen“ und darum selten ärztlicher Künste bedürfen.

Aelians Werke sind auch eine reiche Fundgrube für allerlei wundersame Wahrgeschichten über den Hund. So erzählt er von indischen „Tigerhunden“, die eine Kreuzung aus Hunden und Tigern seien, von heiligen Tempelhunden und von der Verehrung der Hunde bei den Ägyptern, die offensichtlich nicht nur Katzen und Krokodile vergöttlichten und einbalsamierten.

Auch Plutarch lobt den Hund in seinen Schriften, preist vor allem den Verstand des treuen Tieres. „Wir kennen Handlungsweisen, Verhaltensarten und Dienstleistungen des Hundes genug, die uns über seine Natur Aufschluß geben und zeigen, daß dabei nicht bloß Schärfe der Sinne und Instinkt, sondern auch Verstand und Vernunft mit im Spiele sind.“

Daß in der Antike fast so etwas wie ein „Heldenzeitalter“ des Hundes geherrscht haben muß, beweisen ferner die zahlreichen Darstellungen des Hundes in der Kunst. Hunde schmükken Bronzen, Statuen, Vasen, Mosaike und Wandreliefe. Sie waren Gefährten im Haus, auf der Jagd, im Krieg und auf dem Lande.

Konnte sich ein Hund trotz aller ihm eigenen Naturinstinkte einmal nicht selbst heilen, dann stand auch schon zu antiker Zeit ein Veterinär bereit. Halfen kein Saft und keine Kräuter mehr, so wurde das Tier zur Ader gelassen, genau wie sein Herr – wenn auch durch die Hand eines „Medicus humanus“.

Wie entwickelt die Tiermedizin zu römischer Zeit gewesen sein muß, wie genau Tierärzte Stallungen, Fütterung und Tierpflege kontrollierten, veranschaulicht ein zweiter Band aus dem Zabern-Verlag: „Tierwelt der Antike“ von J. M. C. Toynbee. Dort sind die verschiedenen Tiere, vom Elefanten bis zur Maus, vom Papagei bis zum Pfau, geschildert. Wir erleben Tiere bei der Arbeit in der Landwirtschaft, als Objekt der Zerstreuung für die „Oberen Zehntausend“ und auf der Tierschau, bei Opfer, Kult, Krieg, bei Tafelfreuden, in Mythologie und Wirklichkeit.

Aus römischer Zeit sind fast so viele Tierbilder auf uns gekommen wie aus dem alten Ägypten. Auch hier findet man Vögel und Nashörner, Delphine und Schlangen, von populären Gattungen zu schweigen. Die Wissenschaft der Zoologie war vergleichsweise hoch entwickelt. So wußte man bereits, daß der Wal zur Gattung der Säugetiere gehört und auch der Delphin, der Sage nach ein in Tiergestalt verwandelter Mensch, kein Fisch ist. Elefanten kannte man spätestens seit Hannibals spektakulärem Zug über die Alpen, andere Exoten wie Nashörner oder Marabus zählten zur bunten Fauna des riesigen römischen Weltreiches.

Löwen, Tiger und Leoparden spielten eine nicht geringe Rolle bei der Schautötung von Christen in den Arenen der römischen Großstädte, Pfauen hielt man sich wegen ihrer Schönheit und aufgrund ihres, so der Historiker Varro, „köstlichen Geschmacks“. Papageien belebten die Gärten der Hauptstadt, und in Fischteichen tummelten sich glitzernde Zierfische oder Muränen, die, wie man ebenfalls weiß, gelegentlich auch mit Menschen gefüttert wurden.

Pferde und Ochsen waren als Arbeitstiere unentbehrlich. Für die römische Armee spielte das Pferd sowohl eine bedeutende taktische wie strategische Rolle. Ein eigenes Kapitel ist der römischen Kavallerie gewidmet, die ihr „Reitmaterial“ durch Züchtung und Kreuzung mit anderen Pferderassen in großen Gestüten ständig verbesserte. Das Pferd wurde schnell zum Symbol für Schnelligkeit und Ausdauer, wie überhaupt viele Tiere zu römischer Zeit einen bestimmten Symbolcharakter zugesprochen erhielten. Der Elefant galt als das Symbol Afrikas schlechthin, der Eber, das Standartentier der Zwanzigsten Legion, symbolisierte Energie, Mut und Kraft, der beuteschlagende Löwe wurde zum Sinnbild des allgegenwärtigen Todes, der Adler, das Wappentier Roms, versinnbildlichte Freiheit und Stolz.

Es erscheint als ein großes Paradoxon der römischen Seele, daß ein Volk, das so ungemein empfänglich war für die Reize und Schönheiten der Tiere, für ihre Intelligenz und Gewandtheit, und das nicht müde wurde, fremde Tiere zu bewundern und seine Haustiere innig zu lieben, ebenfalls ein großes Vergnügen daran hatte, endlosen Tiergemetzeln zuzusehen und in den Arenen Mensch und Tier gegeneinanderzuhetzen. Eine Erklärung für dieses schreckliche Phänomen kann auch Toynbee nicht geben. Massenhysterie allein reiche nicht aus, meint er, vor allem da auch Privatleute, fernab der Menschenmassen, ihr luxuriöses Vergnügen daran hatten, Tiere langsam und qualvoll sterben zu lassen. Da nützte es wenig, wenn einzelne wie Plutarch oder Cicero gegen „das sinn- und gefühllose Verwunden und Abschlachten von Tieren“ protestierten. Das Gemetzel ging weiter. Erst das Vordringen des Christentums brachte hier einen Wandel, wenn auch nicht unbedingt immer zum Besseren.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Jost Perfahl, „Wiedersehen mit Argos“, 116 S., 58 Abb., 29,80 Mark.
J. M. C. Toynbee, „Tierwelt in der Antike“, übersetzt von Maria Alföldi und Detlef Mißlbeck. 486 S., 144 Abb., 68 Mark. beide: v. Zabern Verlag, Mainz



Die Zierde des Siegers: Quadriga mit dem triumphierenden Marc Aurel (2. Jh. n. Chr., Rom, Konservatorenpalast)



Schon von den Römern bewundert: Jagdhund vom Endymionsarkophag (3. Jh. n. Chr., Paris, Louvre) FOTOS: DIE WELT

JOURNAL

Münchner Meisterwerke im Puschkin-Museum

fhn. Moskau

Erstmals präsentieren sich die Museen Bayerns in der Sowjetunion. Mit diesem Hinweis eröffnete gestern der bayerische Kultusminister Hans Maier eine Ausstellung mit vierzig Meisterwerken aus der Münchner Pinakothek im Moskauer Puschkin-Museum. Anschließend geht sie noch nach Leningrad, dessen Eremitage im Gegenzug Ende September in München „Das Gold der Skythen“ zeigt. In Moskau werden vor allem Gemälde des 16. bis 18. Jahrhunderts ausgestellt, die noch kein russisches Publikum gesehen hat, darunter Bilder von Goya, Rembrandt, Rubens, Velasquez, van Dyck, Murillo und Tintoretto, dessen Christus-Gemälde die Stirnseite des Ausstellungssaales beherrscht. Wegen der Risiken des Transports mußte auf die Beteiligung der altdeutschen Holztafelbilder verzichtet werden.

Ostdeutsche Kulturtage begannen in Düsseldorf

dpa, Düsseldorf

Mit der Eröffnung der Ausstellung „Pommern und Stralsund“ im Landesmuseum Volk und Wirtschaft in Düsseldorf begannen die diesjährigen „Ostdeutschen Kulturtage“. Diese Kulturtage sollen mit ihren verschiedenen Veranstaltungen das kulturelle Erbe des deutschen Ostens „für alle Zeiten und für alle Deutschen gegenwärtig machen“.

Fremdsprachenregelung für „DDR“-Schüler

dl. Hannover

Schulkindern, die aus der „DDR“ in die Bundesrepublik umgezogen sind, soll der Anschluß in der Schule erleichtert werden. Das sieht ein Fremdsprachenerlaß des niedersächsischen Kultusministers vor. Danach müssen diese Kinder, die in der „DDR“ Russisch als erste Fremdsprache hatten, in den Klassen 5 und 6 die erste Pflichtfremdsprache (Englisch oder Latein) nachlernen, während die Schüler höherer Klassen, die über keine Englischkenntnisse verfügen, in Russisch weiterunterrichtet werden sollen, eventuell auch im Fernunterricht, wenn keine geeigneten Lehrer am Ort vorhanden sind.

Die erste polnische Buchhandlung

J. G. G. Köln

Die erste polnische Buchhandlung in der Bundesrepublik wurde jetzt in Köln eröffnet. Ihr ist ein Antiquariat angegliedert. Sie will nicht nur Bücher in Polnisch, sondern jegliche Literatur über Osteuropa vertreiben. Also auch Polonica aus Verlagen der Bundesrepublik, der „DDR“ und des Auslandes. Außerdem sind Dichterlesungen sowie Kunstausstellungen geplant.

Symposion Nordseeküste zum Thema „Wetter“

DW. Cuxhaven

Zum zweiten Mal findet vom 20. Oktober bis zum 17. November an der Küste vor Cuxhaven das „Symposion Nordseeküste“ statt. Zwei Künstler aus den USA, je einer aus Nigeria und Frankreich sowie sechs Deutsche werden in dieser Zeit Kunstwerke zum Thema „Wetter“ realisieren.

Neues Museum für afrikanische Kunst

DW. New York

Ein neues Museum wird in New York am 18. September mit dem „Center for African Art“ eröffnet. Es ist das zweite Museum in den Vereinigten Staaten, das sich ausschließlich mit afrikanischer Kunst beschäftigt. Zur Eröffnung werden „Afrikanische Meisterwerke aus dem Musée de l'homme“ in Paris gezeigt, die zu neunzig Prozent noch nicht außerhalb Frankreichs ausgestellt wurden.

Fotografie zwischen Kunst und Kommerz

DW. Düsseldorf/Bielefeld

Das Internationale Foto-Symposion, das zum fünften Mal auf Schloß Mickeln in Düsseldorf (26.–28. Nov.) stattfindet, steht diesmal unter dem Thema „Fotografie zwischen Kunst und Kommerz“. Referenten sind u.a. Klaus Honnef (Bonn), Eva Sonneman (New York), Friedl Kubelka-Bondy (Wien).

Das 5. Bielefelder Symposion über Fotografie im Fachbereich Design (2. u. 3. Nov.) steht unter dem Thema „Fotokritik“. Zu den Vortragenden gehören u.a. die Fotografen Derek Bennett und Tim Rautert, die zugleich mit einer Ausstellung vertreten sind, sowie Vilém Flusser (São Paolo) und H. Molderings.

Konferenz über den Archaeopteryx

DW. Eichstätt

Die Internationale Archaeopteryx-Konferenz findet vom 11. bis 15. September statt (und nicht, wie irrtümlich gemeldet, im Oktober).

Stuttgart: Konzert des Bundesjugendorchesters

Unter dem guten Stern

Nur die Praxis kann helfen. Alles Üben im stillen Kämmerlein, aller Unterricht an Konservatorien und Musikhochschulen bringt einem Nachwuchsmusiker zwar Fortschritte auf seinem Instrument, aber wenig Gewinn für das Zusammenspiel im Orchester. Dort aber und nicht auf dem Solistenpodium landen letztendlich die meisten, die den Beruf des Musikers wählen. Im Orchester zu spielen läßt sich nur lernen, indem man im Orchester spielt.

Das war vor nunmehr fünfzehn Jahren einer der Hauptgründe, das Bundesjugendorchester ins Leben zu rufen. Dreimal im Jahr kommen seine rund hundert Mitglieder im Alter zwischen 13 und 20 Jahren während der Schulferien zu Arbeitsphasen zusammen, an deren Ende der Konzertauftritt steht. Jetzt, zum Abschluß des arbeitsam auf Schloß Salem verbrachten Sommers, gab das Bundesjugendorchester ein Konzert in der Stuttgarter Liederhalle.

Zwei Dinge waren neu. Zu den bisherigen Finanziers des Orchesters, dem Bundesfamilienministerium, der Deutschen Stiftung Musikleben, dem Westdeutschen Rundfunk und der Deutschen Orchestervereinigung, hat sich erstmals ein privater Sponsor gesellt und die Arbeitsphase in Salem voll finanziert: die Daimler-Benz AG.

Zum zweiten: Nach den Jahren der Leitung durch Volker Wangenheim, der das Orchester von Anbeginn betreute, werden sich nun mehrere Dirigenten im Wechsel um das Jung-Orchester kümmern. Der erste war jetzt der spanische Komponist und Dirigent Cristóbal Halffter, der sich in seiner Heimat schon sehr früh der Pädagogik und Nachwuchspflege widmete, ehe er seine Hochschulämter zugunsten seiner künstlerischen Tätigkeit wieder abgab.

Auf dem Programm des Bundesjugendorchesters standen Zoltán Kodálys „Háry-János-Suite“, Mozarts Sinfonia concertante Es-Dur KV 364 mit Thomas Zehetmair und Tabea Zimmermann als Solisten sowie Benjamin Brittens „Young Person's Guide to the Orchestra“, ein alles in allem zwar nicht sonderlich schwieriges, aber effektvolles Programm, wie es wohl seine Richtigkeit hat.

Und die Orchesterjunioren (weitaus mehr Jungen als Mädchen übrigens) machten ihre Sache sehr gut, wenn auch nicht bravourös. Während man das Jugend-Sinfonieorchester der Europäischen Gemeinschaft gern gegen die meisten Profi-Orchester eintauschen möchte, fehlte es dem BJO diesmal denn doch ein bißchen an der professionellen Souveränität. Man spielte richtig, in einigen Gruppen (Holzbläser!) sogar sehr tonschön, aber so richtig befreit, in der Musik aufgehend, klang das Spiel denn doch noch nicht. Nun, das wird kommen mit der Zeit und der Erfahrung. Eben dafür ist das Bundesjugendorchester ja da.

REINHARD BEUTH

Zum 9. Mal: Pantomimenfestival „Gaukler '84“

Tücken eines Schrankes

Mit ohrenbetäubendem Lärm zieht ein Trupp Maskierter durch die Kölner Altstadt, behängt mit Kuhglocken, Trachtenkleidern und überdimensionalem Kopfschmuck: Hüte, auf denen ganze Landschaften aufgebaut sind. Es sind „Silvester-Chläuse“, die (normalerweise zum Jahreswechsel) die bösen Geister vertreiben. Milan Sladek hat den Appenzeller Maskenzug als Eröffnungsbeitrag zu seinem neunten Pantomimenfestival „Gaukler '84“ nach Köln eingeladen. Man kann ja nie wissen!

Mit der stummen Kunst haben die Silvester-Chläuse zwar nichts im Sinn. Aber Pantomime ist für Sladek schon immer mehr gewesen als nur ein Trikot, Stille und perfekte Körperbeherrschung. Mit seinen eigenen Produktionen und dem Gauklerfestival versucht er stets, die Bandbreite dieser Kunst zu erweitern.

Und so folgte den lärmigen „Chläusen“ ein eher klassischer Beitrag in der Musikhochschule. „Solange der Kopf auf den Schultern sitzt“ nennen die Franzosen Claire Heggen und Yves Marc, Begründer des „Théâtre du Mouvement“, ihr Spiel, in dem ein harmloser Schrank geradezu verheerende Wirkung zeitigt. Menschen, die in ihn hineingehen, kommen mit zwei, drei, ja sechs Köpfen wieder heraus, Köpfe, die ihnen an den Händen und Knien angewachsen sind und die ein groteskes Eigenleben führen, so daß der verdutzte Zuschauer schließlich nicht mehr weiß, wo nun der „echte“ Kopf sitzt – auf den Schultern jedenfalls nicht mehr. Die knapp einstündige Vorstellung war so witzig, verblüffend, variationenreich und voller hinreißend durchdachter Effekte, daß sie immer wieder vom Zwischenbeifall des überwiegend jugendlichen Publikums unterbrochen wurde.

Daß Masken allein jedoch nicht abendfüllend sind, wurde bei der englischen „Trestle Theatre Company“ deutlich, die zu später Stunde im Theater Kefka auftrat. Vier junge Leute versuchten in dem Sketch „Schulregeln“ auf recht vordergründige Weise, die „Machtverhältnisse“ in einem Klassenzimmer zu verspotten, indem sie Typen wie den „Streber“, den „Rabauken“, den „Feigling“, die „Schüchterne“ mit Masken charakterisieren.

Nach dem gleichen Muster war „Rumhängen“ gestrickt, in dem die Langeweile, der Frust und die Aggressionen eines Punker-Alltags gezeigt wurden. Auch das erschöpfte sich in ermüdenden Wiederholungen, stereotypen Gesten und hilflosen Bewegungen. Das Quartett sollte sich nicht allzusehr auf die (schnell verpuffende) Wirkung seiner Masken verlassen – dann könnte seine Arbeit eines Tages in ein aktuelles „sozialkritisches“ Pantomimentheater münden.

RAINER NOLDEN

„Gaukler '84“ dauert noch bis einschließlich 9. September.

Stuttgart: Unbekannte Lied- und Choralsätze

Was Neues von Bach?

Werkverzeichnis und Gesamtausgabe suggerieren im Fall von Johann Sebastian Bach den Status eines abgeschlossenen „Opus perfectum et absolutum“. In unserem Jahrhundert hat deswegen das Auftauchen unbekannter Werke dieser Klassiker immer etwas Sensationelles. Doch die Experten wissen, daß ein großer Teil der Kompositionen des Thomas-Kantors heute als verschollen gelten muß.

Deshalb sollte man sich eigentlich eher wundern, daß nicht öfter angebliche oder tatsächliche Neuentdeckungen der Öffentlichkeit vorgestellt werden können, wie jetzt bei der Sommer-Akademie Johann Sebastian Bach in Stuttgart. Bei dem neuen Fund handelt es sich korrekt ausgedrückt um „32 Lied- und Choralsätze aus der unbekannten Sammlung von Christian Friedrich Penzel (1737 bis 1801)“.

Penzel versah gegen Ende von Bachs Amtszeit als Thomas-Kantor Kopistendienste. Aufmerksam wurden die Entdecker – insbesondere der Musiker Wolfgang Wiemer, der den Band auf einer gewöhnlichen Antiquariatsmesse erworben hatte –, als man bemerkte, daß die neue Sammlung 91 zweifelsfrei von Johann Sebastian Bach stammende Choral-Sätze parallel überliefert. Warum, so fragte man sich, sollten nicht auch die übrigen 32 Stücke von Bach stammen. Denn immerhin befinde sich darunter auch ein nachweislich echter Bach-Choral, der noch auf anderem Wege zu uns gekommen ist.

Was die Urheberschaft der restlichen Stücke anlangt, gibt sich die Wissenschaft, insbesondere der Harvard-Professor Christoph Wolff, allerdings sehr skeptisch. Nicht zuletzt, weil der Kopist Penzel seine Glaubwürdigkeit – wie man weiß – durch fälschliche Zuschreibungen selbst kompromittiert hat. Daß der Band mit den Choralsätzen aus dem 18. Jahrhundert stammt, steht außer Zweifel. Deshalb geht es lediglich darum, ob im Extremfall die eingetragenen Mittelstimmen der Sätze der geistigen Urheberschaft Bachs zuzurechnen sind oder der eines seiner Schüler. Die Betreuer der Handschrift retten sich deshalb in die unverfängliche Formulierung: „Choralsätze aus der Werkstatt Johann Sebastian Bachs.“

Im ganzen gesehen dürfte die Stuttgarter Entdeckung lediglich von archivalischem Interesse sein. Eine ästhetische Diskussion könnte, sollte sich Bachs Urheberschaft doch noch erweisen, nur darüber zustande kommen, einmal auszumachen, wie schlecht Bach manchmal komponieren konnte. Die Internationale Bach-Akademie, inzwischen ein veritabler Konzertveranstalter mit 15 Hauptkonzerten und etlichen Nebenveranstaltungen, unter denen die „Sensation“ sowieso nur eine Randerscheinung blieb, ist dafür kaum der rechte Ort.

RICHARD LORBER



Beherrscht die Kunst der Andeutung: „Flötenspieler“ von Kawanabe Kyosai (1831-1889), aus der Baden-Badener Ausstellung FOTO: KATALOG

Japanische Pinselzeichnungen „Aus der fließend-vergänglichen Welt“ in der Kunsthalle Baden-Baden

Der schreckliche Anblick des Ermordeten im Schilf

Wenn man die Baden-Badener Kunsthalle betritt, wo zur Zeit japanische Pinselzeichnungen ausgestellt sind, begreift man schnell, warum Ende des vorigen Jahrhunderts die japanische Kunst die Impressionisten, Nabis, Jugendstilkünstler in ihren Bann schlug. Obwohl uns diese Kunst mittlerweile längst vertraut ist, wird die Begegnung mit den Originalen immer wieder zu einem Erlebnis. Wie Hokusai da aus fein zwischen hellem und dunklem Grau abgestuften Pinselstrichen einen Erpel entstehen läßt und in dessen Schatten eine Ente plaziert, deren Umriß lediglich aus der leichten Lavierung des Hintergrundes entsteht – das verrät eine Sicherheit der malerischen Mittel, die heute wie damals bewundernswert ist. Hokusai führt da beispielhaft die Tugenden der Tuschmalerei vor, die vollendete Beherrschung des Pinsels und die Kunst der Andeutung, die mit der Kunst des Weglassens korrespondiert.

Hokusais Blatt ist eines von rund dreihundert aus der Zeit von 1600 bis 1900, die in der Ausstellung „Aus der fließend-vergänglichen Welt“ zu sehen sind. Sie bietet auch dem, der die Meister des japanischen Farbholzschnitts genau zu kennen glaubt, manche Überraschung. Wie lange Zeit in Europa, so wurde auch in Japan die Zeichnung nicht als eigenständiges Kunstwerk angesehen. Sie war nur Vorarbeit für den Holzschnitt oder die – ebenfalls in Tusche ausgeführten – Hänge- und Querrollen. Pinselzeichnungen wurden deshalb allenfalls von den Künstlerkollegen gesammelt oder von den Nachfahren aufbewahrt. Die aber verloren das meiste bei den großen Bränden in Tokio nach den verheerenden Erdbeben von 1910 und 1920. Die Ausstellung basiert deshalb auf europäischen Privatsammlungen (ergänzt durch Museumsbestände aus Leiden und Bremen).

Es ist ein eigenartiges Panorama, das sich in Baden-Baden vor dem Betrachter ausbreitet. Es umfaßt Skizzen für Holzschnitte, bloße „Übungsblätter“, die dennoch vollendete Kunstwerke sind. Der schreckliche „Kopf eines Ermordeten im Schilf“ von Hokusai (1760–1849) oder das Fächerblatt mit dem fliegenden Reiher von Chinnen (1792–1851) sind Beispiele dafür.

Reizvoll ist es aber auch, dem Künstler beim Entwurf sozusagen über die Schulter zu schauen. Taiso Yoshitoshi (1839–1892) skizzierte seine Ideen zuerst mit roter Tusche, um dann darüber mit schwarzer Tusche die Zeichnung genauer festzulegen. So stehen manchmal über den roten Aktfiguren in Schwarz Kleidung oder Rüstung. Aus der Parallelität oder der Divergenz der roten und schwarzen Linien gewinnen diese dramatischen Szenen – ein Mann unter den Balken eines brennenden Hauses, Soldaten mit einem schwerverwundeten Gegner, usw. – eine Kraft und eine Schönheit (und damit einen Eigenwert), die vergessen lassen, daß es eigentlich nur Vorarbeiten sind.

Der Ausstellung fehlt jedes didaktische Element. Sie zielt nicht auf Vollständigkeit (wichtige Meister des Ukiyo-e sind nicht vertreten), und sie will auch nicht Stilformen der Pinselzeichnung oder den Weg vom ersten Entwurf bis zum fertigen Holzschnitt abhandeln. Sie präsentiert einfach Beiläufiges und Unfertiges genauso wie Vollendetes. Darunter sind alle Genres, Figuren und figurenreiche Szenen, Landschaften und Pflanzen, Tiere und Dämonen. Es ist so recht eine Mischung, um die Freude an einer uns meist noch fremden Kunst zu erwecken. (Bis 9. Sept.; Katalog 48 Mark.)

PETER DITTMAR

Eine „schwierige deutsche Nacht" fand in Berlin keine Anhänger

dpa, Berlin

Die Szene war gespenstisch und forderte lautstarken Protest heraus: In der nächtlichen Berliner City erklang vor einigen tausend Zuhörern das berüchtigte „Horst-Wessel-Lied" („Die Fahne hoch") aus der Nazi-Zeit. Auf die Fassaden der Hochhäuser am Ernst-Reuter-Platz wurden von Dia-Projektoren haushohe Hitler-Fotos und Hakenkreuze geworfen.

Wolf Appel von der Deutschen Oper Berlin sang das NS-Kampflied „Volk ans Gewehr!" Appel hatte sich zuvor quasi entschuldigt: „Es steht auf dem Programm dieses Abends, ich muß das Lied singen." Daraufhin setzte ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert ein und immer wieder wurde „aufhören" gerufen.

Im Polizeibericht dieser Nacht vom Sonntag zu Montag in Berlin heißt es dazu: „Mißfallen bei Naziliedern: Büchsenwürfe auf die Bühne. Programmänderung wurde erzwungen."

Was war das für ein Abend? Es war das Multimediaspektakel „unerhört" des auf Mammutveranstaltungen spezialisierten Regisseurs Frank Burckner („Luther ist tot", 1983), das den Abschluß der mehrwöchigen Veranstaltungsreihe „Berliner Sommernachtstraum" bildete und gleichzeitig den 45. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 1939 mit einbezog.

Ursprünglich war es als 24stündiges Tag-und-Nacht-Happening gedacht und sollte bereits am Sonnabend beginnen, doch erzwang ein kurzes, aber heftiges Unwetter den Abbruch der Veranstaltung bald nach Beginn.

Am Sonntag erfolgte dann der zweite, allerdings stark gekürzte Versuch; moderne Musik – unter anderem von Karlheinz Stockhausen („Gesang der Jünglinge im Feuerofen") und Luigi Nono („Erinnere Dich, was damals geschah in Auschwitz") – mit Nazi-Liedern, Großstadtgeräuschen, Jazz, Computermusik sowie indischer, afrikanischer und arabischer Musik und einer Show aus Lichteffekten mit Hilfe von „Lichtkanonen" des Franzosen Max Hergé zu verbinden.

Nach Meinung der Veranstalter sollte es „ein in Europa einmaliges Experiment" werden. Der erhoffte Massenansturm dazu blieb allerdings aus.

Als von den umliegenden Hochhausfassaden Fotos von marschierenden Soldaten und „Judensterne" mit dem Text „Wer dieses Zeichen trägt, ist ein Feind unseres Volkes" über den ansonsten verdunkelten Platz leuchteten, erklang aus auf den Dächern installierten Lautsprechern die „Kriegserklärung" vom 1. September 1939: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen, wird Bombe mit Bombe vergolten."

Die Worte dröhnten vom Ernst-Reuter-Platz über jene „Ost-West-Achse", *wie die Magistrale* durch Berlin von der Heerstaße über die Siegessäule bis zum Brandenburger Tor von den Nationalsozialisten genannt wurde. „Wir wollten daran erinnern, daß Deutschland und ein Teil der Welt von hier aus kaputt gemacht wurden", sagte Burckner, bevor das Lieder der *KZ-Insassen* von den „Moorsoldaten" erklang.

Abschluß war um Mitternacht ein „Klangschrei" der Zuschauer, die noch ausgeharrt hatten, ein Rufen, Schreien in verschiedenen Tonarten und je nach Temperament, das dann in Mozarts „Kleine Nachtmusik" einmündete. „Eine deutsche, schwierige Nacht", meinte der eigenwillige Regisseur, der „Mut zum Fragment" forderte und von einem Versuch sprach, „frei zu werden von den vielen falschen Tönen, die uns die Ohren verstopfen". Schon vorher hatte Burckner eine Ahnung: „Vielleicht geht er schief, der Versuch, vielleicht ist er vermessen." Er ging schief.

Ein Trainer verheddert sich im Regelwerk des Lebens

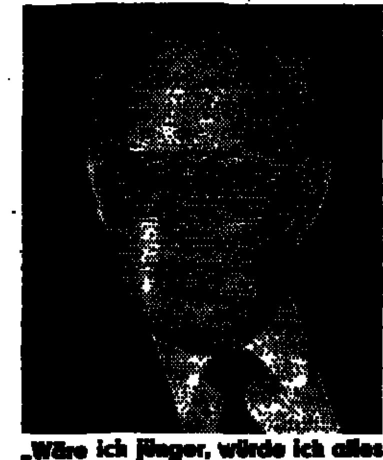
F. DIEDERICHS, Berlin

Ein Prozeß, geprägt von Rätseln, Widersprüchen, offenen Fragen. Seit fünf Verhandlungstagen sitzt der ehemalige Fußballtrainer Helmut Kronsbein (69) auf der Anklagebank des Schwurgerichts Hannover, und seine Mimik spiegelt das für ihn Unfaßbare wider, das sich da vor seinen Augen abspielt. Eine fremde Welt für einen Mann, dessen Leben sich bisher zwischen Tor, Strafraum und Anstoßkreis abspielte, und manchmal drängt sich dem Beobachter der Eindruck auf, als verfolge der Angeklagte hier ein Spiel, dessen Regelwerk ihm wohl immer unbegreiflich bleiben wird.

Am 1. Juli 1979 hatte Helmut Kronsbein, den alle nur „Fiffi" rufen, seine Frau Gerda tot in der Badewanne des gemeinsamen Reihenhauses in Hannover-Arnum gefunden. Ein Fön schwamm neben der Leblosen, und im Bad lagen Zettel verstreut mit Sätzen wie „Ich nehme mir das Leben. Gerda Kronsbein" und „Ich möchte verbrannt werden". Der letzte handgeschriebene Wunsch der Verstorbenen ging bis heute nicht in Erfüllung, vielmehr widmeten sich mehrere Gutachter mit Akribie des Körpers der Frau. Daß auf bis heute ungeklärte Art und Weise während der Autopsie der Leiche so wichtige Körperteile wie Magen und das Nackenstück spurlos verschwanden, zählt nur zu einem der mystriösen Rätsel, die der Prozeß allen Beteiligten aufgibt.

„Tod durch Stromtod", behauptet Kronsbein-Verteidiger Fritz Willig, Gutachter schließen dies ebenfalls nicht aus. „Tod durch Schläge des Ehemanns und vorgetäuschter Selbstmord", denkt sich der Anklagevertreter, Staatsanwalt Wolfgang Altenburg, ebenfalls gestützt auf Expertenansicht; und dem Vorsitzenden Richter Joachim Kuhtz obliegt die undankbare Aufgabe, nicht nur in einem Indizienprozeß zu urteilen, sondern auch die Psyche des Angeklagten zu bewerten und darin Spuren einer kriminellen Energie zu ergründen.

Für den Mann, dem „Körperverletzung mit Todesfolge" zur Last gelegt wird und der wohl nur deshalb eine derartige *Publizität genießt*, weil er 1954 Hannover 96 zum Deutschen Meistertitel führte, gibt es keine offenen Fragen. „Wenn ich verurteilt werde, ist das ein Justizirrtum", sagt Kronsbein in einer Verhandlungs-



„Wäre ich jünger, würde ich alles leichter nehmen": Helmut Kronsbein. FOTO: TEUTO PRESS

pause, doch welcher Angeklagte sagt dies nicht? Offen gesteht er seine Schuld ein, eine Schuld jedoch, die keinem Richter zur Verurteilung Anlaß böte: „Ich habe mich 33 Jahre lang nur auf Fußball konzentriert, dabei vieles übersehen, vor allem wie meine Gerda sich mit Tabletten und Alkohol kaputtgemacht hat."

In dieser Zeit ist Kronsbein zum alten Mann geworden, was nicht nur seine 69 Jahre deutlich werden lassen. Natürlich, dem Alkohol haben beide kräftig zugesprochen, doch wer würde es verdenken, wenn es Erfolge zu feiern gab? Die letzten Erfolge sind lange her, ebenso wie die Ereignisse im Badezimmer der Kronsbeins; und auch die Zeugen, die heute – fünf Jahre später – antreten, um die Privatsphäre des Ehepaars bloßzulegen, erzählen ohnehin nur das, was man schon lange auch ohne ihr Zeugnis weiß. Gerda Kronsbein hat oft von Selbstmord gesprochen, und Helmut Kronsbein hat dann und wann seine Hand gegen seine Frau erhoben, im Streit, wenn er wieder einmal festgestellt hatte, daß sie Geld für teure Pelze, Schmuck und Alkohol „rausgeschmissen hat", erinnert er sich heute.

Drei Jahre nach dem Geschehen ist er das erste Mal als Beschuldigter vernommen worden, „wenn ich 20 Jahre jünger wäre, würde ich das alles leichter ertragen", sagt er und greift vor dem Beginn des fünften Prozeßtages zu der kleinen rosa Sprühflasche mit dem Herzmittel, das er sich regelmäßig auf die Zunge sprüht. „Fiffi" nannten sie ihn, weil er als Trainer wendig, temperamentvoll, agil war.

Heute verbietet sich der mit Spott unterlagerte Kosename von selbst. Mit Kreislauf und Blutdruck steht es nicht zum Besten, die linke Hand zittert im Tremolo, von einer Kriegsverletzung beschädigt. An diesem Morgen hat er zudem seine Magentabletten vergessen, er greift sich immer wieder mit den Händen an den Kugelbauch; auch die Flaschen Magenbitter hatten ihm in der Nacht vor der Verhandlung keine Ruhe beschert. Nervös wippt er mit den Füßen, als gelte es, die letzten Minuten vor dem Abpfiff zu überstehen.

Als der Prozeß nach einer Stunde unterbrochen wird, kramt er einen Zettel aus der Tasche, schreibt darauf die Namen prominenter Fußballer – eine Mannschaft, die in Berlin zu einem Wohltätigkeitsspiel auflaufen soll. Er wird sie, wohl als letzte große Aufgabe, betreuen und in diesen Stunden die Fragwürdigkeiten seiner Verhandlung vergessen. Wie er auch, in seinen 33 Jahren als Trainer, immer dann alles um sich herum vergessen hat, wenn die Lederkugel rollte. „Vielleicht ist deshalb alles soweit gekommen", sagt er selbst und wartet auf seinen Freispruch, den er am 17. Oktober erhofft.

Reiche und Arme sterben unnötig früh

US-Studie: Einfache Methoden gegen den vorzeitigen Tod

GITTA BAUER, New York

In der achten Dekade unseres Jahrhunderts sterben mehr Menschen an simplem Durchfall, als im gesamten Mittelalter durch den schwarzen Tod, die Pest. Diarrhöe, Masern und Lungenentzündung sind die Plagen, an denen 15 Millionen Kinder in unterentwickelten Ländern Jahr für Jahr vor Erreichung ihres fünften Lebensjahres zugrunde gehen.

In der hochzivilisierten Industriegesellschaft des Westens dagegen werden zwei Drittel aller Todesfälle durch Herzkrankheiten und Krebs verursacht. Obwohl dort die Lebenserwartung *auf 74 Jahre gestiegen ist*, tritt der Tod bei einem Drittel der an Herz- und Krebskrankheiten Gestorbenen vor Erreichung des 65. Lebensjahres, also in ihrer produktivsten Lebensphase, ein.

Absage an Zigaretten

Obwohl Todesursachen und Sterbealter völlig unterschiedlich sind, kommt William U. Chandler, Wissenschaftler am Worldwatch-Institut in Washington in seiner Studie „Die Gesundheit der Welt verbessern: Eine Strategie der geringsten Kosten" zu dem Schluß: „Reiche und Arme haben eines gemeinsam: Sie sterben unnötig früh." Mit einfachster Gesundheitsfürsorge in der Dritten Welt, mit kostenwirksamer Vorbeugung in den Industrienationen, so glaubt Chandler, sei dem vorzeitigen Sterben, Einhalt zu gebieten.

Auf der einen Seite sind so grundlegende Hilfen notwendig, wie Hebammen, Impfung, sauberes Wasser und Toiletten. Auf der anderen Seite sind es Erziehung zu vernünftiger Ernährung, zur Absage an die gewohnten Zigaretten, die – so Chandler – etwa die Hälfte der Herz- und Krebstoten unter 65 retten könnten. Die Beispiele von China, Costa Rica, Kuba, Chile und Sri Lanka zeigten, daß trotz geringen Pro-Kopf-Einkommens die Säuglingssterblichkeit verringert werden, dabei jedoch gleichzeitig auch Familienplanung eingeführt werden könne. In Demonstrationsprojekten hätten Sanitäter, „Barfußärzte", Krankenhelferinnen mit begrenzter Ausbildung diese Wirkung bei Kosten von nur zwei Dollar pro versorgter Person im Jahr erzielt. Allerdings, so Chandler in seiner Untersuchung, sei es auch notwendig, daß die Regierungen der betroffenen Länder der Gesundheitsfürsorge einen höheren Stellenwert als bisher einräumten. Was nicht heiße, ein monumentales Prachtkrankenhaus in der Hauptstadt für die Wohlhabenden des Landes und ihre Familien zu errichten, sondern vor Ort, im Dschungel, in der Wüste propagandistisch nicht sehr ergiebige Sanitätsstationen zu bauen.

So hat auch sauberes Trinkwasser und damit die Verhütung von Cholera, Typhus und Darmparasiten für nur wenige Länder der Dritten Welt Priorität. Peter Bourne, Präsident von Global Water Inc., faßt seine Erfahrungen so zusammen: Einer afrikanischen Frau wird die Bedeutung des *Händewaschens klarzumachen* versucht. Ihre Antwort: „Ich muß das Wasser jeden Tag elf Kilometer weit herschleppen. Wenn ich irgend jemand erwische, der Wasser mit Waschen verschwendet, den bringe ich um."

Eine andere Afrikanerin wurde gefragt, *wie die in ihrem Dorf installierten* Wasserleitungen ihr Leben verändert hätten. Antwort: „Die Babys sterben nicht mehr." Vier Fünftel der ländlichen Bevölkerung in 73 afrikanischen und asiatischen Ländern haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Toiletten gelten als Luxus, nicht als Notwendigkeit."

Länder wie die USA, Frankreich und Holland geben mehr als acht Prozent ihres Bruttosozialprodukts für das Gesundheitswesen aus. Dennoch betragen in den USA die Kosten der Behandlung von Herz- und Krebserkrankungen sowie des dadurch entstandenen Produktionsausfalls 100 Milliarden Dollar im Jahr.

Aufklärung – der beste Rat

Das Risiko eines Herzinfarkts kann – so die kürzlich abgeschlossene, über zehn Jahre laufende Studie des *National Institute of Health* in Bethesda – durch richtige Ernährung um die Hälfte reduziert werden. Chandlers Rat heißt Aufklärung, zum Beispiel leicht lesbare Aufschriften auf verpackten Lebensmitteln, wie hoch der Cholesterin-Anteil ist. So wissen nur wenige Frauen, daß sie mit einem einzigen Ei am Tag ihr Cholesterin-Maximum bereits um 12 Prozent überschreiten.

Die Mittel für eine umfassende Aufklärungskampagne will Chandler beitreiben, indem er zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt. Auf jede Schachtel krebsfördernder Zigaretten werden 100 Prozent des Preises als Steuer aufgeschlagen.

Ein wohlbehütetes Dorf im Ländle – Iffezheim, das deutsche Ascot

Die Galopprennbahn in Iffezheim bei Baden-Baden: Nicht nur der Treffpunkt der schnellsten Pferde Deutschlands, auch der Jahrmarkt der Eitelkeiten. Im Mutterland des Turfs in England ist die königliche Rennbahn von Ascot auch der Ort, wo die großen Hüte die rassigen Vollblüter in den Hintergrund drängen. Iffezheim – das deutsche Ascot. Die Maktoum-Scheichs aus Dubai, der deutsche Turfadel aber auch die vielen Tausend im Bierzelt prägen das Bild der Rennbahn, die in einem Dörfchen im badischen Landkreis Rastatt liegt. 26,7 Millionen Mark sind dort an elf Renntagen in diesem Jahr an den Wettschaltern umgesetzt worden. FOTO: DPA

LEUTE HEUTE

Niemals nirgendwo

Der 63jährige **Vladimir Granec** hat vor dem Münchner Landgericht erneut seine Unschuld beteuert: „*Niemals nirgendwo auf der Welt* habe ich Roulettekessel manipuliert. Ich habe ausschließlich die vorgefundenen Fehler ausgewertet." Dies sagte der Berufsspieler nach neunmonatigem Prozeß in seinem Schlußwort. Granec wird vorgeworfen, durch Manipulationen an den Roulettegeräten der Spielbank von Bad Wiessee in den letzten Jahren Millionengewinne erschwindelt zu haben. Der Staatsanwalt hat dafür fünfeinhalb Jahre Freiheitsstrafe und 100 000 Mark Geldstrafe gefordert, die Verteidigung auf Freispruch plädiert.

Vaterfreuden

Robert Kennedy jun., ein Sohn des ermordeten früheren US-Justizministers **Robert Kennedy**, ist zum ersten Mal Vater geworden. In einem New Yorker Krankenhaus brachte seine Frau **Emily** einen gesunden Jungen zur Welt. Der Vater war im März dieses Jahres wegen Heroinbesitzes zu einer Bewährungshaftstrafe verurteilt worden.

Jetzt ist's amtlich

Ärger mit den Beamten des britischen Konsulats in Los Angeles bekam **Joan Collins**, das „Biest" aus



der TV-Serie „Denver Clan", als sie ihren Paß verlängern lassen wollte: Ihr wurde das Dokument wegen eines „Formfehlers" zurückgeschickt. Trotz aller Diskretion wurde gestern in London bekannt, daß in dem Paß die Altersangabe der Schauspielerin „nicht ganz korrekt" gewesen sei. Die Collins spielt ja schon lange mit ihrem Geburtsdatum, das sie kürzlich „irgendwann zwischen dem Ende der Weltwirtschaftskrise und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges" angesiedelt hatte. Jetzt ist es amtlich: Nach einem Auszug aus dem Zentralen Britischen Standesamt ist die Diva 1933 geboren.

Radeln für Kinder

Rund 30 prominente Sportler und Journalisten sind in Gießen zu einer mehrtägigen Fahrradtour zugunsten leukämiekranker Kinder aufgebrochen. Sie wollen während der 677 Kilometer langen „Tour Peiper" nach Wolfratshausen bei München auch für Spenden zugunsten ihrer Schützlinge werben. Hessens Finanzminister **Hans Krollmann** ist ebenso dabei wie die Olympiasiegerin im Hochsprung, **Ulrike Meyfarth**, der Rad-Profi **Dietrich Thurau** und der ZDF-Sportmoderator **Dieter Kürten**.

Taifun „Ike" – 1000 Tote?

rtr, Surigao

Durch den Wirbelsturm „Ike" sind am Wochenende auf den Philippinen wahrscheinlich bis zu 1000 Menschen ums Leben gekommen. Nach offiziellen Angaben war gestern der Tod von 300 Menschen bekannt. Auch in Südkorea, wo am Wochenende schwere Regenfälle niedergegangen waren, wurden gestern mindestens 120 Menschen als tot oder vermißt gemeldet. Die Verbindungen zum Rest des Landes sind unterbrochen. Der Bürgermeister der Provinz Surigao, Constantino Navarro, berichtete von mindestens 82 Toten und etwa 300 Vermißten allein in seiner Stadt. In der benachbarten Gemeinde Mainit starben nach Angaben eines Armeekommandeurs etwa 200 Menschen.

Menschliches Versagen

dpa, Martigny

Menschliches Versagen gilt nach ersten Ermittlungen als Ursache des Zugunglücks in der Schweiz, bei dem am Samstag zwischen Martigny und Orsieres im Kanton Wallis sechs Menschen getötet und 40 verletzt wurden. Der ums Leben gekommene 58jährige Lokomotivführer des bergwärts fahrenden Zugs setzte seine Fahrt nach dem planmäßigen Aufenthalt auf dem Bahnhof Martigny Bourg auf der eingleisigen Spur fort, ohne den Gegenzug abzuwarten.

Bergung verzögert

AP, Ostende

Die schon für Sonntag beabsichtigte Bergung der radioaktiven Fracht von Bord des vor der belgischen Küste gesunkenen französischen Schiffes „Mont Louis" hat sich gestern weiter verzögert. Sturmböen und fünf Meter hohe Wellen verhinderten die Arbeiten, bei denen 30 Fässer mit 450 Tonnen Uranhexafluorid durch Öffnungen im Schiffsrumpf ans Tageslicht geholt werden sollen.

Moderne Sklaverei

dpa, Wien

Unter dem Leitsatz „Prostitution – moderne Sklaverei" hält die „Internationale Vereinigung zur Abschaffung der Prostitution" (FIA) bis 8. September ihren 28. Kongreß in Wien ab. Experten aus 15 Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas halten vor dem gestern eröffneten Kongreß Referate über Themen wie „Prostitutierte und ihre Kunden", über Zuhälterei und über die Rolle der Prostitution in der Gesellschaft. Zu den angekündigten Rednern gehört der Leiter der Katholischen sozial-ethischen Arbeitsstelle in der Bundesrepublik Deutschland, Hans Arnold Ruh.

Belohnung ausgesetzt

dpa, Bielefeld

Die Familie des 44 Jahre alten Viehhändlers aus Paderborn-Schloß Neuhaus, der in seiner Villa ausgeraubt und erschossen worden war, hat eine Belohnung von 10 000 Mark zur Ergreifung des Täters ausgesetzt. Weitere 5000 Mark Belohnung stellt die Justiz bereit.

Verstopfung im All

AFP, Houston

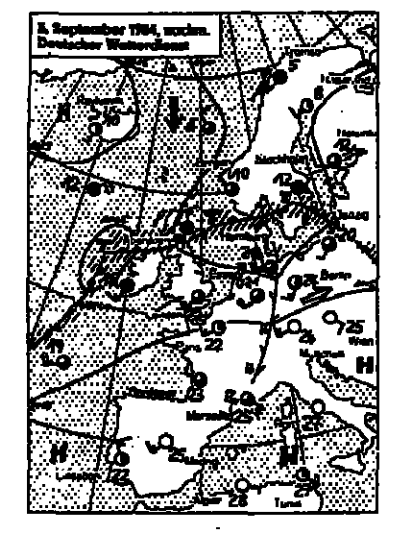
Auch durch die Zündung der Triebwerke ist es den Astronauten der amerikanischen Raumfähre „Discovery" gestern nicht gelungen, die sich an den beiden Toilettenabflüssen der Fähre gebildeten Eisklumpen abzubrechen. „Wir wurden ganz schön durchgeschüttelt, aber es hat nichts geholfen", meinte „Discovery"-Pilot Michael Coats. Die sechs Astronauten verzichten seither auf die Benutzung der Bord-Toilette – und verrichten ihre Bedürfnisse in Plastikbeutel.

ZU GUTER LETZT

Verlassene Trommlerfrau haut auf die Pauke, meldete der Springer-Auslandsdienst aus London.

WETTER: Regnerisch und kühl

Wetterlage: Das Randtief zieht von Südengland über die Deutsche Bucht nach Rußland. Auf seiner Rückseite strömt kühle Meeresluft nach Mitteleuropa.



Vorhersage für Dienstag:
Im Südosten heiter bis wolkig. Temperaturen bis 27 Grad ansteigend. Sonst überwiegend stark bewölkt, zum Teil ergiebiger Regen. Tageshöchsttemperaturen bei 17 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht um 12 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:
Wechselhaft mit Schauerniederschlägen, für die Jahreszeit zu kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	27°
Bonn	21°	Kopenh.	18°
Dresden	25°	Las Palmas	24°
Essen	21°	London	22°
Frankfurt	22°	Madrid	25°
Hamburg	20°	Mailand	25°
List/Sylt	18°	Mallorca	29°
München	26°	Moskau	13°
Stuttgart	24°	Nizza	24°
Algier	28°	Oslo	13°
Amsterdam	18°	Paris	22°
Athen	30°	Prag	26°
Barcelona	25°	Rom	27°
Brüssel	21°	Stockholm	12°
Budapest	27°	Tel Aviv	27°
Bukarest	24°	Tunis	27°
Helsinki	12°	Wien	25°
Istanbul	26°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.41 Uhr, Untergang: 19.59 Uhr; **Mondaufgang:** 18.27 Uhr, Untergang: –.– Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Von Nobellokalen und Geistergästen

HELM / DW. Hamburg / London

In keinem Land Europas gibt es so viele Spitzenrestaurants wie in Deutschland. Dieses Lob haben die Tester des in Hamburg erscheinenden „Gourmet Journal" in der jetzt neu erschienenen Liste der besten Restaurants der Bundesrepublik Deutschland ausgestellt.

Die Aufstellung mit den besten Eßlokalen in Deutschland ist zum sechsten Mal erschienen. 1979 waren in der ersten „Hitliste" der deutschen Gastronomie 98 Restaurants der Erwähnung für würdig befunden worden. In der neuesten Liste tauchen 212 Lokale auf. Namentlich werden außerdem 71 Köche genannt.

Allein für sieben Spitzenlokale vergaben die Hamburger Tester die Höchstzahl von 20 Punkten, sechs folgen mit 19 und zwölf mit 18 Punkten.

„Jedes dieser Häuser hat einen unverwechselbaren Stil", *heißt es im* „Gourmet Journal" dazu. In Deutschland gebe es ungefähr zwei Dutzend Köche „mit einer so ausgeprägten Handschrift", in Frankreich „mögen das zehn oder zwölf sein", meinen die Hamburger Tester.

Die Liste der 20-Punkte-Spitzenreiter ist im Vergleich zum Vorjahr um einen Namen reicher geworden. Zu der „Aubergine" und dem „Tantris", *seit Jahren Träger Münchner Fahnen*, dem „Gala" in Aachen, der „Ente vom Lehel" in Wiesbaden, den „Schweizer Stuben" in Wertheim-Bettingen und dem Hamburger „Le Canard" hat sich das „Barreiss" in Baiersbronn gesellt.

So lukullisch günstig ist die Lage in England nicht. Im Gegenteil. Londons Nobelrestaurants leiden unter einer ausufernden Unsitte, die übrigens nicht nur auf die Weltstadt beschränkt ist: Es geht um die Gäste, die in einem oder auch mehreren Restaurants einen oder sogar mehrere Tische reservieren lassen, *um dann*, ohne Rücknahme der Bestellung, durch Abwesenheit zu glänzen.

Die Erziehung der „Geistergäste", wie sie im Fachjargon der Gastronomenbranche heißen, soll in drei Lektionen erfolgen. Zunächst soll ruchbar werden, *daß ein Aktionskomitee* des Verbands Namenslisten mit „Wiederholungstätern" anlegt und ständig auf den jüngsten Stand bringt. Zweitens will man eine bei vornehmen Restaurants von New York schon übliche Praxis einführen. Man läßt sich bei telefonischer Reservierungen Namen, Anschrift und Telefonnummer des Gastes geben, den man so auf seine Bestellung fest und *für den Fall des Wegbleibens* regreßpflichtig machen kann.

Als dritte Lektion soll die „schwarze Liste" allen Mitgliedern des Verbands der Restaurateure zugänglich gemacht werden, die ihrerseits jeden Fall eines „Geistergastes" der Zentralkartei melden. Der Vereinigung gehören die Besitzer von rund 400 Speise-Etablissements der gehobenen bis Spitzenklasse an.

Zu der Spitzenklasse gehören, so hochkarätige Schlemmerlokale wie das Maxim's, das Chez Nico, Langan's Brasserie oder Le Mijenou. Etablissements, wo man ohne Tischreservierung kaum eine Chance hat, für königliches Dinieren auch fürstlich zahlen zu dürfen. Dies sind nicht die Orte für Laufkundschaft. Hier fahren noch Gäste im Rolls-Royce vor.

Die Großen unter den ganz Feinen haben unter den „Geistergästen" nicht so sehr zu leiden wie die Kleinen. Dazu sagte der Hotelfachmann Joe Hyman: „Ein großes Restaurant wie Langham's kann sich gegen Geistergäste durch strategisches Überbuchen wehren. Doch ein kleines Restaurant mit 30 oder 40 Plätzen ist sehr anfällig." (SAD)

Skulptierten vier Studenten einen „echten" Modigliani?

Überraschendes Geständnis / Kunstexperten blamiert?

AFP, Livorno

Einer der drei Amedeo Modigliani zugeschriebenen Köpfe, die aus dem Kanal von Livorno geborgen wurden, soll „zum Spaß" von vier Studenten skulptiert worden sein. Der 20jährige Medizinstudent Francesco Ferrucci behauptete gestern gegenüber der Presse, er und seine Kommilitonen hätten den Kopf wenige Stunden vor dessen Bergung am 24. Juli in den Kanal geworfen.

Sie hätten das „Meisterwerk", dessen Echtheit von angesehenen Fachleuten bestätigt worden war, anhand eines Modigliani-Werkskatalogs an nur zwei Nachmittagen aus dem Stein gemeißelt. Dabei hätten er und seine Kameraden, erzählte Ferrucci, nicht die geringste Ahnung von der Bildhauerkunst. Die vier hatten sich zusammen mit der Statue fotografieren lassen.

Nun gaben sie sich empört, mit welcher Leichtfertigkeit Expertengutachten ausgestellt würden. So sei ein Defekt unter dem Auge der Statue von den Fachleuten als ein Erosionseffekt ausgegeben worden, erklärte Pietro Luridiana, einer der vier. In Wirklichkeit aber sei bei den letzten Retuschen noch ein Splitter abgesprungen.

Die Leiterin des Museums von Livorno, Vera Durbe, hält die Geschichte der Studenten für erfunden. In einem chemischen Labor seien Analysen des auf den Köpfen gefundenen Schlamms vorgenommen worden. Die entnommenen Proben stammten eindeutig aus sehr tiefen Erdschichten, sagte Frau Durbe. Es sei demnach unmöglich, setzte sie hinzu, daß die Steinköpfe erst einige Tage vor ihrer Bergung in den Kanal geworfen wurden.

Die drei Skulpturen waren im Juli, acht Tage nach aufwendigen Sucharbeiten, aus dem Kanal geborgen worden. Modigliani hatte sie angeblich 1909 während eines Sommeraufenthalts in seiner Heimatstadt skulptiert und sie dann, über das Unverständnis seiner Landsleute verärgert, in den Kanal geworfen. Zahlreiche Kunstexperten sowie die *internationale* Kunstkritik waren von der Echtheit der drei Modigliani-Köpfe überzeugt.